

Ich bin kein Parteifeind! Anna Schlotterbeck in den Mühlen der stalinistischen Parteisäuberungen

Studien aus Hohenschönhausen

Gundula Pohl

Ich bin kein Parteifeind!

Herausgegeben von
Elise Catrain und Elke Stadelmann-Wenz
für die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen



Studien aus Hohenschönhausen

Vorwort

Forschung in Gedenkstätten ist eine Schnittstelle zwischen akademischer Forschung und der Vermittlungsarbeit in den Gedenkstätten. Eine solche Vermittlung bedarf des festen Faktenfundaments.

Neue Erkenntnisse zu dokumentieren und zugänglich zu machen, ist Aufgabe der Reihe „Studien aus Hohenschönhausen“ der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Sie macht die wissenschaftliche Arbeit der Stiftung sichtbar und will zugleich die Brücke schlagen zwischen der Forschung auf der einen Seite und der Öffentlichkeit auf der anderen. Denn wissenschaftliche Forschung in Gedenkstätten hat nicht nur Relevanz für die Arbeit am historischen Ort, sondern ist auch eine Stimme im Wissenschaftsdiskurs und in öffentlichen Debatten. Im Zentrum der „Studien aus Hohenschönhausen“ stehen die verschiedenen Aspekte von Haft in Hohenschönhausen bei der Staatssicherheit der DDR bzw. vor 1951 beim sowjetischen Geheimdienst. Studien zu einzelnen Haftschicksalen werden den Kern der Reihe ausmachen. Hierbei kann sich die biographische Forschung nicht auf die eigentliche Haftzeit beschränken, sondern muss Vorgeschichten genauso im Blick haben wie lange nachwirkende Folgen der Haft. Nur so treten die Unrechtsdimensionen der kommunistischen Regime in vollem Umfang hervor und werden verstehbar. Das Unrechtsregime manifestierte sich im Haftregime, das ebenso wie sein Personal Gegenstand von künftigen Studien sein wird. Die Reihe will darüber hinaus Fragestellungen aufgreifen wie solche zur stadträumlichen Entwicklung im Umkreis des Haftortes.

Die Reihe soll aktuelle Forschungstendenzen aufgreifen und im Spiegel von Haft in der DDR reflektieren. Und sie soll Raum bieten für Studien, die in Hohenschönhausen entstehen – so wie ihr erster Band: Die Autorin verfasste die Untersuchung im Rahmen ihres Volontariates. Mit Themensetzung und -bearbeitung schreitet sie abseits der Hauptwege bisheriger biografischer Forschung in Hohenschönhausen. Mit ihrem neuartigen Zugriff dokumentiert sie zugleich, welche wichtige Impulse gerade die Volontärinnen und Volontäre in der Gedenkstätte setzen.

Gundula Pohl legt eine biografische Studie ganz eigener Art vor. Sie beschreibt aus den Selbstzeugnissen heraus eindrucksvoll die Wahrnehmung einer überzeugten Kommunistin und Stalinistin, die in die Mühlen des mitaufgebauten Systems gerät. Wir sehen keine klassische Opfergeschichte; beim Lesen schwankt man zwischen Respekt vor der Gradlinigkeit und Erstaunen über die Realitätsverdrängung der Hauptperson. In diesem Spannungsfeld öffnet sich der Raum für neue Erkenntnisse über das Haftregime der Staatssicherheit.

Helge Heidemeyer

Inhalts- verzeichnis

4	<u>Vorwort</u>	
8	<u>Einleitung</u>	1
12	<u>Zur Biografie</u>	2
24	<u>Der Weg zur „Partei neuen Typs“</u>	3
32	„Damit kam die Ausschluss-Mühle gegen uns in Gang!“ – Die Parteisol- datin Anna Schlotterbeck	
48	<u>Aus Anna Schlotterbecks Sicht</u>	4
53	„Ist es nicht ein kurioser Zustand, infolgedessen zu mehr als rechtlosen Gefangenen geworden zu sein?“ – Ihre Situation als Gefangene	
60	„Wo unsere Rechte beginnen und wo sie aufhören, ist mir nicht bekannt“ – Die (Un-)Rechtmäßigkeit der Haft und des Verfahrens	
68	„Und doch bleibt mir nichts, als [...] auf die Gerechtigkeit zu bauen, die eines Tages die Partei herstellen wird“ – Die Partei, das System und die Sowjetunion	
73	„Um jeden Einzelnen von meiner Familie (Cato nicht ausgenommen) mache ich mir Gedanken und oft auch Sorgen“ – Ihre Familie und ihre Rolle darin	
79	Die Anderen	
90	<u>Epilog</u>	5
98	<u>Anhang</u>	
99	Dank	
100	Abkürzungen	
101	Quellen- und Literaturverzeichnis	

1 Einleitung

Dieser Text widmet sich der Kommunistin Anna Schlotterbeck (1902–1972)¹, die im Zuge der innerparteilichen Säuberungen in der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland (SED) in das Visier des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) geriet und von 1953 bis 1956 zunächst in Chemnitz/Karl-Marx-Stadt,² dann in der zentralen Untersuchungshaftanstalt (UHA) des MfS in Berlin-Hohenschönhausen und nach ihrer Verurteilung in der Strafvollzugsanstalt Bützow-Dreibergen (Mecklenburg) inhaftiert war.

Die wissenschaftliche Forschung über die SED-Parteisäuberungen der späten 1940er- und frühen 1950er-Jahre ist im Hinblick auf untersuchte Protagonist:innen³ männlich dominiert. Sie entspricht damit einer Tendenz, die sich auch in der gesamten DDR-Forschung, insbesondere in biografisch angelegten Studien wiederfindet, in der Studien zu Frauen und Geschlechterspezifika seltener zu finden sind.⁴ Anna Schlotterbeck taucht zwar in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung auf und wird als handelnde Person rezipiert – aber eher

- 1 Titelzitat in: Anna Schlotterbeck an Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, 21.8.1951 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 13, Bl. 91–99, hier 91.
- 2 Umbenennung der Stadt Chemnitz in Karl-Marx-Stadt im Mai 1953, Rückbenennung im Juni 1990. In diesem Text wird die Stadt durchgängig als Karl-Marx-Stadt bezeichnet.
- 3 Dieser Text ist in gendersensibler Sprache verfasst. Für Anna Schlotterbeck wird die generisch-feminine Form verwendet. Die Zitate wurden an die neue Rechtschreibung angepasst und Tipp-/Schreibfehler korrigiert.
- 4 Siehe für einige Beispiele: Joris Atte Gregor; Sophie Ruby: Biografie und Geschlecht. In: Helma Lutz; Martina Schiebel; Elisabeth Tuider (Hrsg.): Handbuch Biographieforschung. Wiesbaden 2018, S. 233–244, hier 240.



Porträt von Anna Schlotterbeck, ohne Datum. ©Privatarchiv Wilfriede Hess

in zweiter Reihe hinter ihren Ehemännern Robert Leibbrand, Hans von Fischer und Friedrich Schlotterbeck.⁵ Um nicht erneut als „Frau von...“ rezipiert zu werden, ist Anna Schlotterbeck in dieser Studie Trägerin ihres letzten Nachnamens und wird durchgängig als „Schlotterbeck“ bezeichnet, auch wenn sie diesen Namen erst 1951 annahm.

Die vorliegende Studie stellt Anna Schlotterbeck in den Mittelpunkt und untersucht ihren Blick auf sich selbst, aber auch auf andere, auf ihre Situation und ihre Handlungsmöglichkeiten als Gefangene anhand überlieferter Ego-Dokumente. Die Quellen werden als Selbstnarrationen begriffen, die weniger über die tatsächliche Ereignisgeschichte berichten, sondern Schlotterbecks Sichtweise widerspiegeln.

Die Studie stützt sich dabei auf drei Quellenkomponenten: erstens auf Briefe, die Schlotterbeck vor und während ihrer Verhaftung durch das MfS u.a. an ihren Ehemann Friedrich, ihre Kinder und ihre MfS-Vernehmer schrieb, und zweitens auf dokumentierte Auftritte vor Gericht und zwei Berufungsanträge. Diese Dokumente sind im Bundesarchiv in Form eines mehrbändigen Untersuchungsvorganges überliefert.⁶ Drittens bezieht sich die Studie auf den ersten Teil ihrer Hafterinnerungen, *Die verbotene Hoffnung*. Aus dem Leben einer Kommunistin, die 1990 im Hamburger FACTA-Verlag erschienen.⁷ Das Manuskript dazu verfasste Schlotterbeck im Sommer 1968. Eine gekürzte Version wurde im Mai 1990 unter dem Titel *Fallen, aber nicht zerbrechen* in der Monatsschrift *Neue Deutsche Literatur* abgedruckt.⁸ Bei den Komponenten handelt es sich um von Anna Schlotterbeck verfasste und überwiegend zeitgenössische Quellen, die sich an bestimmte oder imaginäre Empfänger:innen richteten und auf eine Wirkung und Selbstdarstellung der Verfasserin abzielten.

Weitere, in den Akten des Untersuchungsvorganges enthaltene Dokumente, werden nur zur Rekonstruktion der zeitlichen Abläufe und den ihr gemachten Vorwürfen genutzt. Die Protokolle der Vernehmungen finden keine Verwendung, da die Aussagen der vernommenen Personen von den Mitarbeiter:innen des MfS nicht eins zu eins aufgeschrieben, sondern Wiedergegebenes verdreht und in

5 Vgl.: Thomas Klein: „Für die Einheit und Reinheit der Partei“. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht. Köln 2002, S. 258–260, hier Fußnote 216; der Autor erläutert Friedrich Schlotterbecks politische Biografie, nicht aber die von Anna Schlotterbeck. Im biografischen Handbuch „Deutsche Kommunisten“ wird Anna Schlotterbeck ausschließlich unter dem Namen ihres ersten Ehemannes geführt. Siehe den Eintrag Anna Leibbrand, in: Andreas Herbst; Hermann Weber (Hrsg.): Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2008, URL: www.kommunismusgeschichte.de/biolex/article/detail/leibbrand-anna?type=0%27%22 [22.01.2024]. Die Marginalisierung von Protagonistinnen, die von den Parteisäuberungen betroffen waren, wird auch daran deutlich, dass in beiden Publikationen im Zusammenhang mit Anna Schlotterbeck der Name Herta Jurr-Tempi genannt wird, ohne dass an anderer Stelle Genaueres zu ihr erklärt oder sie anderweitig erwähnt wird. Gleiches gilt für Hannelore Baender, über die es keinen Eintrag in der biographischen Datenbank gibt und die nicht einmal im Eintrag ihres Ehemannes Paul erwähnt wird.

6 Der Vorgang enthält die Ermittlungs- und Gerichtsunterlagen sowohl für Friedrich als auch Anna Schlotterbeck, vgl. BArch, MfS, AU 309/54.

7 Der erste Teil des Buches behandelt ihre Untersuchungshaftzeit, der zweite die Haft in Bützow-Dreibergen nach der Verurteilung. Das Manuskript gelangte vermutlich 1984 durch den Schriftsteller Chaim Noll in die Bundesrepublik.

8 Anna Schlotterbeck: *Fallen, aber nicht zerbrechen*. Aus der Chronik einer Haftzeit. In: *Neue Deutsche Literatur* 5/1990, S. 7–62. Laut Redaktionsvortrag hinterließ Friedrich Schlotterbeck nach seinem Tod 1979 das Manuskript dem Freund der Familie, Regisseur und Autor Martin Hellberg. Vgl. ebd., S. 7.

9 Anna Schlotterbeck: *Die verbotene Hoffnung*. Aus dem Leben einer Kommunistin (mit einem Vorwort von Hans Noll). Hamburg 1990, S. 104.

den Protokollen verfälscht wurde. Schlotterbeck selbst berichtet in ihren Hafterinnerungen vom Ringen um die korrekte Wiedergabe ihrer Aussagen in den Vernehmungsprotokollen.⁹

Die Gliederung der Studie folgt sowohl einer chronologischen als auch einer thematischen Logik. Sie hat das Ziel, Anna Schlotterbecks Strategien der Selbstinszenierung zu analysieren und die unterschiedlichen Rollen herauszudestillieren, die sie vor und während ihrer Untersuchungshaftzeit einnahm oder im Nachhinein einnehmen wollte: als Parteimitglied, als Kommunistin, als Gefangene, als Ehefrau und als Mutter.

Die überlieferten Dokumente aus der Zeit zwischen Parteiausschluss und Verhaftung durch das MfS zeigen Schlotterbeck als „Parteisoldatin“, die einerseits selbst aktiv an den Säuberungen mitwirken wollte, sich aber andererseits gegen das ihr widerfahrene Unrecht zur Wehr setzte und um Rehabilitation kämpfte. Dieses Kapitel folgt der Chronologie der Ereignisse, um die genauen Vorgänge bis zu ihrer Verhaftung durch das MfS aufzeigen zu können. Die darauffolgenden Kapitel sind thematisch gegliedert und widmen sich der verhafteten Schlotterbeck in den spezifischen Rollen, die sie in Briefen, Auftritten vor Gericht und in ihrer Haftbiografie zeichnete. Im Vordergrund steht nicht die Ereignisgeschichte, sondern ihr Selbstbild, das Schlotterbeck durch die Charakterisierung ihrer Situation und ihrer Mitmenschen während und retrospektiv nach der Haft entwarf und das ihr selbstbestimmtes Handeln belegt.

Zur Biografie

Anna Schlotterbeck wird am 2. Mai 1902 in München unter dem Namen Wiedemann geboren. Sie erlernt den Beruf der technischen Zeichnerin und arbeitet ab 1917 bei der Bosch-AG in Stuttgart als kunstgewerbliche Zeichnerin und Stenotypistin. 1918 tritt sie der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der Freien Sozialistischen Jugend (FSJ) bei. Im November 1918 und Januar 1919 nimmt sie an den Aufständen des Spartakusbundes in Stuttgart teil. 1924 tritt sie in die KPD und den angeschlossenen Kommunistischen Jugendverband ein. Ihr damaliger Ehemann Robert Leibbrand¹⁰ gehört zu diesem Zeitpunkt bereits der Führungsriege der kommunistischen Jugend an. Zusammen gehen sie 1927 mit ihrem Sohn Walter (*1924) nach Moskau, wo Robert als deutscher Vertreter der Kommunistischen Jugendinternationale¹¹ fungiert. Schlotterbeck arbeitet als Stenotypistin bei der Komintern. Robert überwirft sich 1929 mit Heinz Neumann¹² und Kurt Müller,¹³ die beide ebenfalls zur Spitze der kommunistischen Jugend gehören,

10 Robert Leibbrand (1901–1963), 1919 KPD-Mitglied, Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) und des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), 1926–1928: KJVD-Vertreter in Moskau, ab 1929 erwerbslos in Deutschland, 1933–1945 Haft (mit kurzer Unterbrechung 1939) in den Konzentrationslagern (KZ) Dachau und Buchenwald, 1945–1951: Mitglied der KPD-Führung in Württemberg, 1951 erzwungene Übersiedlung in die DDR, dort Arbeit u. a. bei der Nationalen Front und im Institut für Marxismus-Leninismus. Vgl. Biographische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/robert-leibbrand [22.01.2024].

11 Vereinigung aller kommunistischen Jugendverbände und Sektion der Komintern.

12 Heinz Neumann (1902–1937), 1920 Eintritt in die KPD, 1925 Vertreter der KPD bei der Komintern in Moskau, 1927 im ZK der KPD, Mitglied des Politsekretariats, ab 1930 Mitglied des Reichstages; 1931 Differenzen mit Stalin und Thälmann über den Kampf gegen Faschismus, 1932 Enthebung aller Funktionen und offizielle Degradierung auf der III. Parteikonferenz der KPD, nach Spanien, später in

die Schweiz geschickt, 1935 Asyl in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), 1937 Verhaftung durch das sowjetische Innenministerium (NKVD) und Todesurteil und Hinrichtung. Vgl. Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/heinz-neumann [22.01.2024].

13 Kurt Müller (1903–1990), 1920 Eintritt in die KPD, 1927 Mitarbeiter der KJI in Moskau, ab 1929 u. a. Mitglied des ZK der KPD, 1932 als Anhänger Heinz Neumanns aller Funktionen enthoben, nach Gorki (UdSSR) verbannt (bis 1934), 1934–1945: Verfolgter des Nationalsozialismus (NS), ab 1945 Mitglied des Parteivorstandes der KPD, 1948/49 stellvertretender Leiter der KPD/West, 1949/50 Vorsitzender der KPD; 22.3.1950 Verhaftung in Ost-Berlin wegen angeblicher Spionage, 1953 per Moskauer Fernurteil zu 25 Jahren Haft verurteilt (Zentralgefängnis Vladimir), ab 1955 wieder in Deutschland, SPD-Mitglied und Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, 1990 Rehabilitation durch die PDS. Vgl. Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/kurt-mueller [22.01.2024].



Foto der Gründung der Centrale Sanitaire Suisse (CSS) im Jahr 1937. (v. l. n. r.) Anna Schlotterbeck, Dr. Reinhard Ruh, Ernest Rosenbusch und Dr. Hans von Fischer. ©CSS

Die internationale Hilfsorganisation CCS schickt Krankenwagen zur Unterstützung im Spanienkrieg. ©CSS



Anna Schlotterbeck und Hans von Fischer um 1945. ©Privatarchiv Wilfriede Hess

- 14 Schlotterbecks 1945 in der Schweiz publizierter Roman „Hinter den sieben Bergen“ setzt sich kritisch mit den Bewohner:innen, Machtstrukturen und Vorgängen dieses Dorfes auseinander. Vgl. dazu auch Matthias Wahl: Hinter den sieben Bergen. Anna Josephine Fischer und ihre Geschichte, die mindestens so viel Staub aufwirbelte wie die Gotthard-Postkutsche. In: Historisches Neujahrsblatt 2021, hg. v. Historischer Verein Uri, Bd. 75, R. 1, H. 111, S. 9-64.
- 15 Schlotterbeck benutzt den Reisepass ihrer verstorbenen Schwägerin Käthe aus Stuttgart und lebt unter deren Namen bis 1939 in der Schweiz. Vgl. Anna Schlotterbeck, Lebenslauf, 17.2.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 1, Bl. 23-28, hier 24.

und wird in Folge erwerbslos. Zurück in Deutschland sorgt Schlotterbeck allein für den Familienunterhalt. Sie wirkt ab 1929 als Frauenleiterin und Rednerin für die KPD in Berlin. Parallel dazu arbeitet sie als Redakteurin der Zeitschrift *Die Arbeiterin*.

Nach dem Machtantritt der NSDAP muss Schlotterbeck illegal arbeiten. Robert wird im März 1933 verhaftet und in einem Konzentrationslager (KZ) interniert. Sie flieht in die Schweiz. In der Praxis des Arztes Hans von Fischer in Göschenen (Kanton Uri)¹⁴ kann Schlotterbeck vorerst illegal als Arzthelferin arbeiten. Mittels einer falschen Identität¹⁵ meldet sie sich offiziell in der Schweiz und tritt 1934 in die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS) ein.¹⁶ Zusammen mit von Fischer, inzwischen auch KPS-Mitglied, arbeitet sie in der internationalen Emigrationshilfe. 1937 gründen beide im Angesicht des Spanienkrieges die internationale Hilfsorganisation Centrale Sanitaire Suisse (CSS), die in erster Linie Hilfe für kommunistische Emigrant:innen anbietet, aber auch andere Geflüchtete aus Deutschland und später aus den deutschbesetzten Ländern in die Unterstützungsleistungen mit einbezieht.¹⁷ Durch ihre Hochzeit mit Hans von Fischer wird Schlotterbeck 1939 Schweizer Staatsbürgerin. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit, legal und offiziell für die CSS zu arbeiten.¹⁸ In diesem Zusammenhang trifft sie auf den US-Amerikaner Noel Field, der ebenfalls in der Geflüchtetenhilfe tätig ist. Im Juni 1944 sucht der deutsche Kommunist und Widerstandskämpfer Friedrich Schlotterbeck¹⁹ sie nach seiner Flucht aus dem nationalsozialistischen Deutschland auf.²⁰ Anna und Friedrich sind alte Bekannte – sie kennen sich aus dem KJVD in Stuttgart.²¹ Friedrich bleibt bis Kriegsende im Fischer'schen Haushalt und

- 16 Die KPS wurde 1921 gegründet und 1940 verboten. 1943 fusionierte sie mit der Sozialistischen Föderation der Schweiz zur Partei der Arbeit (PdA).
- 17 Vgl. Andrea Weibel: Centrale Sanitaire Suisse (CSS). In: Historisches Lexikon der Schweiz, Version v. 9.2.2005, URL: www.hls-dhs-dss.ch/de/articles/046131/2005-02-09/ [24.01.2024].
- 18 Die Scheidung von Robert Leibbrand war wenige Monate vor der erneuten Eheschließung erfolgt. Vgl. Protokoll zur Vernehmung von Anna Schlotterbeck, 20.1.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 2, Bl. 128-130, hier 129.
- 19 Friedrich Schlotterbeck (1909-1979), 1923 Mitglied in KJD, 1927 KPD, ab 1929 Mitglied des ZK des KJVD, internationale Tätigkeit für KJI und KJVD, 1933-1943 in NS-Haft, Untergrundkampf gegen das NS-Regime, Juni 1944 Verhaftung und Ermordung seiner gesamten Familie, Flucht von F. Schlotterbeck in die Schweiz, Juni 1945 Arbeit für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN) in Deutschland, April 1948 Übersiedlung nach Dresden, dort Stadtrat für Volksbildung, 15.2.1951 Parteiausschluss, April 1951 Bergarbeiter bei der Wismut AG/Erzgebirge, Verhaftung 15.2.1953, inhaftiert bis 1956, innerparteiliche Rehabilitation und Wiederaufnahme in die SED. Vgl. Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/friedrich-schlotterbeck [22.01.2024]. Seine Flucht und die Begegnung mit Anna Schlotterbeck beschreibt Friedrich in einem Buch über seine Verfolgung im NS: Friedrich Schlotterbeck: Je dunkler die Nacht... Ein Bericht. Halle (Saale) 21969, S. 346-349.
- 20 Vgl. Anna Schlotterbeck, Lebenslauf für das MfS, 17.2.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 1, Bl. 23-28, hier 26.
- 21 Vgl. Anna Schlotterbeck, Lebenslauf für das MfS, 17.2.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 1, Bl. 23-28, hier 26.

kehrt 1945 nach Stuttgart zurück. Mit dem Kriegsende verlagert sich die Arbeit der CSS. Unter dem Namen Süddeutsche Ärzte- und Sanitätshilfe richtet sich der Fokus der Unterstützung nun auf die Überlebenden der Konzentrationslager. Schlotterbeck muss in den nächsten zwei Jahren mehrfach nach Stuttgart, manchmal auch nach Berlin fahren. Da sie keine Einreisegenehmigung für die US-amerikanische Besatzungszone erhält, reist sie illegal. Im Oktober 1948 trennt sich Schlotterbeck von ihrem zweiten Ehemann, kehrt endgültig nach Deutschland zurück und zieht mit Friedrich Schlotterbeck nach Dresden. Mit dabei ist auch Wilfriede, die Nichte und Pflegetochter Friedrichs.²² Walter, Anna Schlotterbecks mittlerweile erwachsener Sohn aus erster Ehe, wohnt ebenfalls in Dresden. Anna und Friedrich Schlotterbeck heiraten im März 1951.²³

Das Paar lebt nach seiner Ankunft in Dresden in einer Wohngruppe in der Bolivarstraße (Stadtteil Trachenberge) und integriert sich schnell in die lokalen Strukturen. Schlotterbeck arbeitet für die von der sowjetischen Armee herausgegebene Zeitung *Tägliche Rundschau*. 1949 wird sie Delegierte der 14. Stadtbezirksleitung. Friedrich bekleidet das Amt des Stadtrates für Volksbildung. Schnell kommt es jedoch zwischen den Schlotterbecks und der Kreisparteileitung zu Querelen und Verdächtigungen. Im Frühling 1951 werden die Schlotterbecks all ihrer Parteiämter enthoben. Der Verlust ihrer Ämter ist eine Folge ihres Parteiausschlusses, den die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) am 15. Februar 1951 beschlossen, den Schlotterbecks jedoch verschwiegen hatte. Der Ausschluss des Ehepaars erfolgt im Zuge der parteipolitischen Säuberungen, die seit Ende der 1940er-Jahre in SED und KPD durchgeführt werden. Friedrich Schlotterbeck zieht im April ins Erzgebirge und verdingt sich als Zimmermann unter Tage bei der Wismut AG.²⁴ Anna Schlotterbeck verliert im August ihre Stelle in der Redaktion der *Täglichen Rundschau*.²⁵ Zusammen mit Wilfriede folgt sie Friedrich im Juni 1952. Die Familie wohnt in einer neu errichteten Siedlung für Bergarbeiter:innen in Raschau.²⁶

Am 15. Februar 1953 wird Schlotterbeck zu Hause von Mitarbeitern des MfS verhaftet und ebenso wie Friedrich ohne Haftbefehl ein halbes Jahr in der

- 22 Die damals Sechsjährige war die einzige Familienangehörige Friedrich Schlotterbecks, die nicht von den Nationalsozialist:innen ermordet worden war. Er übernahm die Fürsorge.
- 23 Vgl. Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/anna-schlotterbeck [22.01.2024].
- 24 Uranbergbauunternehmen im Erzgebirge, ab 1954: Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut. Friedrich Schlotterbeck könnte aus ökonomischen Gründen ins Erzgebirge gezogen sein. Eine andere Möglichkeit ist, dass er durch „Arbeit in der Produktion“ seine Loyalität zum Staat beweisen sollte und zur Wismut zwangsverpflichtet wurde.
- 25 Vgl. Anna Schlotterbeck, Lebenslauf, 17.2.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 1, Bl. 23–28, hier 28.
- 26 Vgl. zur Geschichte der Siedlung: Chronik Raschau, URL: www.chronik-raschau.de/index.php/de/news-2?view=article&id=122:tafel-15-siedlung&catid=14:hinweistafeln [22.01.2024].



Wohnhaus des Ehepaars Schlotterbeck in der Bolivarstraße in Dresden.
©Gundula Pohl



Anna Schlotterbeck nach ihrem Umzug nach Dresden im Jahr 1948.
©Privatarchiv Wilfriede Hess



Das Ehepaar Schlotterbeck bewohnte eine kleine Wohnung in der Siedlung für Bergarbeiter:innen in Raschau. Der Abriss des Wohnhauses erfolgte 1997. ©Chronik Raschau

Villa Esche, damals genannt *Volkshaus*, in Karl-Marx-Stadt gefangen gehalten und mehrfach verhört.²⁷ Die Untersuchung wird ebenso wie die Verhöre von der MfS-Objektverwaltung Wismut (OV „W“) koordiniert. Die Vernehmungen führen aber nicht zu dem vom MfS gewünschten Ergebnis – der Überführung der Schlotterbecks als „US-amerikanische Spione“. Anna Schlotterbeck wird deshalb am 25. August 1953 in die Zentrale UHA des MfS in Berlin Hohenschönhausen gebracht.²⁸ Tage nach ihrer Ankunft in Berlin-Hohenschönhausen stellt das Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte am 31. August 1953 den Haftbefehl aus,²⁹ anscheinend auf ausdrückliches Verlangen Schlotterbecks.³⁰ Im Haftbefehl unterstellt man ihr die Gefährdung des Weltfriedens durch „Propaganda für Nationalsozialismus oder Militarismus“ sowie Verbindungen zu den „Spionage-Agenten“ Noel Field und Mihailo Lompar.³¹ Gegen diesen Haftbefehl reicht Schlotterbeck umgehend Beschwerde ein – erfolglos.³² Es folgen Wochen und Monate, in denen sie immer wieder vernommen wird. Teils ist sie in Einzelhaft, teils mit anderen Frauen eingesperrt. Am 31. März 1954 klagt die Staatsanwaltschaft Rostock Schlotterbeck unter dem Vorwurf der Kriegs- und Boykotttätze sowie der Verleumdung der Partei- und Staatsführung an. Dies sind Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung der DDR und der Kontrollratsdirektive Nr. 38.³³ Die Hauptverhandlung findet am 28. April 1954 vor dem Bezirksgericht Rostock statt. Das Gericht verurteilt Schlotterbeck zu vier Jahren Zuchthaus.³⁴

Während des Prozesses findet der vormalige Verhaftungsgrund, die Verbindungen zu Field und Lompar, keine Erwähnung. Ebenso wenig werden die Protokolle der Verhöre aufgegriffen, die sie in der Villa Esche und auch in Hohenschönhausen über Monate über sich ergehen lassen musste. Das Urteil stützt sich allein auf Aussagen von zwei Mitinhaftierten, die jedoch beim Prozess nicht persönlich auftreten, aber als Zeuginnen aufgeführt werden. Die beiden Frauen,³⁵ mit denen Schlotterbeck ab Januar 1954 für wenige Wochen eine Zelle teilte, sagen aus, Schlotterbeck habe in ihrer Anwesenheit negativ über den Staatsapparat und das MfS gesprochen.³⁶ Bei den beiden Mitinhaftierten handelt es sich vermutlich um Zelleninformantinnen. Eine der beiden stellt sich Schlotterbeck unter dem falschen Namen Loni Stiller vor. Sie ist zum Zeitpunkt des Zusammentreffens mit Schlotterbeck – anders als in der Anklageschrift angegeben – keine Untersuchungsgefängene, sondern bereits verurteilte Strafgefängene.³⁷

27 Vgl. zur Historie der Villa Esche: URL: www.villaesche.de/villa-esche [5.12.2022].

28 Vgl. Ernst Zuschke, Bericht über das Untersuchungsergebnis, vermutl. Mai 1953 (Datum unleserlich), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 3, Bl. 230–242, hier 241–242.

29 Vgl. Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte (Haftrichter K. Krautter), Haftbefehl, 31.8.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 15, Bl. 5.

30 Im Entwurf einer Akten-Notiz (o. V.) vom 5.4.1956 ist vermerkt: „Haftbefehl erfolgte auf ausdrückliches Verlangen Anna Sch. am 31.8.1953 vom Bezirksgericht Berlin-Mitte.“, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 8, Bl. 185. Die handschriftliche Beschwerde Schlotterbecks an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR ist auf den 3. September 1953 datiert, vgl. Anna Schlotterbeck an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR, Beschwerde gegen den Haftbefehl, 3.9.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 11. In ihrer Hafterinnerung berichtet Schlotterbeck, sie habe bei ihrem zweiten Verhör einen Haftbefehl verlangt und sei tags darauf dem Haftrichter vorgeführt worden, vgl. Schlotterbeck, Hoffnung, S. 88. Laut den überlieferten Unterlagen fand Schlotterbecks zweites Verhör am 2. Oktober 1953 statt, vgl. BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 1, Bl. 205–206. Es ist anzunehmen, dass Schlotterbeck den Haftbefehl in ihrer ersten dokumentierten Vernehmung in Hohenschönhausen verlangte, diese fand am 2. September 1935 statt, vgl. BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 1, Bl. 201–204.

31 Vgl. Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte (Haftrichter K. Krautter), Haftbefehl für Anna Schlotterbeck, 31.8.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 15, Bl. 5. Zu Mihailo Lompar vgl. Bernd-Rainer Barth: Die Lebensbeichte eines Quäkerkommunisten. Der Brief des geheimen Gefangenen Noel H. Field aus dem Staatssicherheitsgefängnis in Budapest an das Zentralkomitee der KPdSU vom März 1954. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2002. Berlin 2002, S. 210–285, hier Fußnote 192.

32 Vgl. Anna Schlotterbeck an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR, Beschwerde gegen den Haftbefehl, 3.9.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 11; Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte, Ablehnung der Beschwerde gegen den Haftbefehl, 6.10.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 1, Bl. 10.

33 Vgl. Staatsanwaltschaft Rostock, Anklage Anna Schlotterbeck, 31.3.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 103–107.

34 Vgl. 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Urteil Anna Schlotterbeck, 28.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 120; zur Begründung vgl. 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Urteil und Begründung, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 121–124.

35 Nach StUG werden die Namen nicht genannt.

36 Aus der Akte geht nicht hervor, welche Aussagenprotokolle vor Gericht verwendet wurden. Die Aussagen der Zeuginnen wurden anhand folgender Dokumente nachvollzogen: Zeugin I, Beschwerde beim MfS, 3.2.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 88–89; MfS, Vernehmung Zeugin I, 16.2.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 90–92; MfS, Vernehmung Zeugin II, 16.2.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 93–95; zu Anna Schlotterbecks Reaktion auf die verlesenen Aussagen der Zeuginnen während des Prozesses vgl. I. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Öffentliche Verhandlung (Protokoll), 28.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 116–119, hier 117.

37 Zur Nennung der Zeuginnen als Untersuchungsgefängene vgl. Staatsanwaltschaft des Bezirks Rostock, Abt. I., Anklage Anna Schlotterbeck, 31.3.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 103–107, hier Bl. 104. Zeugin II wurde bereits am 5.3.1952 vom Landgericht Greifswald verurteilt. Am 18.1.1953 wurde sie aus der Strafvollzugsanstalt Bützow-Dreibergen in die UHA Berlin-Hohenschönhausen verlegt und blieb bis zum 29.6.1954. Am 10.8.1954 wurde sie wiederum in die UHA Berlin-Hohenschönhausen verlegt und arbeitete ab dem 11.8.1954 im Strafgefängenenarbeitskommando in der Küche. Siehe Einträge im Hafteingangsbuch für die UHA Berlin-Hohenschönhausen BArch, MfS, Abt. XIV 16782, Bl. 39–40; Bl. 107–108; BArch, MfS, Abt. XIV 16784, Bl. 113–114; Zeugin I wurde im Vorfeld des zweiten Prozesses gegen Anna Schlotterbeck vor dem Bezirksgericht Rostock am 21.8.1954 aus der Strafvollzugsanstalt Hoheneck in die UHA Berlin-Hohenschönhausen verlegt und zwei Tage später, am 23.8.1954 nach Rostock. Eventuell wurde sie in Hohenschönhausen für den bevorstehenden Prozess präpariert. Vgl. Hafteingangsbuch für die UHA Berlin-Hohenschönhausen BArch, MfS, Abt. XIV 16784, Bl. 113–114. Außerdem vgl. Große Strafkammer des Landgerichts Greifswald, Urteil, 5.3.1952, BArch, MfS, AU 31/52, Bd. 3, Bl. 59–65.

Schlotterbeck wird am Tag nach dem Prozess in die Strafvollzugseinrichtung Bützow-Dreibergen verlegt.³⁸ Dort legt sie sofort Berufung gegen das Urteil ein und weist alle Anklagepunkte zurück. Unter anderem sei sie von den Aussagen der Belastungszeuginnen überrascht worden, die dazu auch noch in deren Abwesenheit vorgetragen worden sei. Außerdem habe sie keine Stellung dazu nehmen dürfen.³⁹ Schlotterbeck hat mit ihrer Berufung Erfolg: Das Oberste Gericht der DDR hebt das Urteil am 10. August 1954 auf und verweist es an das Bezirksgericht Rostock zurück mit der Aufforderung, die Belastungszeuginnen anzuhören, um deren Glaubwürdigkeit zu prüfen.⁴⁰ Die Rostocker Staatsanwaltschaft reagiert am 20. August 1954 mit einer Nachtragsklage, in der die Vorwürfe „Boykotthetze“ und „Kriegshetze“ weiterhin enthalten sind, sich aber ausschließlich auf zwei Monate der gesamten Untersuchungshaftzeit bezieht: „Sie hat in den



Die Strafvollzugsanstalt Bützow-Dreibergen bei Schwerin in den 1950er-Jahren, in der Anna Schlotterbeck 16 Monate ihrer Haftstrafe verbüßte.

©Krummes Haus, Bützow

- 38 Vgl. Leiter der Strafvollzugsanstalt Bützow-Dreibergen (Oberrat Ackermann) an BDVP, Abt. SV Rostock, Aufnahmemitteilung Anna Schlotterbeck, 4.5.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 142.
- 39 Vgl. Anna Schlotterbeck, Berufung vor dem 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, 29.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 125–126.
- 40 Vgl. 1a-Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR, Hauptverhandlung über den Berufungsantrag von Anna Schlotterbeck mit Urteilsverkündung, 10.8.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 130–131; 1a-Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR, Aufhebung des Urteils mit Begründung, 10.8.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 132–135.
- 41 Staatsanwaltschaft Rostock, Nachtragsklage an den 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, 20.8.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 144–145, hier 144.
- 42 Vgl. 1. Strafsenat des Bezirksgericht Rostock, öffentliche Verhandlung Anna Schlotterbeck, 22.9.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 158–162. 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Urteil und Begründung, 22.9.1954, ebd., Bl. 163–167. Anna Schlotterbeck, Berufung vor dem Kreisgericht Bützow, 28.9.1954, ebd., Bl. 169–173. 1a-Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR, Beschluss zur Abweisung der Berufung, 13.10.1954, ebd., Bl. 176–177.
- 43 Vgl. Martin Hellberg an den Generalstaatsanwalt der DDR, 11.2.1955, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 14, Bl. 19.; Sekretariat OstA an Martin Hellberg, 17.2.1955, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 14, Bl. 20.
- 44 Vgl. Leiter der Strafvollzugsanstalt Bützow-Dreibergen an Staatsanwalt des Bezirks Rostock, 31.8.1955, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 20, Bl. 2–3; Generalstaatsanwalt der DDR an Staatsanwalt des Bezirks Rostock, 23.9.1955, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 20, Bl. 6. Zur Haftanstalt Bützow-Dreibergen und Fritz Ackermann, den Leiter des Gefängnisses von 1952 bis 1958 vgl. Tobias Wunschik: Die Haftanstalt Bützow-Dreibergen und die Staatssicherheit in den fünfziger und sechziger Jahren. In: Beiträge zur Geschichte des Strafvollzuges und der politischen Strafjustiz in Mecklenburg-Vorpommern, hg. v. Politische Memoriale e.V., Rostock 2006, S. 135–147.

Monaten Januar und Februar 1954 in der Haftanstalt anderen Häftlingen gegenüber wüste Verleumdungen gegen Mitglieder unserer Regierung, gegen Mitglieder des ZKs der SED und gegen Angehörige des Sekretariats für Staatssicherheit vorgebracht.“⁴¹ Am 22. September 1954 kommt es zur Verhandlung vor dem Bezirksgericht Rostock. Wie gefordert erscheinen beide Zeuginnen. Im folgenden Urteil bemisst sich Schlotterbecks Strafmaß nun auf drei Jahre unter Anrechnung der Untersuchungshaftzeit. Wiederum akzeptiert Schlotterbeck das Urteil nicht und legt Berufung ein, die aber vom Obersten Gericht der DDR am 13. Oktober 1954 als unbegründet abgewiesen wird.⁴² Schlotterbeck verbüßt die zu diesem Zeitpunkt noch 16 Monate andauernde Haftstrafe in Bützow-Dreibergen. Einem Gesuch um vorzeitige Haftentlassung des Regisseurs und Autors Martin Hellberg im Februar 1955 wird nicht stattgegeben.⁴³ Der Leiter der Strafvollzugsanstalt Bützow-Dreibergen, Fritz Ackermann, schlägt Schlotterbeck am 31. August 1955 zur vorfristigen Entlassung vor, die Generalstaatsanwaltschaft der DDR lehnt dies ebenfalls ab.⁴⁴ Schlotterbeck wird drei Jahre nach ihrer Verhaftung am 15. Februar 1956 aus der Haft entlassen, ihr Mann Friedrich kommt einen Tag eher frei. Die Zeit ihrer Inhaftierung in Karl-Marx-Stadt, die ohne Haftbefehl erfolgt war, wird ihr von der DDR-Justiz als Haftzeit angerechnet.

Nach ihrer Entlassung leben die Schlotterbecks erst bei Martin Hellberg in Potsdam-Griebnitzsee, dann ziehen sie nach Groß Glienicke. 1957 werden beider Strafen aus dem Strafregister getilgt; auch veranlasst die ZPKK die parteiinterne Rehabilitation. Das heißt, die Rücknahme des Parteiausschlusses erfolgt

nicht öffentlich. Gemeinsam mit Friedrich schreibt Anna Schlotterbeck für den DDR-Rundfunk Hörspiele, die zwischen 1958 und 1962 veröffentlicht werden. Beide sind Mitglieder des Schriftsteller:innenverbandes in Potsdam und verkehren in Literat:innenkreisen.⁴⁵ 1968 verfasst sie ihre Hafterinnerungen. Anna Schlotterbeck stirbt am 27. Juli 1972 im Alter von 70 Jahren.⁴⁶ Friedrich stirbt 1979.



Innenaufnahme einer Zelle von der Strafvollzugsanstalt Bützow-Dreibergen aus den 1950er-Jahren. ©Krummes Haus, Bützow

- 45 Christa Wolf berichtet in ihrem Tagebuch, beide Schlotterbecks 1962 auf einer Versammlung des Schriftsteller:innenverbandes Potsdam kennengelernt zu haben. Vgl. Christa Wolf: Ein Tag im Jahr, 1960–2000. München 2003, S. 48–53.
- 46 Anna Schlotterbeck erkrankte wenige Jahre vor ihrem Tod an Krebs. Vgl. ebd., S. 137.

Der Weg zur „Partei neuen Typs“

Die Verfolgungs- und Haftgeschichte Anna Schlotterbecks spielt vor dem Hintergrund der Parteisäuberungen in SED und (bundesdeutscher) KPD in den späten 1940er- und frühen 1950er-Jahren sowie der politischen Ereignisse nach dem Tod des sowjetischen Diktators Iosif Stalin.⁴⁷ Daher wird in diesem Kapitel zunächst der historische Hintergrund kontextualisiert, bevor die konkrete Ausschlussgeschichte Schlotterbecks erläutert wird.⁴⁸

Der Begriff „Parteisäuberungen“ meint ein komplexes System gezielter Disziplinierungsmaßnahmen wie Parteistrafen, Funktionsenthebungen und Parteiausschlüssen sowie staatlichen Repressivmaßnahmen wie Verhaftungen und Verurteilungen in den kommunistischen Parteien des sowjetischen Machtbereichs. Parteisäuberungen dienten der Durchsetzung und Sicherung der Macht ebenso wie der Disziplinierung der Mitglieder und waren relevant für die Abgrenzung nach innen und außen.⁴⁹ Ihren Anfang nahmen sie bereits in der Kommunistischen Partei Russlands (Bol'sheviki) (KPR (B))⁵⁰ sowie der Komintern der 1920er-Jahre und fanden ihren Weg in alle kommunistischen Parteien nach 1945. Im geteilten Deutschland betraf dies sowohl die KPD in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik bis zu deren Verbot 1956 als auch die 1946 gegründete SED in der SBZ/DDR.⁵¹

Vereinzelte Parteisäuberungen traten – nach sowjetischem Vorbild – beinahe unmittelbar nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED in der SBZ auf. Sie hatten das Ziel, (ehemalige) Sozialdemokrat:innen aus dem Partei- und Verwaltungsapparat auszuschließen.⁵² Eine größere Säuberungswelle folgte 1948/49. Aus der Sowjetunion kommend überrollte sie die kommunistischen Parteien innerhalb, aber auch außerhalb des Ost-

blocks. Ihr Ziel war es, vermeintliche Feind:innen des sowjetischen Hegemonialanspruchs in den eigenen Reihen zu enttarnen, auszuschließen und zu bestrafen. Erklärter Gegner war ab 1948 der Ministerpräsident der noch jungen Sozialistischen Republik Jugoslawien, Josip Broz, Kampfname Tito. Er schloss im Alleingang enge Bündnisse mit benachbarten Staaten und stellte sich später mit seinem von der Sowjetunion unabhängigen nationalkommunistischen Kurs – dem „Titoismus“ – offen gegen Stalin. Da Tito für die sowjetische Führung nicht greifbar war und auch, um einer Nachahmung

47 Transliteration nach DIN 1460.

48 Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um einen kurzen Überblick. Vgl. ausführlich zu den Parteisäuberungen Frank Hirschinger: „Gestapoagenten, Trotzkosten, Verräter“. Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953. Göttingen 2005; Klein: „Für die Einheit.“

49 Vgl. Hirschinger: „Gestapoagenten“, S. 9.

50 Rossijskaja Kommunističeskaja Partija (bol'shevikov), Name der Kommunistischen Partei Sowjetrusslands/ der Sowjetunion von 1918 bis 1925.

51 Vgl. Herbert Mayer: Parteisäuberungen in der bundesdeutschen KPD. Ein westeuropäisches Fallbeispiel. In: UTOPIE kreativ, H. 81/82, 1997, S. 134–142, hier 134.

52 Vgl. Hirschinger: „Gestapoagenten“, S. 13.

seines nationalkommunistischen Kurses durch andere Staaten präventiv entgegenzuwirken, wurden stellvertretend hochrangige Politiker in Schauprozessen unter dem Vorwurf des „Trotzkismus“ und „Titoismus“ angeklagt, verurteilt und teilweise hingerichtet: Zu den ersten und prominentesten Opfern zählen Koči Xoxe in der Volksrepublik Albanien, László Rajk in Ungarn und Trajčo Kostov in der Volksrepublik Bulgarien.⁵³ Die unter Folter erpressten Geständnisse lieferten neuen Stoff für weitere Untersuchungen und Verurteilungen.⁵⁴ Der Vorwurf des „Trotzkismus“ (in Anlehnung an den Stalin-Gegner Lev Davidovič Bronštejn, genannt Trotzki) diente bereits seit den späten 1930er-Jahren nicht mehr dazu, die tatsächlichen Anhänger der parteipolitischen Ziele Trozki zu beschreiben. Vielmehr handelte es sich dabei um konstruierte Beschuldigungen.⁵⁵ Stalin hatte dieses wirksame Instrument bereits im „Großen Terror“ der 1930er-Jahre genutzt, um gegen (tatsächliche und vermeintliche) „Parteifeind:innen“ vorzugehen. In gleicher Weise diente Stalin gut zehn Jahre später auch der Vorwurf des „Titoismus“. Dass beide Begriffe beliebig eingesetzt wurden und wenig mit den tatsächlichen ideologisch-politischen Zielen der Namensgeber zu tun hatten, zeigt sich auch daran, dass es sich etwa bei Rajk und Kostov keineswegs um Anhänger trotzkistischer oder titoistischer Ideen gehandelt hatte, sondern um zwei ausgewiesene Stalinisten.

Innerhalb der SED liefen die Säuberungen unter dem Deckmantel der Umformung zu einer „Partei neuen Typs“ mit dem Ziel der Schaffung einer stalinistischen Organisation. Für die Suche nach „Parteifeind:innen“ richtete die SED-Parteiführung 1948 die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) sowie Ableger auf Landes- (LPKK), Bezirks- (BPKK) und Kreisebene (KPKK) ein.⁵⁶ Zu Anfang zielte die Parteigewalt zunächst auf Sozialdemokrat:innen; der Vorwurf des „Ti-

53 Koči Xoxe (1911-1949) war Vizepremier und Innenminister Albanien (1946-1948). Als Anhänger Titos wurde er abgesetzt, aus der kommunistischen Partei Albanien ausgeschlossen und 1948 verhaftet. In einem Geheimprozess wurde er 1949 zum Tode verurteilt und hingerichtet. László Rajk (1909-1949) war ungarischer Innenminister (1946-1948) danach Außenminister. 1949 wurde er verhaftet und ebenfalls nach einem Todesurteil hingerichtet. Zu beiden vgl. die jeweiligen Einträge in: Oxford Reference, URL: www.oxfordreference.com [24.01.2024]. Trajčo Kostov (1897-1949) war einer der Gründer der kommunistischen Partei in Bulgarien und kämpfte während des Zweiten Weltkriegs im bulgarischen Widerstand gegen die deutsche Besatzung. 1948 wurde er verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Vgl. Website des bulgarischen Staatsarchivs, URL: www.politburo.archives.bg/bg/2013-04-24-11-09-24/1944-1949/152 [5.12.2022].

54 So ließ sich etwa Kostov in den „Verhören“ monatelang nicht brechen, bis er dann doch das gewünschte Geständnis unterzeichnete. Vor Gericht widerrief er es dann jedoch. Er blieb allerdings die Ausnahme, die meisten hielten sich an die erzwungenen Geständnisse, in der Hoffnung, nicht zum Tode verurteilt zu werden. Vgl. ebd.

55 Der Vorwurf des „Trotzkismus“ war sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR antisemitisch aufgeladen. Siehe zum Antisemitismus als Element der stalinistischen Feindbildkonstruktion: Andreas Neumann, Der antisemitisch aufgeladene Trotzkismus-Vorwurf. In: Ders.; Jörg von Bilavsky (Hrsg.): Geschichte vor Ort und im virtuellen Raum. Einblicke in die Arbeit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Berlin 2022, S. 144–172.

56 Vgl. Hirschinger: „Gestapoagenten“, S. 133.

toismus“ wurde auf sie übertragen.⁵⁷ Ähnlich wie bereits Stalin den Vorwurf des „Trotzkismus“ in den späten 1930er-Jahren gegen die Alt-Bol'sheviki aus der Zeit des Bürger:innenkrieges eingesetzt hatte, nutzte die Staats- und Parteiführung der DDR um Walter Ulbricht den Vorwurf des „Titoismus“ in ähnlicher Weise, um sich Teilen der alten Kader zu entledigen. Im Anschluss an den Schauprozess gegen László Rajk 1949 wandten sich die Säuberungen in SED und KPD gegen die sogenannten Westemigrant:innen, die während des Nationalsozialismus im nicht-kommunistischen Ausland im Exil gewesen waren. Ihnen wurden Verbindungen während des Exils als Spionage ausgelegt. Schlüsselfigur zahlreicher Verhaftungen und Verurteilungen war Noel Field. 1904 als US-amerikanischer Staatsbürger in London geboren, war er in Zürich aufgewachsen und hatte nach dem 1. Weltkrieg eine diplomatische Karriere im US-Außenministerium begonnen. Als überzeugter Kommunist hatte er den sowjetischen Geheimdienst bereits in den 1920er-Jahren mit Informationen über seine Tätigkeit versorgt. Zwischen 1935 und 1940 arbeitete Field für den Völkerbund in Genf. 1941 übernahm er gemeinsam mit seiner Frau Herta die Leitung der Hilfsorganisation Unitarian Service Committee (USC) in Marseille. Das USC unterstützte illegal oder in Internierungslagern lebende, meist kommunistische Geflüchtete. Um sie vor einer Auslieferung an die Gestapo zu bewahren, beschaffte die Hilfsorganisation vor allem Ausweis- und Visadokumente, aber auch Geld und Lebensmittel. In einer USC-eigenen Klinik fanden diese Menschen auch eine medizinische Versorgung. Den Großteil des dafür benötigten Geldes bezog das USC aus den USA, teils durch Allen Dulles, den damaligen Vertreter des amerikanischen Militärnachrichtendienstes OSS in der Schweiz.⁵⁸ Field fungierte zudem als Kurier des kommunistischen Widerstandes in Frankreich. Nach seiner eigenen Flucht aus Frankreich setzte er die Arbeit des USC ab Ende 1942 in der Schweiz fort, nach 1945 auch in Deutschland. 1949 geriet Field durch seine ambivalente Rolle zwischen den Fronten ins Visier kommunistischer Geheimdienste. Diese entführten ihn am 5. Mai 1949 in Prag auf offener Straße und verschleppten ihn nach Budapest. Monatelang musste Field im Haus des ungarischen Geheimdienstes⁵⁹ Verhöre und Folter über sich ergehen lassen. Der Grund für Fields Verhaftung ist wohl in Stalins Sicherheitsimperativen zu suchen. Dessen Einflusszone hatte sich durch den Machtantritt und Herrschaftsanspruch Titos deutlich reduziert. Für eine Stabilisierung seines Sattelitenreiches griff Stalin auf Schauprozesse zurück, die sich bei den

großen Säuberungsaktionen in der Sowjetunion Ende der 1930er-Jahre bereits als Mittel der Herrschaftssicherung bewährt hatten. In Field fand sich die ideale Figur des amerikanischen

57 Vgl. ebd., S. 14.

58 Vgl. ebd., S. 172f.

59 Államvédelmi Hatóság (ÁVH), Dt.: Staatsschutzbehörde.

Superspions. Viele der ungarischen, deutschen, tschechoslowakischen und polnischen kommunistischen Emigrant:innen, denen Field im Laufe des Krieges geholfen hatte, bekleideten nun hohe Ämter in Partei- und Staatsapparat – das angebliche Netz aus Agent:innen war erdacht. „Er könnte ja tatsächlich ein Spion gewesen sein, und wenn nicht, so kann er zu einem unschätzbare nützlichen erfoltert werden, denn von ihm aus führen Fäden überall hin in Ostmitteleuropa.“⁶⁰ Alle, die mit ihm in Kontakt gestanden hatten, waren verdächtig. Viele wurden unter dem Vorwurf der Spionage für den US-amerikanischen Geheimdienst angeklagt. Die erpressten Geständnisse von Field dienten in den großen Schauprozessen als Beweis, er selbst trat jedoch nie als Zeuge auf.⁶¹

Noel Fields Verhaftung hatte auch Auswirkungen auf die Parteisäuberung in SED und westdeutscher KPD. 1949 veranlasste Walter Ulbricht die Einrichtung eines speziellen Ausschuss innerhalb der ZPKK, der Verbindungen zwischen Field und kommunistischen Heimkehrer:innen u.a. aus dem schweizerischen und französischen Exil aufdecken sollte.⁶² Der Leiter Hermann Matern und die Abteilungsleiterin Herta Geffke⁶³ verhörten zahlreiche Parteimitglieder oder ließen sie Erklärungen und Rechtfertigungen abfassen. Die ZPKK schloss Mitglieder aus der westdeutschen KPD und der ostdeutschen SED aus. Das 1950 gegründete MfS verhaftete darüber hinaus Ausgeschlossene wie etwa Kurt Müller, Willi Kreikemeyer, Fritz Sperling, Paul Merker, Leo Bauer, Hannelore und Paul Baender und auch Friedrich und Anna Schlotterbeck.⁶⁴ „Unter der Flagge der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs bekämpfte die ZPKK vermeintliche Schumacherelemente, Trotzismus und Titoismus, Agenten und Spione.“⁶⁵ Aus Überzeugung und vermutlich auch um Verdächtigun

60 George H. Hodos: Fields Glaube, Fields Zeit. In: Bernd-Rainer Barth; Werner Schweizer (Hrsg.): Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa. Bd. 1: Gefängnisjahre 1949–1954. Berlin 2005, S. XI–XVI, hier XIV.

61 Nach dem Tod Stalins wurden Noel und seine Frau Herta Field 1954 aus der Haft entlassen, teilweise rehabilitiert und finanziell entschädigt. Bis zu seinem Tod 1970 lebte Field – stets unter Überwachung des Geheimdienstes – in Ungarn. Zu den Hintergründen der „Field-Affäre“ vgl. Bernd-Rainer Barth: Vor der Verhaftung. September 1947–Mai 1949. In: Barth; Schweizer (Hrsg.): Der Fall Noel Field, Bd. 1, S. 1–14; außerdem die Rezension zum Buch von Annette Leo, in: WerkstattGeschichte 47, Essen 2008, S. 114–116.

62 Vgl. Klein: „Für die Einheit“, S. 136.

63 Hermann Matern (1893–1971), KPD/SED-Funktionär, 1932–33 Abgeordneter des Preußischen Landtages, Verfolgung durch die Nationalsozialist:innen und Exil, u.a. in der ČSR und Frankreich, Norwegen, Schweden, 1941–1945 div. Tätigkeiten in Moskau und Krasnodar, ab Mai 1945 div. Funktionen in der KPD, ab 1948 Vorsitzender der ZPKK, ab 1949 Abgeordneter der Volkskammer, Vizepräsident, ab 1950 Mitglied des ZK der SED; vgl. Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/hermann-matern [5.12.2022]; Herta Geffke (1893–1974), KPD/SED-Funktionärin, illegale Parteiarbeit währen des NS, 1933–1936 Inhaftierung wegen Vorbereitung zum Hochverrat, ab 1945 Funktionen in KPD/SED, ab 1949 Abteilungsleiterin der ZPKK, ab 1956 Mitglied der „Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern“, vgl. Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/herta-geffke [5.12.2022].

64 Die neben den Schlotterbecks genannten Personen waren langgediente KPD-Mitglieder, hatten im Widerstand gegen die NS-Diktatur gearbeitet und waren im Exil in nicht-sozialistischen Ländern gewesen; die Baenders und Bauer waren jüdisch und vor den Nationalsozialist:innen geflohen; ihre Verhaftungen stehen mit stalinistischem Antisemitismus in Zusammenhang, der in Folge des Slánský-Prozesses innerhalb der SED-Parteisäuberungen immer präsenter wurde; vgl. die jeweiligen Einträge in Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken; vgl. außerdem Mario Keßler: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967. Berlin 1995; Hannelore Baender trat nach ihrer Rückkehr aus dem Exil in Bolivien 1947 in die SED ein; sie war bis zu ihrer Verhaftung 1952 Mitglied der Volkskammer der 1. Wahlperiode; vgl. Rita Pawlowski: „Unsere Frauen stehen ihren Mann“. Frauen in der Volkskammer der DDR 1950–1989. Ein biografisches Handbuch. Berlin 2008, S. 19–20; für Hannelore Baender gibt es bislang keinen Eintrag in der biografischen Datenbank der Bundesstiftung Aufarbeitung, auch im Eintrag ihres Mannes wird sie nicht erwähnt.

65 Mayer: Parteisäuberungen, S. 134–135. Der Begriff „Schumacherelemente“ bezieht sich auf Anhänger Kurt Schumachers (1895–1952), SPD-Partei-Vorsitzender 1946–1952 und Oppositionsführer im Deutschen Bundestag 1949–1952. Schumacher war Gegner der Zwangsvereinigung und lehnte die SED rigoros ab.

66 Vgl. Klein: „Für die Einheit“, S. 137, Zitat S 165–166.

67 Vgl. ebd., S. 145; 151–156.

gen gegen die eigene Person entgegenzuwirken, beteiligten sich zahlreiche Westmigrant:innen aktiv an den Säuberungsprozessen; viele von ihnen so lange, bis sie selbst verhaftet wurden. Besonders für die Zeit des Slánský-Prozesses in Prag belegen die Akten der ZPKK die „eifertig[en] [...] Denunziationsphantasien“ einiger aufrechter Genoss:innen, selbst Mitglieder westeuropäischer kommunistischer Parteien hätten „bei der ZPKK Schlange [gestanden], um ihre Wachsamkeit unter Beweis zu stellen“.⁶⁶

Bis Ende 1950 hatte die ZPKK vor allem jene geprüft, die Ämter in der SED bekleidet hatten. Ab 1951 schloss sich nun eine Überprüfung aller Mitglieder an, bei der innerhalb eines Jahres jedes fünfte Mitglied aus der Partei ausschied. Dieser Aderlass war nur zum Teil eine Folge der Untersuchungen. Viele Mitglieder traten vorher aus und verweigerten so die Überprüfung. Zudem erfolgte parallel eine statistische Bereinigung der Mitgliederlisten. Diese betraf vor allem Mitglieder, die ihre Beiträge nicht bezahlt bzw. nicht aktiv am Parteileben teilgenommen hatten. Die Säuberungen schüchterten die verbleibenden Parteimitglieder stark ein, wodurch das Aufkommen kritischer oder oppositioneller Stimmen auch für die Zukunft eingedämmt und die Partei weiter stalinisiert wurde. Die Säuberungen hatten die Mitglieder zudem auch gespalten. Die Parteiführung inszenierte daher eine Kampagne auf der Basis eines „Kritik- und

Selbstkritik'-Ritus“, der in den zentralen Parteizeitungen wie *Neues Deutschland* und *Tägliche Rundschau* ausgetragen wurde und als Werben um Vertrauen verstanden werden sollte. Den altgedienten Kadern der KPD war dieses bewährte Instrument stalinistischer Parteipolitik wohlbekannt. In der SED-Basis mit ihren zahlreichen neuen Mitgliedern nach der Zwangsvereinigung musste es aber erst verankert werden. Die Säuberungen waren damit aber keinesfalls abgeschlossen, vielmehr gärten weitere Pläne innerhalb der Parteiführung.⁶⁷

Der Tod Stalins am 5. März 1953 läutete das Ende des stalinistischen Terrors ein und war der Auftakt für eine Transformation der totalitären Herrschaft in der Sowjetunion – teils auf kürzere, teils auf längere Sicht.⁶⁸ Die im Zuge des Field-Komplexes Verhafteten blieben aber – ebenso wie Field selbst – vorerst in Haft. Innerhalb der DDR-Führung sorgten die ungeklärten Machtverhältnisse in Moskau nach dem Tod Stalins für Verunsicherung.

Das seit Sommer 1952 initiierte Programm vom Aufbau des Sozialismus, das neben grundlegenden Veränderungen in Industrie und Landwirtschaft vor allem auf eine verschärfte Repression gegen tatsächliche und vermeintliche Gegner:innen gesetzt hatte, brachte die junge DDR in eine tiefgreifende Krise, deren Höhepunkt im Volksaufstand um den 17. Juni 1953 gipfelte. Das Aufbegehren der Bevölkerung richtete sich vor allem gegen die Transformationspläne der SED. Im Nachgang des Aufstandes sahen sich auch die Parteikontrollkommissionen gezwungen, einen neuen, auf Normalisierung abzielenden Kurs einzuschlagen. Gleichzeitig schlossen sich weitere Überprüfungen an, um die angeblichen „faschistischen“ Rädelsführer:innen des Volksaufstandes zu enttarnen. In den folgenden Jahren habe sich daraus ein „schnell wechselnd[es] und extrem widersprüchlich[es]“ Aufgabenfeld als Ausdruck re- und entstalinisierender Faktoren ergeben.⁶⁹

Der XX. Parteitag der KPdSU und die Rede Nikita Chruščëvs im Jahr 1956 waren der Auftakt der Entstalinisierung des Ostblocks. Walter Ulbricht verfolgte diese Politik in der DDR aber nur halbherzig. Grund war die personelle Kontinuität in Führungspositionen, wodurch eine Verantwortung für die Repressionspraxis schwerlich eingestanden werden konnte. Ebenso verhielt es sich mit der Aufarbeitung der Parteisäuberungen und dem Vorgehen der ZPKK: Zwar setzte das ZK im März 1956 auf Vorschlag des Politbüros eine „Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern“ ein, die die verhängten Strafen abmildern oder zurücknehmen sollte. Die Reichweite der Rehabilitierungen blieb aber sehr begrenzt. Denn über die Rehabilitierungen entschieden dieselben Personen, die die Säuberungen zu verantworten gehabt hatten, nämlich Matern und Geffke.⁷⁰

Die Geschichte des Parteiausschlusses von Anna Schlotterbeck liest sich wie eine Blaupause der internationalen und nationalen Ereignisse auf lokaler Ebene: Als Westemigrantin und Parteifunktionärin musste sie im Zuge der

68 Vgl. Marc Elie: Rehabilitation in the Soviet Union, 1953–1964. A Policy Unachieved. In: Kevin McDermott; Matthew Stibbe (Hrsg.): De-Stalinising Eastern Europe. The Rehabilitation of Stalin's Victims after 1953. Basingstoke 2015, S. 25–45.

69 Vgl. Elke Scherstjanoi: Die Folgen von Stalins Tod für die DDR. In: Jürgen Zarusky (Hrsg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung. München 2006, S. 207–215; ebenso Klein: „Für die Einheit“, S. 185, 199–200.

70 Vgl. zu diesem Abschnitt detaillierter ebd. S. 268–274.

71 Ernst Zuschke, Bericht über das Untersuchungsergebnis, (Datum unleserlich, vermutlich Mai 1953), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 3, Bl. 230–242, hier 230.

72 Die Ausschluss- und Verfolgungsgeschichte Schlotterbecks steht natürlich in Zusammenhang mit der Friedrichs. Er wird am gleichen Tag ausgeschlossen, am gleichen Tag verhaftet und auch entlassen. Ebenso wie Anna Schlotterbeck wird Friedrich die ersten Monate ohne Haftbefehl in der Villa Esche festgehalten. In dem auf den 10.9.1953 datierten Haftbefehl wird F. Schlotterbeck der Kriegs- und Boykotttätigkeit als Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung der DDR sowie KDR 38 III A III beschuldigt. Friedrich Schlotterbeck wird am 31.3.1954 vom Staatsanwalt des Bezirks Rostock angeklagt. Er habe zwischen 1943 und 1945 „durch sein falsches Verhalten das faschistische Regime unterstützt“, und sich ab 1951 der Boykotttätigkeit und der Friedensgefährdung schuldig gemacht. Der letzte Anklagepunkt taucht auch in der Anklageschrift Anna Schlotterbecks auf. Zum Zeitpunkt der Anklage befindet sich Friedrich Schlotterbeck in Untersuchungshaft beim SfS Rostock. Als Zeug:innen der Anklage werden sieben Personen genannt, unter anderem aus Dresden und Raschau. Der Prozess findet am 27. April 1954 vor dem Bezirksgericht Rostock statt, ohne dass Zeug:innen vor Gericht auftreten. Das Urteil lautet sechs Jahre Zuchthaus. Einen Tag später wird Friedrich Schlotterbeck in die JVS Bützow-Dreibergen verlegt. Nach einem Berufungsantrag Schlotterbecks ändert das Oberste Gericht der DDR am 10. August 1954 die Strafe auf drei Jahre Zuchthaus. Vgl. Kreisgericht Karl-Marx-Stadt, Haftbefehl Friedrich Schlotterbeck, 10.9.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 16, Bl. 4; Staatsanwaltschaft Rostock, Anklage Friedrich Schlotterbeck, 31.3.1954 (Durchschlag), ebd., Bl. 7–14; 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Beschluss über die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Friedrich Schlotterbeck, 14.4.1954, ebd., Bl. 14; 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Hauptverhandlung, 27.4.1954, ebd., Bl. 25; 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Urteil Friedrich Schlotterbeck, 27.4.1954, ebd., Bl. 18–22; 1a-Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR, Änderung des Urteils mit Begründung (Abschrift), 10.8.1954, ebd., Bl. 28–32.

Kaderüberprüfung ihre Verbindungen zu Field darlegen und geriet Stück für Stück in die Mühlen der Verfolgungsmaschinerie. Nach Monaten der Verhöre in Karl-Marx-Stadt gab es weder ein verwertbares Geständnis, noch lagen andere Beweise vor, die als Grundlage für eine Verurteilung hätten dienen können. Eine nach dem Tod Stalins missglückte bis fehlende Kommunikation zwischen KPdSU und SED musste insbesondere die stark sowjetisch dominierte MfS-Dienststelle in der Wismut betroffen haben. Dies könnte auch eine Antwort auf die Frage sein, warum Ernst Zuschke die Ministeriumszentrale in Berlin im Mai 1953 bat, den Fall Schlotterbeck aus seinem Entscheidungsbereich zu nehmen.⁷¹ Doch auch die Vernehmer in der UHA des MfS in Berlin-Hohenschönhausen konnten Schlotterbeck nicht die gewünschten Vergehen nachweisen. Der Geheimdienst stand offensichtlich vor einem Dilemma: Anna Schlotterbeck konnte weder verurteilt noch freigelassen werden. Zu groß war wohl die Gefahr, dass die bestens vernetzte Schlotterbeck das ihr Widerfahrene publik gemacht hätte. Gerade nach dem Volksaufstand im Juni 1953 war Walter Ulbricht um Sicherung seiner Machtposition innerhalb der Partei bemüht. Die beiden Zelleninformantinnen boten daher eine Möglichkeit, Anna Schlotterbeck doch noch eines Verbrechens zu bezichtigen, wenn es sich dabei auch nicht um den ursprünglichen Spionagevorwurf handelte.⁷²

„Damit kam die Ausschluss-Mühle gegen uns in Gang!“ – Die Parteisoldatin Anna Schlotterbeck

„Änne von Fischer wird aus der Partei ausgeschlossen“, lautet der nüchterne Beschluss der ZPKK vom 15. Februar 1951, unterzeichnet von Herta Geffke.⁷³ Drei Ausschlussgründe werden aufgeführt: Erstens habe Schlotterbeck im Frühjahr 1941 „an Field zahlreiche Adressen von Emigranten verschiedener Nationalitäten aus den französischen Internierungslagern“ geliefert. Zweitens habe sie durch ihre ab 1946 erfolgten Warnungen betreffend Noel Field versucht, „die Partei zu veranlassen ihre Untersuchung in einer falschen Richtung zu entwickeln“, während sie gleichzeitig bis 1947 mit der USC in Verbindung gestanden und außerdem die 1950 von der Partei attestierte trotzkistische Gesinnung Hertha Tempis⁷⁴ angezweifelt habe. Dazu habe sie drittens ein Buch lektoriert,



Wilfriede Hess zwischen Anna Schlotterbeck und ihrem jahrelangen Parteifreund Erich Weinert in der Schweiz im Jahr 1946.

©Privatarchiv Wilfriede Hess

- 73 Zitat Überschrift Anna Schlotterbeck, Diskussionsbeitrag zur Delegiertenkonferenz des 14. Stadtbezirks (Dresden), 18. Juni 1950 (Abschrift Schlotterbeck), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 8, Bl. 122–124, hier 124.
- 74 Herta Jurr-Tempi, später. verheiratet Znosko-Borowsky (1907–198?), Komintern-Agentin, Résistance-Kämpferin, 1944–1947 Leiterin des USC-Büros in Frankreich, mehrfach angegriffen wegen ihrer Verbindungen zu Field und aus der KP Frankreich ausgeschlossen; vgl. Barth; Schweizer (Hrsg.): Der Fall Noel Field, Bd 2: Asyl in Ungarn 1954–1957, S. 438; zu ihrem Ehemann Werner Jurr vgl. Biographische Datenbanken, URL www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/werner-jurr [24.01.2024].
- 75 Es handelt sich dabei um das autobiographische Werk des Shoah-Überlebenden Rolf Weinstock: „Rolf, Kopf hoch!“ Die Geschichte eines jungen Juden. Bearbeitet von Anna von Fischer, Berlin-Potsdam 1950; Weinstock (1920–1952) schreibt über seine Verfolgung durch die Nationalsozialist:innen und seine Haft in verschiedenen Konzentrations-, Internierungs- und Vernichtungslagern. Seine Erinnerungen verschriftlichte er bereits 1945 und veröffentlichte sie 1948 beim Volks-Verlag in Singen unter dem Titel „Das wahre Gesicht Hitler-Deutschlands“. 1950 sollte eine überarbeitete Version im VVN-Verlag (DDR) erscheinen, die Publikation wurde jedoch nach dem Druck zurückgezogen. Grund war vermutlich seine Schilderung der Befreiung des KZ Buchenwald durch US-Truppen. Vgl. Gedenkbuch für die Emmendinger Jüdinnen und Juden. Hrsg. vom Verein für jüdische Geschichte und Kultur Emmendingen e.V., URL: www.juedisches-leben-in-emmendingen.de/2020/10/18/weinstock-rolf/ [5.12.2022].
- 76 Vgl. ZPKK (Herta Geffke), Beschluss der über den Parteiausschluss von Anna Schlotterbeck, 15.2.1951 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 13, Bl. 102, alle Zitate ebda.
- 77 Siehe: ZPKK, Zusammenstellung von Aussagen von Inhaftierten der Rajk-Affäre (u.a.) über Anna Schlotterbeck, (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 6, Bl. 34–38.
- 78 Vgl. Klein: „Für die Einheit“, S. 259.

dessen Inhalt die US-amerikanische Armee verherrliche.⁷⁵ Insgesamt zeige dies „ihre große politische Schwäche“.⁷⁶

Besonders die beiden ersten Anschuldigungen sind Ausdruck der Stimmung innerhalb der kommunistischen Parteien zur Zeit der Säuberungen: die paranoide Suche nach feindlichem Kontakt, das bis zur Absurdität reichende System der Selbstkritik und Rechtfertigung der Parteimitglieder sowie parallel dazu deren Versuche, sich durch Denunziation von jeglichem Verdacht zu befreien. Auch im Fall Schlotterbeck stützen sich die Anschuldigungen auf Aussagen von Genossen, teils, nachdem diese selbst im Zuge der Field-Affäre verhaftet worden sind, wie etwa Willy Kreikemeyer (Verhaftung im August 1950), Leo Bauer (Verhaftung im August 1950) und Fritz Sperling (Verhaftung im Februar 1951).⁷⁷ Und ebenso hat Schlotterbeck selbst eifrig bei der Suche nach „Parteischädlingen“ mitgewirkt. Vor dem Ausschluss werden in ihren überlieferten Briefen und Schriftstücken vor allem zwei Inhalte deutlich: erstens ihre aktive Unterstützung der ZPKK bei der Suche nach „Parteifeind:innen“, die von Denunziationen, aber auch Ermahnungen geprägt ist, und zweitens ihre Parteiarbeit in Dresden, die schnell von Querelen mit der Kreisparteileitung begleitet ist.

Seit 1950 beteiligt sich Schlotterbeck aktiv an der „Entlarvung“ angeblicher Spion:innen in den eigenen Reihen, indem sie etwa der ZPKK schriftlich über ihre Begegnungen mit Field während ihrer Arbeit für die CSS berichtet.⁷⁸ Darüber hinaus übermitteln sie und Friedrich sowohl ihre Einschätzung zur Arbeit der ZPKK als auch Hinweise zur Ermittlungsrichtung direkt an Matern und Geffke. Die Schlotterbecks halten sich

für wichtige Stimmen im Säuberungsprozess und machen Meldung über jene, die sie während der Emigration in der Schweiz kennengelernt haben. Am 18. Mai 1950, kurz nach der Entführung und Verhaftung Kurt Müllers schreiben sie an Matern: „Die Verhaftung von Kutschki (Kurt Müller) veranlasst uns zu folgender Information: Beim Lesen dieser Nachricht erinnerten wir uns an eine frühere Bemerkung der Genossin Lea Grosse,⁷⁹ wonach die Gestapo ihr Tatsachen und Einzelheiten aus Moskau vorhielt, die nach Lage der Dinge – nur von Kutschki stammen konnten, wie sie meinte. Wir empfehlen dir, die Genossin Lea Grosse in der Sache selbst zu hören.“⁸⁰

Als überzeugte Stalinistin ist Schlotterbeck von der Legitimität der Parteisäuberungen überzeugt. „Ich möchte nochmal betonen, dass ich den ganzen Fragenkomplex für uns und auch für andere Länder für so wichtig halte, dass man ihn unmöglich verschieben kann“, schreibt sie am 6. November 1950 wiederum an Matern. Aus diesem Empfinden erwächst ihre Sorge, die „Aufklärung der Dinge“ könnte von Parteimitgliedern sabotiert werden, „da es in der engsten Leitung dort Leute gibt, die kein Interesse an der völligen Klärung dieser Angelegenheit [...] haben.“⁸¹ Diese Personen lenkten die Parteiuntersuchungen bewusst in eine falsche Richtung – ein Vorwurf, der Grund für ihren eigenen Parteiauschluss sein wird. Schlotterbeck vermutet Feind:innen in den Parteireihen: „Die [...] Tendenzen, die Field-Untersuchungen fest zu lenken, sind umso besorgnisserregender, weil sie von Genossen ausgehen, die jetzt in der KPD an verantwortlichen Stellen stehen. So ist jetzt der Genosse Sperling wie die Presse meldet, zweiter Vorsitzender der KPD geworden.“ Fritz Sperling aber ist aus ihrer Sicht „der eigentliche Kopf der schweizerischen Emigration“, der „über alle Dinge Bescheid [wusste] und [...] alle Aktionen und Verbindungen der anderen Genossen [steuerte].“⁸² Indem Schlotterbeck den zweiten Vorsitzenden der KPD offen beschuldigt, begibt sie sich in eine riskante Lage – davon ahnt sie offensichtlich nichts und sieht sich klar auf Seiten der Partei. Nach dem Erscheinen der Protokolle des Rajk-Prozesses verfasst Schlotterbeck im November 1950 einen dreizehnseitigen Bericht vermutlich an Matern, in dem sie detailliert Auskunft über Ereignisse und das Wirken verschiedener Personen in der Emigration gibt. Dabei

79 Lea Große (1906–1997), jüdisch-kommunistische Funktionärin, u.a. der KJL und Komintern in Moskau (1930–1932); (Chef-)Redakteurin u.a. bei den Sendern „Sturmvogel“ und „Freies Deutschland“ (UdSSR), sowie beim „Deutschen Soldatensender 935“ (DDR); vgl. Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/lea-grosse [24.01.2024].

80 Friedrich Schlotterbeck/Anna Schlotterbeck an die ZPKK (Herman Matern), 18.5.1950 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 5, Bl. 188. Die DDR-Presse hatte am 14. Mai über die Verhaftung Müllers berichtet: „Kurt Müller verhaftet“, *Tägliche Rundschau*, Ausgabe 1, 14.5.1950, S. 1.

81 Anna Schlotterbeck an die ZPKK (Herman Matern), 6.11.1950 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 7, Bl. 11–12, Zitate ebd.

82 Vgl. Friedrich/Anna Schlotterbeck an die ZPKK (Herman Matern), 18.5.1950 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 5, Bl. 188, Zitate. ebd.

spart sie nicht mit „verdächtigen“ Namen. „Alle diese Dinge gewinnen im Zusammenhang mit den Enthüllungen, die der Rajk-Prozess ergab, erhöhte Bedeutung. Die aufgezeigten Einzelheiten, die man bis dahin als Unfähigkeit, Zufälligkeiten oder Ungeschicklichkeiten betrachten konnte, entbehren bei genauer Betrachtung nicht eines gewissen Systems und bei einer Rekonstruktion dieser Ereignisse führt der Ausgangspunkt auf die Tätigkeit der Field- und Tito-Agenten in die Schweiz zurück. Mag sich die eine oder andere Fährte als falsch erweisen, so ist doch jede einzelne wert, dass man sie verfolgt.“⁸³

Ihre Vorstellungen einer „Partei neuen Typs“ möchte Schlotterbeck auch in Dresden durchsetzen. Schnell führt das zu Auseinandersetzungen mit der lokalen Parteiführung. Aus Schlotterbecks Perspektive habe die SED-Landesleitung Sachsen versucht, sie mehr oder weniger kaltzustellen, indem ihr – „trotz vieler Bemühungen [ihrer]seits“ – keine Arbeit für die Partei angeboten worden sei.⁸⁴ Im Mai oder Juni 1949 wird sie zunächst Korrespondentin der *Täglichen Rundschau* bei der Landesredaktion Sachsen.⁸⁵ „Durch meine Pressearbeit erhielt ich Einblicke in viele Missstände, die ich durch zahlreiche Artikel [...] kritisierte.“ In Dresden entwickeln sich schnell diverse Konflikte mit anderen Parteimitgliedern, besonders mit der SED-Kreisleitung. Schlotterbeck hält mit

den beobachteten Missständen auch in ihrem Parteiamt – ab Herbst 1949 ist sie Mitglied der Stadtbezirksleitung – nicht hinterm Berg und versucht, die Partei nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Die Liste ihrer Vorwürfe ist lang. Aus ihrer Sicht trifft Schlotterbeck auf Funktionär:innen mit politisch zweifelhafter Biografie, die aufgrund „fauler Kompromisse“ dennoch Ämter erhalten. Sie sieht sich einem Misstrauen gegen ihre Person, einer Unterdrückung ihrer Kritik an der Kreisleitung und der „Sabotage“ ihrer ideologischen Arbeit ausgesetzt.⁸⁶ Besonders scharf kritisiert sie den 1. Kreissekretär Adalbert Hengst. Die Kreisleitung unterschätze „unsere [...] Arbeit an der Basis der Partei, nämlich in den untersten Einheiten, in denen die Beschlüsse und die Politik unserer Partei verwirklicht werden müssen.“ Diese Beschlüsse und Aufgaben, „die einer Partei neuen Typs gestellt werden“ dringen nicht bis zur Basis durch, bzw.

83 Anna Schlotterbeck, Bericht über die Arbeit der CSS, 21.11.1950 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 5, Bl. 22–34, hier 34. Die Protokolle zum Rajk-Prozess werden 1949 veröffentlicht in: László Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht. Hg. v. Informationsamt des Ungarischen Außenministeriums, Budapest 1949 (übernommen in der DDR vom Dietz Verlag, mit einem Vorwort von Kurt Hager).

84 Vgl. Anna Schlotterbeck, Zum Thema „Heraus mit der Sprache“, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 8, Bl. 100–105, Zitat 100. (Der Titel nimmt vermutlich Bezug zu einem Artikel, der am 25.1.1951 im Neuen Deutschland erschien: „Heraus mit der Sprache“ zur Kritik an Genossen Lohagen.)

85 Von der sowjetischen Armee herausgegeben, erschien die *Tägliche Rundschau* in der SBZ/DDR ab Mai 1945 bis Ende 1955 als propagandistisches Organ. In den jeweiligen Redaktionen arbeiteten sowjetische Presseoffiziere.

86 Vgl. Anna Schlotterbeck, Zum Thema „Heraus mit der Sprache“, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 8, Bl. 100–105, Zit. ebd.

seien unzureichend verwirklicht. Dies führe zu „große[n] organisatorische[n] und ideologische[n] Mängel[n], die nur durch rücksichtsloses Aufdecken überwunden werden können.“⁸⁷ Auch Schlotterbeck bedient sich jener auffallend harten Sprache und spezifischen Wortwahl, die kennzeichnend für die Parteisäuberungen sind.

Anlässlich des III. Parteitages der SED nimmt sie sich vor, mittels eines Presseartikels „überhaupt [mit] der ganzen muffigen Atmosphäre im Kreis Dresden Schluss zu machen.“⁸⁸ Für die Vorbereitungen im Kreisvorstand verfasst sie Einschätzungen der Situation: „Der ideologische Hauptmangel ist m. E. die vollkommen ungenügende Erziehung der Funktionäre und der Mitgliedschaft in der Anwendung einer wirklichen bolschewistischen Kritik und Selbstkritik.“ Die Kreisleitung lasse nur „leere[...] katholische[...] Phrase[n]“ verlauten, Kritik von unten werde kein Gehör geschenkt, Kritiker:innen „sofort ‚madig‘ gemacht und als unliebsames Element abgestempelt.“⁸⁹ Dies hält Schlotterbeck jedoch nicht davon ab, die zahlreichen Defizite der Partearbeit auf Kreisebene zu benennen: schlechte Personalpolitik, undurchdachte Aufgabenverteilung, fehlende marxistisch-leninistische Bildung der unteren Funktionärebene, ungenügende Schulungsarbeit in den Betrieben, „fahrlässiges Verhalten gegenüber Parteischädlingen“.⁹⁰ Seitenlang liefert sie Situationsbeschreibungen, Problemanalysen und Lösungsvorschläge. „Heraus mit der Sprache“ überschreibt sie offensiv einen Beobachtungsbericht, indem sie „Beispiele aus Dresden“ aufzählt: „1. Die Unterdrückung der Kritik, 2. Die Verletzung der innerparteilichen Demokratie und des Parteistatus und 3. Das ‚Gemüllert‘⁹¹ werden durch alle Instanzen unserer Partei.“⁹²

Auf der Delegiertenkonferenz des 14. Dresdner Stadtbezirks am 17. Juni 1950 kommt

87 Vgl. Anna Schlotterbeck, Material für die Entschließung des 14. Stadtbezirks anlässlich des III. Parteitags der SED, 4.6.1950 (Abschrift, vermutl. Schlotterbeck), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 8, Bl. 108–113, Zitate 108.

88 Anna Schlotterbeck, Zum Thema „Heraus mit der Sprache“, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 8, Bl. 100–105, hier 105.

89 Anna Schlotterbeck, Material für die Entschließung des 14. Stadtbezirks anlässlich des III. Parteitags der SED, 4.6.1950 (Abschrift, vermutlich Schlotterbeck), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 8, Bl. 108–113, hier 108.

90 Vgl. ebd., Bl. 113, Zitat ebd.

91 Begriff zur Umschreibung (ungerechtfertigter) disziplinarischer Entlassungen, nach Helmut Müller. Müller war vom Landesvorstand der SED, Ernst Lohagen, aus dem Landesausschuss der Nationalen Front entlassen worden, nachdem er einem Pressevertreter der *Täglichen Rundschau* angeblich falsche Informationen weitergeben hatte, die in einem kritischen Artikel mit dem Titel „Mangelhafte Aufklärungsarbeit in Sachsen“ am 29.9.1951 publiziert wurden. Lohagen wurde im Februar 1952 wegen „Unterdrückung der Kritik, parteischädigenden Verhaltens“ aller Ämter enthoben. Vgl. Klein: „Für die Einheit“, S. 153 (Fußnote 236); vgl. Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/ernst-lohagen [24.01.2024]; außerdem „Nie mehr betrunken“, in: *Der Spiegel* 11/1952; 11.3.1952, URL: www.spiegel.de/politik/nie-mehr-betrunken-a-e4d19f27-0002-0001-0000-000021317946 [5.12.2022].

92 Anna Schlotterbeck, Zum Thema „Heraus mit der Sprache“, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 8, Bl. 100–105, hier Bl. 100.

es zum Eklat. Hintergrund ist (wie bereits in früheren Eingaben und Briefen von Schlotterbeck kritisiert) die fehlende Unterstützung der Kreisleitung für eine Protestaktion vom 21. bis 28. Januar von Arbeiter:innen des 14. Stadtbezirks gegen die SED-kritischen CDU-Politiker Hugo Hickmann und Gerhard Rohner. Der damalige Vizepräsident des Sächsischen Landtages Hickmann hatte die Teilung Deutschlands kritisiert und seine Zufriedenheit bekundet, wenigstens die Bundesrepublik unter Konrad Adenauer sei ein „christlicher“ Staat. Daraufhin hatten Dresdner SED-Gruppen am 23. Januar 1950 die Landesgeschäftsstelle der CDU gestürmt und Hickmanns Rücktritt gefordert. Der von Schlotterbeck erwähnte Protest der Arbeiter:innen des 14. Stadtbezirks stand vermutlich damit im Zusammenhang. Auf der Delegiertenkonferenz nun kritisiert Schlotterbeck erneut den 1. Kreissekretär Adalbert Hengst, der sich nicht an einer kritischen Auswertung beteiligt habe. „Diese Kritik wurde vom 1. Kreissekretär Hengst vor der Konferenz mit einer schwerwiegenden Verdächtigung beantwortet: Meine Kritik sei unter dem Gesichtspunkt zu sehen, dass ich und mein Mann [...] aus dem Westen kämen. Er hätte in Bezug auf unsere Person besondere Weisungen des

Z.S. [Zentralsekretariat, Anm. d. Verf.] in Berlin, über die er nicht sprechen könne.“⁹³ Um sich von diesen Vorwürfen zu entlasten, beantragen Schlotterbeck und ihr Mann daraufhin eine Untersuchung bei der LPKK Sachsen gegen sich selbst, das Kreissekretariat und Hengst.⁹⁴

Einige Monate später, am 15. September 1950, schreibt Schlotterbeck an Herta Geffke. Nicht nur habe die Untersuchung bisher noch nicht stattgefunden, auch sehe sie sich wachsender Kritik ausgesetzt: „Auch das Misstrauen mir gegenüber begegnet mir auf Schritt und Tritt. Woher diese Gerüchte kamen, war mir von Anfang an klar, aber dass die Walze dieser Leute auch jetzt noch weitergespielt wird, damit kann ich mich nicht abfinden. Ich vermute, dass die Berufung des Gen. Hengst auf einen Spezialauftrag des ZS, aus den Kreisen um Merker stammt [...]“⁹⁵ Ihrem Ärger macht sie in diesem Brief deutlich Luft und kritisiert explizit das Verhalten der ZPKK gegenüber ihrem Ehemann Friedrich: „Jedenfalls ist es völlig unlogisch und

93 Anna Schlotterbeck, Diskussionsbeitrag zur Delegiertenkonferenz des 14. Stadtbezirks (Dresden) vom 18.6.1950 (Abschrift Schlotterbeck), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 8, Bl. 122–124, hier Bl. 124. Der aufgebrauchte Hengst begeht offenbar den kapitalen Fehler, öffentlich zu bekunden, er habe einen Auftrag aus Berlin, die Schlotterbecks zu überwachen, gegen Friedrich läge schon viel Material vor. Diese Verletzung der Konspiration wird sowohl im folgenden Untersuchungsverfahren wie in der Korrespondenz von Mitgliedern der Parteikontrollkommissionen untereinander problematisiert. Vgl. LPKK Sachsen, Bericht über die bisher geführten Ermittlungen in der Angelegenheit Schlotterbeck-Fischer-Kreissekretariat Dresden, 31.7.1950, BArch, DY 30 70996, Bl. 179–180, hier Bl. 180; LPKK Sachsen (Ullrich) an die ZPKK, 23.11.1950, BArch, DY 30 70996, Bl. 122.

94 Vgl. Anna Schlotterbeck an die LPKK Sachsen (Arthur Ullrich), 8.11.1950, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 5, Bl. 199–200.

95 Anna Schlotterbeck an die ZPKK (Herta Geffke), 16.9.1950 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 5, Bl. 194–195, hier Bl. 194.

einer Partei neuen Typus unwürdig, über die Angelegenheit mit einem faulen Liberalismus hinwegzusehen: Man kann nicht einen Genossen, dem man zutraut politisch nicht sauber zu sein, der sogar mit ‚Agenten‘ verkehrt, in einer so wichtigen Funktion wie Stadtrat für Volksbildung zu belassen, andererseits aber auch nichts dazu tun, um die Sache beschleunigt abzuklären, sondern lediglich durch Gerüchtemacherei dem Gen. Schlotterbeck und mir die Arbeit zu erschweren. Auf der anderen Seite unternimmt man aber auch nichts gegen den Genossen Hengst, um abzuklären, aus welcher Quelle des ZS er seinen angeblichen ‚Auftrag‘ hat und die von ihm auf einer Delegiertenkonferenz ausgesprochenen Verdächtigungen abzuklären.“⁹⁶

An ihrer Situation in Dresden ändert sich auch in den nächsten Monaten nichts. Dies wiederum veranlasst Schlotterbeck zum Verfassen weiterer Briefe an die Kontrollkommission, in denen sie ihre Situation schildert, zur Eile mahnt und Konsequenzen für Hengst fordert. Aus diesen Briefen spricht das Unverständnis darüber, dass der Kreissekretär nicht für seine „Rolle des verlängerten Arms der Amerikaner“ zur Verantwortung gezogen werde.⁹⁷ Schlotterbeck wirkt mehr und mehr in die Enge gedrängt. „Unsere Situation in Dresden ist augenblicklich so, dass wir kei[ne] Möglichkeit mehr haben, in der Partei auch nur die kleinste Funktion zu bekleiden“, schreibt sie am 5. März 1951 an Hermann Matern. Und weiter heißt es: „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier etwas nicht stimmt.“⁹⁸ Mit dieser Vermutung liegt Schlotterbeck richtig, die ZPKK hat sowohl sie als auch ihren Ehemann zu diesem Zeitpunkt bereits aus der Partei ausgeschlossen. Der Entschluss, datiert auf den 15. Februar 1951, wird ihnen jedoch nicht mitgeteilt, weswegen sich beide noch monatelang mitten im Überprüfungsverfahren wähnen. Am 12. Juni 1951 wendet sich Schlotterbeck schriftlich an Herta Geffke zwecks „Klärung einiger Fragen“. Die Schlotterbecks sind zu diesem Zeitpunkt in Folge des Ausschlusses bereits all ihrer Parteifunktionen und -ämter enthoben. Da sie von diesem aber immer noch keine Kenntnis haben, kann sich Schlotterbeck den Ämterverlust nicht erklären. „In unserem Falle wurde ein Funktionsverbot ohne abgeschlossene Untersuchung, ohne Begründung und in meinem Falle sogar ohne eine Mitteilung an mich selbst und ohne Angabe, von wem es beschlossen wurde, verhängt“, klagt sie. Weiterhin wisse sie nicht „ob die gegen uns selbst beantragte Untersuchung gegen uns und den Gen. Hengst, die nunmehr ein Jahr andauert, nun endgültig von der ZPKK bearbeitet wird.“⁹⁹

Arthur Ullrich,¹⁰⁰ Leiter der Sächsischen LPKK, teilt Schlotterbeck am 2. August 1951 ihren Parteiausschluss mit – beinahe ein halbes Jahr nach der Verabschiedung durch die ZPKK.¹⁰¹ Friedrich wird ebenso über seinen Ausschluss informiert. Anna Schlotterbeck versucht daraufhin, prominente Unterstützer für

96 Ebd., Bl. 195.
 97 Anna Schlotterbeck an die LPKK Sachsen (Arthur Ullrich), 8.11.1950, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 5, Bl. 199–200, Zitat 200.
 98 Anna Schlotterbeck an die ZPKK (Herman Matern), 5.3.1951. BArch DY 30 70996 Bl. 47.
 99 Vgl. Anna Schlotterbeck an die ZPKK (Herta Geffke), 12.6.1951 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 5, Bl. 49, Zitate ebd.
 100 Arthur Ullrich (1894–1969), seit 1920 KPD, 1931–1932 Kursant an der Internationalen Leninschule in Moskau, 1933–1934 und 1937–1945 inhaftiert in Konzentrationslagern, 1945/46 Vorsitzender der KPD in Görlitz, danach der SED in Görlitz, 1951 Leiter der LPKK Sachsen, 1952 Leiter der BPKK Dresden; vgl. Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/arthur-ullrich?ID=5317 [24.01.2024].
 101 Ende Juli war Ullrich von Geffke schriftlich aufgefordert worden, den Schlotterbecks ihren Parteiausschluss mitzuteilen; vgl. ZPKK (Geffke) an die LPKK Sachsen, Beschluss und Begründung über Schlotterbecks Parteiausschluss, 26.7.1951, BArch, DY 30 70996, Bl. 106.
 102 Friedrich Wilhelm Reinhold Pieck (1876–1960), langjähriges Mitglied der SPD, später USPD, Mitgründer und führender Funktionär der KPD,

1931–1943 Mitglied des Präsidiums der Kommunistischen Internationale, ab 1933 Exil (Paris und Moskau), ab 1946 Parteivorsitzender der SED (mit Otto Grotewohl), 1949–1960 Präsident der DDR; Walter Ernst Ulbricht (1893–1973), kommunistischer Berufsrevolutionär, Mitbegründer der KPD, Funktionär, ab 1933–1945 Exil (Paris und Moskau), 1945 Rückkehr in die SBZ als Leiter der Initiativgruppe des ZK der KPD für Berlin (Gruppe Ulbricht), Aufbau des Staatsapparates der DDR, 1950–1970 Generalsekretär und 1. Sekretär des ZK der SED, 1949–1960 stellvertretender bzw. erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der DDR, bis 1971 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates; bis 1973 Vorsitzender des Staatsrates; vgl. die jeweiligen Einträge in: Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken [24.01.2024].
 103 Erich Weinert (1880–1953), Schriftsteller und kommunistischer Funktionär, Spanienkämpfer, Januar 1943: Propagandaeinsatz an der Stalingrader Front u.a. mit Walter Ulbricht, 1946–1948 Vizepräsident der dt. Zentralverwaltung für Volksbildung; vgl. Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/erich-weinert [24.01.2024].
 104 Vgl. Anna Schlotterbeck an Erich Weinert, 6.9.1951 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd.7, Bl.20–21, Zitate 21.

ihre Sache zu gewinnen: Sie schreibt an Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht.¹⁰² Mindestens den Brief an Pieck versucht Schlotterbeck über ihren Freund Erich Weinert¹⁰³ zustellen zu lassen, „damit sie nicht vom Apparat verschluckt werden.“ Von den Schreiben verspricht sich Schlotterbeck sehr viel, wähnt sie doch das Parteirecht auf ihrer Seite: „Unsere führenden Genossen müssen über jede Verletzung des Parteistatuts unterrichtet werden, noch dazu, wenn es durch ein Organ der Partei geschieht, das beauftragt ist, die Respektierung der Statuten zu überwachen.“¹⁰⁴ Aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes Weinerts erhält Pieck seinen Brief erst Mitte Januar 1952. Das Schreiben steckt voller Appelle: „Ich weiß nur eines mit Bestimmtheit: Ich bin kein Parteifeind. Und deshalb Genossen, wende ich mich an Euch, an die Partei um Hilfe, denn der Ausschluss ist die höchste Strafe und kann nur Parteifeinde treffen.“ Die ZPKK habe ihr

keine Gelegenheit gegeben, sich zu den Vorwürfen zu äußern, daher „bleibt mir heute nur noch die Hilfe der höchsten Funktionäre unserer Partei in Anspruch zu nehmen und ich habe mich dazu entschlossen, weil der Ausschluss aus unserer Partei eine Frage auf Tod und Leben ist, der nur Schädlinge und Parteifeinde treffen kann.“

Aus dem Brief spricht Schlotterbecks vollkommene Abhängigkeit von der Partei und ihr absolutes Unverständnis darüber, nun selbst als Gegnerin stigmatisiert zu werden. „Durch meinen Ausschluss aus der Partei bin ich in eine Lage gedrängt, mich in einer Sache verteidigen zu müssen, die ich selbst mit ganzer Kraft vorantrieb.“ Der Brief ist eine Mischung aus Rechtfertigung und Selbstkritik. Schlotterbeck will die Anschuldigungen nicht auf sich sitzen lassen. Sie erläutert detailliert noch einmal ihre Verbindungen zu Field und verteidigt ihr damaliges Tun: „Warum schweigen heute die Genossen, die uns jahrelang versicherten, dass wir ihnen mit unserer Arbeit das Leben retteten?“ Mit Field will sie sich nicht in eine Reihe stellen lassen. Schließlich habe sie mündlich und schriftlich über ihn berichtet, habe selbst „in einem zähen und aufreibenden Kampf, für den ich sogar verspottet wurde, einen einzigen Agenten in unseren Reihen“ entdeckt. Doch niemand habe auf sie gehört. „Mein Ausschluss aus unserer Partei nach einer 33-jährigen Zugehörigkeit zur deutschen Arbeiterbewegung mit den von der ZPKK angeführten Begründungen ist mir umso unverständlicher und trifft mich umso schmerzlicher, als gerade ich schon frühzeitig, in den Jahren 1945/46 bis zum Jahre 1948 viele Genossen und auch ein Mitglied unseres Politbüros, den Gen. Dahlem, auf die zweifelhafte Figur Fields [...] und ihr Eindringen in unsere Partei im Westen aufmerksam machte.“ Unumwunden teilt sie ihre Enttäuschung über den Bruch zwischen ihr und der Partei mit: „Mit rücksichtslosem Vertrauen darauf, dass man der Partei alles sagen kann und muss und keinen Gedanken verschweigen braucht, habe ich das geschrieben. Wie konnte ich ahnen, dass diese Offenheit zu drei Ausschlussgründen für mich werden könnte.“¹⁰⁵

Deutlich wird ihr Unverständnis darüber, nun offenbar selbst zu den Verdächtigen und Parteifeind:innen gezählt zu werden. Schlotterbeck unterzieht sich in diesem Brief dem Ritual der Selbstkritik, weil sie dieses Prozedere als gläubige Kommunistin und überzeugte Stalinistin bejaht. Und dennoch versäumt sie es nicht, die Absurdität der Anschuldigungen herauszustellen. Der Ausschlussgrund mit dem Vorwurf „Verherrlichung der amerikanischen Armee“ bezieht sich auf ihr Lektorat des Buches *Rolf, Kopf hoch!* des Autors Rolf Weinstock über seine Zeit im nationalsozialistischen Konzentrationslager Buchenwald. Im Kapitel *Befreiung* werde die US-Armee sehr positiv beschrieben, so der ZPKK-Vorwurf. Schlotterbeck rechtfertigt, sie habe vorgeschlagen, das Kapitel zu kürzen

oder ganz wegzulassen, der Autor habe das nicht gewollt, stattdessen habe man sich geeinigt, den Verlag zu bitten, das Kapitel dem Buchenwaldkomitee vorzulegen.¹⁰⁶ Trotz persönlicher Bemühungen Schlotterbecks sei dies nicht geschehen, dennoch habe der Kulturelle Beirat der sowjetischen Besatzungszone das Manuskript genehmigt, es jedoch kurz vor dem Versand zurückgezogen. Schlotterbeck weiß aber wohl, dass bloßes Rechtfertigen allein nicht ausreicht und fügt eine beinahe absurd klingende Selbstkritik an: „Ich habe mir vorzuwerfen, dass, wenn in dieser Beziehung schon die verantwortlichen Stellen, der Kulturelle Beirat und der VVN-Verlag versagten, ich von mir aus nicht die genügende Wachsamkeit entfaltet und energisch genug darauf gedrungen habe, dass dieses Kapitel wirklich dem Buchenwaldkomitee vorgelegt wird. Es wäre dann sicherlich nicht in dieser Fassung erschienen. Hier spreche ich mich von keiner Schuld frei.“¹⁰⁷ Ihr Brief an die beiden höchsten Parteifunktionäre endet mit Schlotterbecks Appell „Genossen, ich kann auch nach meinem Ausschluss nur versichern, dass ich trotz aller Erniedrigungen und Demütigungen, die mir und meinem Mann bevorstehen, mit meinem ganzen Herzen zur Sache der Arbeiterklasse, der Partei und der Sowjetunion stehe.“¹⁰⁸

Anna Schlotterbeck erhält auf diesen Brief weder von Ulbricht noch von Pieck eine Antwort, weshalb sie und Friedrich ein knappes Jahr später einen

zweiten Anlauf wagen.¹⁰⁹ Auslöser ist die II. Parteikonferenz der SED (9. bis 12. Juli 1952). Nach Kurt Müller ist inzwischen auch Fritz Sperling als angeblicher Spion verhaftet worden. Walter Ulbricht äußert sich auf der Parteikonferenz direkt zu den beiden: „Parteifeinde“ wie Müller oder Sperling hätten jahrelang ihr Unwesen treiben können, da die Kritik (gemeint sind Denunziationen) der Parteimitglieder von der Parteileitung nicht ernst genug genommen worden sei. Diese Verlautbarung ist ein Lichtstreif für die Schlotterbecks: „Werte Genossen! Wir freuen uns über diese offene und klare Feststellung. Gleichzeitig müssen wir jedoch sagen: Der Agent Sperling, wie auch die Agenten Field, Bauer, [...] usw. konnten früher entlarvt werden, als dies tatsächlich geschehen ist.“¹¹⁰ Sie hätten Marten bereits 1950 vor Sperling gewarnt, doch die ZPKK hätte diese Information „sehr übelge

105 Vgl. Anna Schlotterbeck an Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, 21.8.1951 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 13, Bl. 91–99, Zitate ebd.

106 Es handelt sich hierbei vermutlich um die Vereinigung der ehemaligen Häftlinge des KZ Buchenwalds und dessen Außenlager, die sich bereits vor der Befreiung des Lagers gebildet hatte. Seit 1945 trug sie den Namen „Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora und Kommandos“. Siehe zur Geschichte und den Aufgaben: URL: lag-buchenwald.vvn-bda.de/, [24.01.2024].

107 Anna Schlotterbeck an Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, 21.8.1951 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 13, Bl. 91–99, hier 98.

108 Ebd., Bl. 99.

109 Vgl. Anna Schlotterbeck an Erich Weichert, 23.7.1952 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 7, Bl. 40–41, hier 40.

110 Anna und Friedrich Schlotterbeck an Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, 21.7.1952 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 5, Bl. 7–11, hier 7.

nommen“, letztendlich habe sie als Grund für den Ausschluss der Schlotterbecks gedient. Ähnliches habe sich auch im Falle Field abgespielt: Bereits 1946 hätten die Schlotterbecks die Partei (namentlich Franz Dahlem¹¹¹) vor Noel Field gewarnt. Field sei aber erst 1949 „entlarvt“ worden. Die Schlotterbecks sind sich einig, dies hätte früher geschehen können, wäre ihnen Gehör geschenkt worden. Unumwunden benennen sie die aus ihrer Sicht Schuldigen: „Die historische Verantwortung für diesen Fehler trägt ohne Zweifel der Gen. Dahlem. Aber auch der Gen. Matern war 1949 noch kurzsichtig genug, uns zu sagen, wir sollten uns bei unseren Angaben über den Fall Field auf Deutschland beschränken. Wir haben dies zwar nicht getan, aber klar ist, dass diese Einstellung dazu beigetragen hat, dass in der Schweiz, dem Hauptsitz Fields, so gut wie keine seiner Verbindungen und Agenten aufgedeckt wurden. Diese Tatsachen werden nicht dadurch aus der Welt geschafft, dass man uns mit einer unwahren Begründung, unter Verletzung des Status der Partei, ausgeschlossen hat. Das kann uns nicht zum Schweigen bringen. [...] Es erhebt sich aber die brennende Frage, die wichtiger als unsere Parteimitgliedschaft ist: Wer ist an solcher ‚Erledigung‘ interessiert? Wo doch die Zeit alle unsere Hinweise und Warnungen bestätigte!“¹¹² Als Verursacher sehen die Schlotterbecks vor allem das Kreissekretariat Dresden, alles scheint nun Sinn zu ergeben: „Sofort nachdem wir im November 1949 unsere ersten Mitteilungen über Fields Verbindungen beim ZPKK machten, begann in Sachsen eine merkwürdige Geschäftigkeit. [...] Im Januar 1950 verbreiteten Mitglieder des Kreissekretariats Dresden schon das Gerücht, wir seien westliche Agenten.“¹¹³ Adalbert Hengst, Ernst Lohagen, und Arthur Schliebs¹¹⁴ hätten diese Verleumdungen in die Welt gesetzt, die ZPKK sei ihnen gefolgt. „Es sind doch Agenten und Parteischädlinge, die zu ihrem Schutz, wenn auch ohne Erfolg, all die Ammenmärchen über unsere ‚zweifelhafte Vergangenheit‘ aufgebracht haben. Und ‚versöhnlerische Bestrebungen und Tendenzen von Vetternwirtschaft‘, fauler Liberalismus haben in der ZPKK diesen Tendenzen Rechnung getragen.“¹¹⁵

111 Franz Dahlem (1892–1981), KPD-Funktionär, u.a. 1928–1933 Abgeordneter des Dt. Reichstages, ab 1929 Mitglied des Politbüros der KPD, 1933: Emigration nach Paris, leitende Tätigkeiten in der KPD in Paris, 1936: Ausbürgerung, ab 1941 Staatsbürger der Sowjetunion, 1942: Übergabe an die Gestapo, danach Haft, u.a. 1943–1945 im KZ Mauthausen, ab 1945 Mitglied des ZK der KPD/SED, u.a. Abgeordneter der Volkskammer und Mitglied des Politbüros, große Popularität in der SED, Rivale Walter Ulbrichts, Mai 1953: Ausschluss aus dem ZK, Enthebung aller Staats- und Parteifunktionen u.a. wegen angeblicher „pol. Blindheit gegenüber der Tätigkeit imperialistischer Agenten“ (Zusammenhang Noel Field), 1956: politische Rehabilitation, ab 1957: leitende Funktionen im Ministerium für Hochschulwesen, ab 1967 stellvertretender Minister, ab 1963: Abgeordneter der Volkskammer; vgl. Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/franz-dahlem[24.01.2024].

112 Anna und Friedrich Schlotterbeck an Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, 21.7.1952 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 5, Bl. 7–11, hier 9.

113 Ebd., Bl. 9–10.

114 Adalbert Hengst (1904–1989), 1948–1950 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Dresden, der ehemalige Reichstagsabgeordnete in der Weimarer Republik; Ernst Lohagen(1897–1971) war von 1948 und 1952 1. Sekretär der Landesverwaltung Sachsen; Arthur Schliebs (1899–1952) war bis April 1951 2. Sekretär der Landesverwaltung Sachsen. Siehe die jeweiligen Einträge in: Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken [24.01.2024].

115 Anna und Friedrich Schlotterbeck an Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, 21.7.1952 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 5, Bl. 7–11, hier 10–11. Sowohl das Büro Pieck als auch das Ulbrichts erhalten die Briefe und senden sie wenige Tage nach Erhalt an die ZPKK (Herman Matern). Piecks Brief wird mit dem Vermerk übersandt: „Da Dir bereits vor einigen Tagen vom Büro Ulbricht ein gleichlautendes Schreiben der Obengenannten zugesandt wurde, übergeben wir Dir hiermit ebenfalls den Vorgang Schlotterbeck zur direkten Erledigung.“ Büro Pieck an die ZPKK (Matern), 4.8.1952, BArch, DY 30 70996, Bl. 30.

116 Anna und Friedrich Schlotterbeck an Heinz Gronau, 21.7.1952 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 5, Bl. 229.

117 Anna und Friedrich Schlotterbeck an Herbert Langer, 24.7.1952 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 5, Bl. 231.

118 Anna Schlotterbeck an die Redaktion der Täglichen Rundschau, 29.12.1951 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 7, Bl. 23.

Um ihrem Anliegen noch mehr Gewicht zu verleihen, versuchen die Schlotterbecks mit schierer Verzweiflung das ihnen widerfahrene Unrecht zu einer Existenzfrage der Partei zu machen und hoffen auf Unterstützung von oben. Der Brief ist auch Ausdruck ihres ungebrochenen Glaubens an die Partei. Sie kommen nicht auf die Idee, die ZPKK handele ganz im Sinne der vorgegebenen Linie der SED-Führung. Beide glauben vielmehr fest an deren Integrität. Diese Gewissheit gibt ihnen die Sicherheit, unverhohlen die Spitze der ZPKK zu kritisieren und ihr eine Mitverantwortung am „faulen Liberalismus“ zu geben. An die Möglichkeit, ihnen könnte ihre offen kritische Einstellung zum Nachteil gereichen, denken sie offensichtlich nicht. Auch scheinen sie der Integrität des Ministeriums für Staatssicherheit sicher zu sein und selbstverständlich jener der „sowjetischen Freunde“. Kopien beider Briefe senden die Schlotterbecks an Heinz Gronau, den damaligen Leiter der Hauptabteilung I beim MfS, damit er sie „der entsprechenden Stelle“ übergebe.¹¹⁶ Eine weitere Kopie des zweiten Briefes senden sie an eine Person namens Herbert Langer, damit er sie „so bald wie möglich unseren sowjetischen Freunden zur Kenntnis“ bringe.¹¹⁷

Ihre Situation schildert Anna Schlotterbeck auch in persönlicher Korrespondenz. An ihre ehe-

maligen Kolleg:innen in der Redaktion der *Täglichen Rundschau* in Berlin schreibt sie: „Eines jedoch ist sicher: unser unbeirrbar kritisches Auftreten in Sachsen hat entscheidend zu dem schamlosen Kesseltreiben einiger führender SED-Funktionäre [...] gegen uns beigetragen. Dieses Kesseltreiben, bei dem man sogar vor Lüge und Fälschung nicht zurückschreckte, führte schließlich zum Verlust unserer Funktionen, unserer Arbeit und – zum Ausschluss aus der SED. Dass diese ‚Resultate‘ nur durch grobe Verletzung des Parteistatuts zuwege gebracht werden konnten, ist selbstverständlich. Da die dabei angewandten Praktiken die Grundprinzipien unserer Partei verletzen, durften wir uns nicht damit abfinden.“¹¹⁸

- 119 Anna Schlotterbeck an Erich Weinert, 6.9.1951 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 7, Bl. 20–21.
- 120 Anna Schlotterbeck an Erich Weinert, 11.3.1952 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 7, Bl. 33–34.
- 121 Ebd., Bl. 34.

Schlotterbecks Hoffnung auf Rehabilitation und Wiederaufnahme in die SED scheint jedoch weiterhin ungebrochen. An ihren Freund Erich Weinert schreibt sie am 11. März 1952: „Mein Glaube an die Kraft unserer Parteigesetze und die gesunde Entwicklung unserer Partei ist so groß, dass in der Folge, sozusagen als Abfallprodukt, auch unsere Sache in Ordnung kommen wird.“ Es seien „dunkle[...] Subjekt[e]“, „kleine Rückversicherer und Karrieristen“, die negative Gerüchte über ihre Arbeit und die ihres Mannes verbreiten, den Parteiausschluss verantworten und den Schlotterbecks weiterhin „auf Schritt und Tritt Knüppel zwischen die Beine“ werfen. „Die Ausschlussfabrikanten wissen selbst nur zu gut, dass sie das Recht gebeugt haben, sonst wären sie auch nicht gezwungen gewesen, das Statut unserer Partei so gröblich zu verletzen.“ Vielleicht auch um den Berufspolitiker:innen, die Schlotterbeck für ihren Parteiausschluss verantwortlich macht, etwas entgegenzusetzen, betont sie ihre Nähe zum Proletariat. An Erich Weinert schreibt sie über das Bergarbeiterkollektiv im Erzgebirge. „Ein halbes Jahr ist nun Frieder bald im Schacht“, schreibt sie am 6. September 1951 – sie selbst befindet sich noch in Dresden – „und wenn er von der Schicht kommt, dreht sich alles, seine Gespräche, seine Gedanken um den Wettbewerb, um die Brigade, um die Förderung [...] Ja, ‚vor Ort‘ in Gemeinschaft seiner Kumpel, wo alles auf Arbeit, auf Produktion eingestellt ist, vergisst man die gesellschaftliche Ächtung, die mit einem Parteiausschluss verbunden ist, leichter [...]. Dort, in Gemeinschaft der Kumpel, haben wir uns auch seelisch wieder erholt.“¹¹⁹

Auch ein gutes halbes Jahr später arbeitet der inzwischen 54-Jährige noch unter Tage: „Möchtest du, dass alles nicht gewesen und Du noch immer Stadtrat wärst?“, habe Schlotterbeck ihren Mann gefragt, und „er aus vollem Herzen Nein! Denn seine Bergarbeiterzeit möchte er auf keinen Fall missen.“¹²⁰

Eine sich durch die Briefe ziehende Thematik ist Schlotterbecks Verbundenheit zur Sowjetunion: „Hätten wir nicht die nahe und zuverlässige Hilfe der Sowjetunion, könnten wir nicht so getrost in die Zukunft blicken!“, schreibt sie im März 1952 an Weinert.¹²¹

Anfang des Jahres 1953 schöpft Schlotterbeck Hoffnung. Zwar habe sie weder von Pieck noch von Ulbricht etwas gehört, aber aus der Presse von diversen Verhaftungen erfahren. „Wir hoffen, dass man sich bei all diesen Entlarvungen und Enthüllungen doch auch noch einmal an uns erinnert, da wir immerhin zu den ersten gehören, die den Braten rochen. Es zeigt sich, dass Unerschrockenheit und Prinzipientreue immer der richtige Weg ist, wenn auch der schwerste, denn was man in solchen Jahren der Verfolgung und Demütigung durchmacht, das

können wir mit unseren armen Worten nicht schildern. Immerhin, wir haben es durchgestanden“,¹²² schreibt sie an Erich Weinert.

Zu diesem Zeitpunkt befinden sich Schlotterbeck und ihr Mann jedoch bereits im Visier des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Für ihren Fall zuständig ist Oberstleutnant Ernst Zuschke, der stellvertretende Leiter der OV „W“.¹²³ Er wird den Fall „Schlotterbeck“ über die nächsten Monate koordinieren. Die Staatssicherheit beginnt im Laufe des Jahres 1952, Informationen über die Schlotterbecks zu sammeln. Zuschke fordert bei der Abteilung VI (Überwachung Staatsapparat)¹²⁴ des MfS im Oktober 1952 Informationen über die Moskauer Zeit und das Schweizer Exil Anna Schlotterbecks an.¹²⁵ Ihre Post wird überwacht, außerdem sind zwei inoffizielle Mitarbeiter:innen (IM) mit den Decknamen „Erika“ und „Peter“ in Raschau auf die Schlotterbecks angesetzt.¹²⁶ Bei letzterer könnte es sich um jene Person handeln, die als „Gerhard Peter“ detailliert über die Gespräche der Schlotterbecks berichtet.¹²⁷ Zuschke sieht sich am 11. November 1952 dazu veranlasst, den Ermittlungsvorgang zum Operativen Vorgang auszuweiten.

Ernst Zuschke war 1953 stellvertretender Leiter der Objektverwaltung Wismut der Staatssicherheit und für den Untersuchungsvorgang gegen Anna und Friedrich Schlotterbeck zuständig. ©BArch, MfS, KS, Nr. 491/70, Bl. 262



- 122 Anna Schlotterbeck an Erich Weinert, 10.1.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 7, Bl. 47–48, hier 47.
- 123 Vgl. den Eintrag zu Ernst Zuschke, in: Jens Gieseke: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit (MfS-Handbuch). Berlin 2012, S. 85.
- 124 Vgl. Roland Wiedmann: Die Dienstleistungen des MfS (MfS-Handbuch). Berlin 2012, S. 52.
- 125 MfS, Verwaltung „W“ Chemnitz (Ernst Zuschke) an MfS, Abt. VI, Bitte um Ermittlungsergebnisse, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 6, Bl. 67.
- 126 Ernst Zuschke, 1. Zwischenbericht, 11.11.1952, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 6, Bl. 70–71, hier 70.
- 127 Gerhard Peter an MfS, Bericht über Besuch bei Schlotterbecks, 2.12.1952 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 6, Bl. 69.

Sein erster Bericht bezieht sich aber nur auf Friedrich Schlotterbeck.¹²⁸ Im zweiten Bericht vom 15. Dezember 1952 erscheint auch Anna Schlotterbeck. Sie habe gesagt „sie könnte sich vergessen, wenn er [Matern, Anm. d. Verf.] ihr unter die Finger käme. Ebenso sei der Gen. Dahlem ein Gauner.“¹²⁹

Von diesen Vorgängen nichts wissend, unternimmt Friedrich im Januar 1953 noch einen letzten Versuch, seinen und Anna Schlotterbecks Fall wieder aufs Tableau zu bringen. Er schreibt einen Brief an das Politbüro der SED:

„Heute ist erwiesen, dass unsere Warnungen – nicht nur im Falle Sperling – berechtigt und begründet waren und wir sind stolz, die Partei frühzeitig darauf hingewiesen zu haben, auch wenn wir dafür mit einem statutenwidrigen Parteiausschluss durch die ZPKK büßen müssen.“ Offen beschuldigt er Franz Dahlem, Warnungen ignoriert und „Kurt Müller und Sperling protegirt[...] und die ganze FieldklIQUE aus der schweizerischen und französischen Emigration in leitende Funktionen“ gebracht zu haben. Er fordert das Politbüro zur Handlung auf: „Es ist an der Zeit, dass die Partei den merkwürdigen Verzögerungen in der Entlarvung Merkers, [...] Kurt Müllers, Sperlings, Bauers mehr Aufmerksamkeit widmet und die Dinge bis auf den Grund erforscht.“ Da er weitere Feind:innen in den Reihen der Partei vermutet und „zu befürchten ist, dass dieser Brief möglicherweise das Politbüro nicht erreicht“, schickt er wiederum Kopien an den ostdeutschen und an den sowjetischen Geheimdienst.¹³⁰

Das MfS reagiert. Am 15. Februar 1953 erscheint Ernst Zuschke in Schlotterbecks Raschauer Wohnung in Begleitung Erich Jamins, dem Leiter der Abteilung VI b im MfS, einer Art Spionageabwehr in den eigenen Reihen.¹³¹ Die beiden teilen Schlotterbeck mit, Friedrich sei direkt von der Grube abgeholt worden, und nehmen sie und Wilfriede in Gewahrsam.¹³² Man habe mit Schlotterbecks Hilfe Vorgänge über die Geflüchtetenhilfe in der Schweiz aufklären wollen, erklärt Zuschke in einem später verfassten Ermittlungsbericht.¹³³ Im gleichen Schreiben wird die Verhaftung klar als solche benannt. Anna Schlotterbecks Status als Gefangene steht von Beginn an fest. Dass die Festnahme vom stellvertretenden Leiter der OV Wismut in Begleitung des Leiter der inneren Spionageabwehr auf Ministeriumsebene vorgenommen wird, verweist auf die Bedeutung, die die Ermittlungen gegen die Schlotterbecks innerhalb des MfS hatten.

- 128 Ernst Zuschke, 1. Zwischenbericht, 11.11.1952, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 6, Bl. 70–71, hier 71.
- 129 Ernst Zuschke, 2. Zwischenbericht, 15.12.1952, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 6, Bl. 73–74, hier 73.
- 130 Friedrich Schlotterbeck an das Politbüro der SED, 9.1.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 7, Bl. 44–46, hier 46.
- 131 Vgl. Wiedmann: Dienstlichkeiten, S. 56.
- 132 Ernst Zuschke, Festnahmebericht, 16.2.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 3, Bl. 13–14.
- 133 Ernst Zuschke, Bericht über das Untersuchungsergebnis, vermutl. Mai 1953 (Datum unleserlich), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 3, Bl. 230–242, hier 230.

Aus Anna Schlotterbecks Sicht

„A m 15. Februar 1953, als ich abends gegen halb elf das einzige Zimmer unserer kleinen Wohnung betrat, saß zu beiden Seiten des Tisches je ein Mann, den Stuhl nicht dem Tisch, sondern der Tür zugekehrt, den Hut auf dem Kopf und in dickem Mantel. [...] Der eine wirkte aufgeblasen, groß, mit kurzem Hals und Speckfalten, der andere bedeutend jünger, machte eher einen eleganten Eindruck. [...] ‚Sie haben Briefe geschrieben. Briefe an die Partei. Wir sind hier, um die Sache zu untersuchen‘, sagte der Dicke.“¹³⁴

Mit dieser Schilderung der Festnahmesituation beginnt Anna Schlotterbecks Erinnerungsbericht über ihre Haftzeit von Februar 1953 bis Februar 1956, zunächst in Karl-Marx-Stadt, dann in Berlin-Hohenschönhausen und zuletzt in Bützow-Dreibergen.

Ihr Haftort in Karl-Marx-Stadt ist für einige Zeit die Villa Esche. Bei dem Gebäude handelt es sich um eine Jugendstilvilla in der Parkstraße (Stadtteil Kapellenberg), die 1903 nach dem Entwurf Henry van de Veldes im Auftrag des Textilfabrikanten Herbert Eugen Esche errichtet wurde. Der Entwurf war van de Veldes erstes architektonisches Auftragswerk in Deutschland und als Gesamtkunstwerk konzipiert; er umfasste alle Bereiche des Wohnhauses (Grundriss, Fassadengestaltung, Inneneinrichtung) und die Gestaltung des Gartens mit einer Remise bis hin zu Porzellan, Silber und der Kleidung für Esches Ehefrau Johanna Luise.¹³⁵

1911 gestaltete van de Velde die Gebäude um, unter anderem erweiterte er die bis dato einstöckige Remise um eine verglaste Orangerie und eine Gärtner:innenwohnung. Im Oktober 1945 verließ Esche die Stadt, sein Haus wurde von der sowjetischen Armee beschlagnahmt und diente bis 1947 als Sitz der sowjetischen Militärkommandantur. Danach wurde die Villa wieder bewohnt, unter anderem vom Sohn des Eigentümers, Hans Herbert. 1952 übernahm das Ministerium für Staatssicherheit das Grundstück. Hans Herbert Esche wurde zum 1. Januar 1955 vom MfS enteignet.¹³⁶ 1963 tauschte das MfS das Grundstück mit der Handwerkskammer der DDR gegen die Hohe Straße 8, direkt neben dem berühmten Kaßberg-Gefängnis.¹³⁷ Bis zum Zusammenbruch der DDR wurde die Villa Esche als Bildungseinrichtung genutzt.

¹³⁴ Schlotterbeck, Hoffnung, S. 23.

¹³⁵ Vgl. zur Baugeschichte: www.villa-esche.de/villa-esche/das-bauwerk [5.12.2022].

¹³⁶ Rechtsträgernachweis vom 18.12.1954, BArch MfS Liegenschaften Nr. 2764, Bl. 9; Rechtsnachfolgerin wurde das Staatssekretariat für Staatssicherheit im Innenministerium (SfS). In Folge des Volksaufstandes vom 17.6.1953 entzog das Politbüro dem Ministerium für Staatssicherheit den Ministeriumsrank zum 23.7.1953 und unterstellte es als Staatssekretariat für Staatssicherheit dem Innenministerium. Am 24.11.1955 wurde es wieder zum Ministerium hochgestuft. Im Sinne der Verständlichkeit wird in diesem Text über den gesamten Zeitraum von der Gründung 1950 bis zur Auflösung 1990 von MfS gesprochen.

¹³⁷ BArch, MfS, Liegenschaften, Nr. 2764, Bl. 2.



Außenaufnahme der Villa Esche in der Parkstraße in Chemnitz, 1919. ©Bildarchiv Foto Marburg. Fotograf: unbekannt.

Die Angaben über Schlotterbecks Aufenthaltsorte in Karl-Marx-Stadt sind zuerst nicht eindeutig. Im Festnahmebericht vom 16. Februar 1953 ist vermerkt, Schlotterbeck sei im „Alten Verwaltungsgebäude“ untergebracht, während sich Friedrich im „Clubhaus“ in der Parkstraße (vermutlich Volkshaus/Villa Esche) befinde.¹³⁸ In einem Brief vom 13. Juli 1953 an das MfS in Berlin erwähnt Schlotterbeck einen „technischen Mitarbeiter, der mir den Umzug mitteilte“ vom 9. Juli 1953.¹³⁹ Laut ihrem späteren Haftbericht befindet sich Schlotterbeck zuerst „in einem Bürohaus aus Backstein“ und zieht um Ostern herum in die Villa Esche, wo sie ein Zimmer im zweiten Stock bewohnt. Später zieht sie in die Remise.¹⁴⁰ Dieser letzte Umzug ist vermutlich jener, den sie im Juli in ihrem Brief erwähnt. Kurzzeitig befindet sich der Hund der Familie ebenfalls im Haus, später wird er in einem Zwinger im Garten gehalten.¹⁴¹

Direkt nach Schlotterbecks Verhaftung beginnen die Verhöre. Insgesamt sind 19 Verhörprotokolle zwischen Februar und Mai 1953 in den Akten überliefert. Offensichtlich brechen die Vernehmungen unvermittelt ab, und werden erst Anfang September nach Schlotterbecks Verlegung in die zentrale UHA des MfS in Berlin-Hohenschönhausen wiederaufgenommen. Die Quellenüberlieferung deutet

auch auf größere Pausen zwischen den Vernehmungen in Hohenschönhausen hin. Für die Dauer der offiziellen Untersuchungshaft in Hohenschönhausen (August 1953 bis April 1954) sind insgesamt sechs Protokolle im Bundesarchiv überliefert.

Die folgende Analyse untersucht Anna Schlotterbecks Sicht auf unterschiedliche Gegebenheiten und Situationen anhand ihrer schriftlichen Hinterlassenschaften. Es handelt sich dabei um sowohl zeitgenössisch als auch retrospektiv verfasste Quellen aus drei unterschiedlichen Komplexen. Briefe, Auftritte vor Gericht und Berufungsanträge sowie ihre schriftlichen Hafterinnerungen.

In der Akte ihres MfS-Untersuchungsvorganges sind im Bundesarchiv zahlreiche Briefe von und an Schlotterbeck überliefert. Vor ihrer Verhaftung schreibt Schlotterbeck Briefe zum einen an die Parteikontrollkommissionen und Politiker:innen, zum anderen an Freund:innen und Arbeitskolleg:innen. Wie bereits gezeigt, schildert Schlotterbeck darin ihre Sicht auf die Parteisäuberungen und ihren eigenen Ausschluss. Briefe, die sie während ihrer Haftzeit in Karl-Marx-Stadt verfasst, richten sich zum einen an ihren Mann und ihre Kinder, zum anderen an ihren Vernehmer Ernst Zuschke sowie an das MfS in Karl-Marx-Stadt, in deren Verantwortungsbereich sie ihren Fall vermutet. Außerdem wendet sie sich an die MfS-Zentrale in Berlin. Briefe an Mann und Kinder verdeutlichen Schlotterbecks Blick auf ihre Familie und Familienleben sowie ihre Rolle als Mutter und Ehefrau. Schlotterbeck ist sich beim Verfassen der Zensur durch das MfS bewusst. Schlotterbeck und auch Friedrich wissen, dass ihre Briefe mitgelesen und

nicht zugestellt werden, sollte der Inhalt dem MfS missfallen.¹⁴² Die Briefe an Mitarbeiter des MfS lassen einerseits ihre täglichen Bedürfnisse erkennen, sind andererseits aber auch Ausdruck darüber, wie sie von ihrem Vernehmer und ihren Gegner:innen wahrgenommen werden will.

Schlotterbecks Auftritte vor Gericht und ihre Berufungsanträge haben das Ziel, Verfahrensfehler zu verdeutlichen und die beiden Belastungszeuginnen zu diskreditieren. Über die von ihr vorgenommenen antagonistischen Charakterisierungen dieser zwei Personen lässt sich darüber hinaus auch die Selbstdarstellung der eigenen Person als unschuldig Verurteilte erkennen.

- 138 Ernst Zuschke, Festnahmebericht, 16.2.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 3, Bl. 13–14, hier 14.
- 139 Anna Schlotterbeck an das MfS Berlin, 13.7.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 78.
- 140 Schlotterbeck, Hoffnung, S. 25; 34; 41.
- 141 Das MfS ließ den Hund Cato im Januar 1954 erschießen. Mdl/S.f.S Wachbataillon Dresden an BV S.f.S. „W“ Karl-Marx-Stadt, Übersendung der Tötungsurkunde, 12.1.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 3, Bl. 260.
- 142 Vgl. bspw.: Friedrich Schlotterbeck an Anna Schlotterbeck, 17.5.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 133; Anna Schlotterbeck an das MfS Karl-Marx-Stadt, 21.5.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 134; Anna Schlotterbeck an Friedrich, 22.5.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 136.

Ihre Hafterinnerungen verschriftlicht Schlotterbeck 1968 – zwölf Jahre nach ihrer Haftentlassung und wenige Jahre vor ihrem Tod. Anders als die beiden vorherigen Quellenkomplexe handelt es sich dabei nicht um eine zeitgenössisch verfasste Quelle, sondern um ein bewusst für Leser:innen verfasstes Werk, eine Selbstinszenierung, in der sich sozial und politisch konstruierte Deutungsmuster finden, die sich aus der Hafterfahrung und ihrem Leben nach der Haft ergeben. Die Vermutung liegt nah, dass Schlotterbeck mit der Niederschrift vor allem die Deutungshoheit über ihre eigene Person behalten will. Durch ihre Selbstbeschreibungen aber auch durch die Beschreibungen anderer stellt sie sich in einem bestimmten Licht dar. So ist beispielsweise kein Wort zu lesen von ihren eigenen Verstrickungen in das System der Denunziationen, die durch ihre Briefe jedoch belegt sind.

Die Quellen werden insgesamt als Selbstnarrationen begriffen. Sie lassen uns Schlotterbecks Blick auf ihre Situation und ihre Person erkennen und verdeutlichen Muster, die Schlotterbeck für sich selbst entwirft. Dieser Logik folgt auch die Analyse, die sich zunächst auf Schlotterbecks Blick auf Situationen und Personen primär während ihrer Untersuchungshaftzeit in Karl-Marx-Stadt und Hohenschönhausen konzentriert. Das Ziel ist dabei, ihren Blick auf sich selbst herauszudestillieren. Was sagt ihr Schreiben über andere und anderes über sie selbst aus? Wie verortet sie sich in ihren Briefen, in ihren Auftritten vor Gericht und in ihren retrospektiv verschriftlichten Hafterfahrungen? Welchen Eindruck möchte sie bei den verschiedenen Adressat:innen erwecken? In der Analyse werden die zeitgenössisch verfassten Quellen bevorzugt genutzt, da sie direkter Ausdruck von Schlotterbecks Selbstinszenierung in der Haftsituation sind und die Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster aus dem unmittelbaren Erlebniszusammenhang wiedergeben. Die Quellen dieser Kategorie decken daher nur den Zeitraum ihrer Haftzeit in Karl-Marx-Stadt und ihren Prozess ab, für Hohenschönhausen sind keine Briefe oder Eingaben überliefert.

„Ist es nicht ein kurioser Zustand, infolgedessen zu mehr als rechtlosen Gefangenen geworden zu sein?“ – Ihre Situation als Gefangene

Aus den unterschiedlichen Quellen lassen sich sowohl die zeitgenössische als auch die retrospektive Sicht Schlotterbecks auf ihre Situation und ihren eigenen Handlungsspielraum herauslesen.¹⁴³ In den Briefen werden vor allem ihr sich verändernder Blick auf die Art ihres Aufenthaltes und ihre eigene Rolle bei den geheimdienstlichen „Untersuchungen“ deutlich.

Zu Beginn der Haftzeit versteht sich Schlotterbeck nicht als Gefangene des MfS, vielmehr begreift sie sich als „Mitarbeiter[in]“ und möchte an der angekündigten „Untersuchung“ mitwirken. In der „Zusammenarbeit“ mit dem MfS sieht sie wohl die einzige Chance, wieder in die Partei aufgenommen zu werden. Zu Beginn scheint sie überzeugt, die angeblichen „Untersuchungen“ seien in wenigen Wochen abgeschlossen. Doch die Zweifel kommen schnell. Am 18. März, knapp vier Wochen nach der Verhaftung schreibt sie an Friedrich: „Als man mich so Knall u. Fall in Raschau holte, sagte man mir, wir seien Mitarbeiter. Nun gut, darauf haben wir ja lange gewartet u. deshalb auch immer wieder angestoßen. Aber manchmal habe ich das Gefühl, dass man uns doch recht stiefmütterlich behandelt, gar nicht wie Mitarbeiter [...]“¹⁴⁴

In den folgenden Wochen versucht Schlotterbeck, ihre Situation durch Vorschläge und Forderungen an Zuschke – von ihr „Chef“ genannt – zu verbessern. Vordergründig äußert sie ihre Kritik am immer länger werdenden Untersuchungszeitraum, dessen Ende nicht abzusehen ist. Sie fordert von dem MfS-Mitarbeiter eine „Perspektive“¹⁴⁵ und bemüht sich, ihre Rolle in der Untersuchung als wichtig herauszustellen, indem sie die Relevanz ihrer Informationen betont. Am

24. März schreibt sie, vermutlich an Zuschke: „Wie man mir sagte, sollte diese Woche die Untersuchung abgeschlossen werden. Da aber gestern wieder niemand kam, wird es sich noch länger hinziehen. Ich [...] hoffe nicht, dass wir für unsere wertvollen Hinweise, die wir der Partei gaben, durch die Bedingungen, unter denen

143 Zitat Überschrift in: Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 28.6.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 71–72.

144 Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 18.3.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 9, Bl. 240–241, hier 240.

145 Anna Schlotterbeck an Ernst Zuschke, 30.3.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 28.

wir hier festgehalten werden, noch nachträglich bestraft werden.“¹⁴⁶

Viele Zeichen belegen eindeutig die Haftsituation Schlotterbecks – so berichtet sie in ihren Hafterinnerungen, sie habe sich meist in „ihrem“ Zimmer aufhalten müssen, den Garten nur unter Aufsicht betreten und das Grundstück schon gar nicht verlassen können. Die Briefe dagegen zeigen auch, dass sie sich eine lange Zeit verzweifelt an die Vorstellung klammert, „Mitarbeiter[in]“ zu sein und ihre Situation durch Beschwerden positiv beeinflussen zu können. Sie verlangt Kleidung, Bücher, Zeitungen, ein Russisch-Lehrbuch, einen Radioapparat oder auch Tabak und eine Lesebrille, fordert Besuche von Wilfriede und die Zustellung der Briefe ihres Sohnes Walter, will ein Bad nehmen.¹⁴⁷ Der verantwortliche Zuschke gesteht ihr immer wieder eingeforderte Dinge zu. So darf sie Briefe an ihren Mann und in unregelmäßigen Abständen an ihre Kinder schreiben, (auf eigene Rechnung) Bücher und Zeitungen bestellen und erhält ein Radio. Wilfriede darf sogar zu Besuch kommen. Daraus folgt eine monatelange paradoxe Situation, mit der sich Schlotterbeck zumindest zeitweise abfinden kann. In ihren Briefen an das MfS in Karl-Marx-Stadt und in Berlin beschwert sie sich dennoch deutlich über die Haft- und Verhörmethoden.¹⁴⁸

Schlotterbeck scheint auch Mitte Mai 1953, drei Monate nach ihrer Verhaftung, noch an den Aufklärungscharakter ihrer Haft in der Villa Esche zu glauben. „Seit der letzten Vernehmung sind bereits 2 Wochen vergangen.“, schreibt sie am 16. Mai an Zuschke. „Ich bitte darum, die Vernehmungen bald fortzusetzen. Es stehen noch eine Reihe von Fragen offen, die in den bisherigen Protokollen nicht untergebracht werden konnten, über die ich mir aber bereits Notizen gemacht habe.“¹⁴⁹ Wenige Tage später resigniert sie in einem Brief an Friedrich: „Ja, wirklich, alles in allem ist nicht gerade ermutigend und ein Ansporn für Wachsamkeit und Kritik. Die Versprechungen, unter denen man uns hierhergeholt hat, sind im Laufe von 14 Wochen etwas in Vergessenheit geraten, obwohl eigentlich weniger denn je dazu Anlass wäre.“¹⁵⁰ Dennoch gibt sie sich tapfer: „Aber trotz dem Zorn,

- 146 Anna Schlotterbeck vermutlich an Ernst Zuschke, 24.3.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 9, Bl. 242; Der Brief hat keine Anschrift. Deshalb liegt die Vermutung nahe, dass sich der Empfänger im gleichen Haus befand. Briefe an das MfS in Karl-Marx-Stadt und Berlin versah Schlotterbeck stets mit einer Anschrift.
- 147 Siehe bspw.: Anna Schlotterbeck an Ernst Zuschke, 30.3.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 28; Anna Schlotterbeck vermutlich an Ernst Zuschke, 8.4.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 9, Bl. 257; Anna Schlotterbeck an Ernst Zuschke, 17.4.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 100; Anna Schlotterbeck an Ernst Zuschke, 22.4.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 105; Anna Schlotterbeck an Ernst Zuschke, 28.4.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 112.
- 148 Anna Schlotterbeck an das MfS Berlin, 14.4.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 95–96, hier 95.
- 149 Anna Schlotterbeck an Ernst Zuschke, 16.5.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 132.
- 150 Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 22.5.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 136.
- 151 Ebd.
- 152 Anna Schlotterbeck an das MfS Karl-Marx-Stadt, 31.5.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 50.

der mich manchmal über die ‚Aufmerksamkeit‘ erfasst, lasse ich mir den guten Mut nicht rauben. Trotz alledem!“ Vorsichtig lässt sie aber auch ihre Meinung über die Unrechtmäßigkeit der Haft anklingen: „Wo unsere Rechte beginnen und wo sie aufhören ist mir nicht bekannt, ebenso wenig mit was die Beschneidung unserer Rechte begründet wird.“¹⁵¹

Schlotterbecks Blick auf ihre Situation verändert sich grundlegend, als die Vernehmungen Ende Mai aussetzen. Vergeblich fordert sie von Zuschke deren Wiederaufnahme. Offensichtlich weiß sie nicht, dass Zuschke stellvertretender Leiter der OV Wismut ist. Sie hält ihn für einen Angestellten der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt. In diesem Glauben wendet sie sich schriftlich an die Leitung der MfS-Bezirksverwaltung, die jedoch nicht mit dem Fall Schlotterbeck betraut ist und das Schreiben vermutlich auch nicht erhält: „Seit 4 Wochen warte ich vergeblich, dass jemand zur Fortsetzung des Protokolls kommt. Wenn dies aus irgendwelchen Gründen nicht möglich ist, erwarte ich mindestens, dass sich mal jemand Verantwortliches bei mir einstellt, um mir auf verschiedene Fragen, die ich in anderen Briefen gestellt habe, Auskunft zu geben. Wir sind jetzt fast vier Monate hier. [...] Ich ersuche Sie noch einmal, dass nächste Woche ein verantwortlicher Mitarbeiter zu mir kommt, denn ich bin mir keiner Schuld bewusst, die zur Liquidierung meiner persönlichen Rechte Anlass gibt. Im Gegenteil ich fühle mich nach wie vor als Mitarbeiter.“¹⁵²

Auch mit Friedrich tauscht sie sich über ihre Situation aus. Es wirkt, als wolle sie sich in den Briefen an ihren Mann selbst Mut zusprechen und einen Sinn in ihren zahlreichen Beschwerden finden: „Aber sag mal, hast Du Dich nie schriftlich gegen solche Zumutungen gewehrt. Gerade, weil wir ein Opfer des ‚Administrierens‘ sind, wie Du schreibst und als seelenlose Aktenstücke mal für längere Zeit zurückgelegt wurden, muss man die Zumutungen auch aktenkundig machen. Später einmal wird es sehr lehrreich sein, wie man ehrliche Menschen, die geholfen haben, Missstände aufzudecken, behandelt hat.“ Gleichzeitig ist sich Schlotterbeck zu diesem Zeitpunkt ihrer Ohnmacht bereits bewusst und glaubt keinesfalls mehr an eine irrtümliche Verhaftung oder objektive Befragung. Im gleichen Brief schreibt sie: „Dazu kommt, dass es hier noch schwerer ist, einen Verantwortlichen zu finden, als sonst wo. Wir haben es mit lauter Anonymen zu tun und das Ministerium als solches ist ein weiter Begriff. Dann sind die für uns Verantwortlichen wohl der Meinung, dass, weil wir schon so viel Willkür und Ungerechtigkeit, angefangen von Sachsen bis zur ZPKK erfahren haben, es auf etwas mehr nicht mehr ankommt, sodass wir uns hier so unter der Hand in rechtlose Menschen verwandelt haben, oder verwandelt worden sind.“ Dennoch gibt sich Schlotterbeck standhaft und versichert, nicht aufgeben zu wollen: „Meine

Entschlossenheit, den geraden Weg weiterzugehen, ist gewachsen. Alle Zweifel und Bedenken habe ich hinter mir gelassen.“ Schlotterbeck bringt ihr eigenes Schicksal mit Größerem in Verbindung und sieht es im Zusammenhang mit der propagierten Erneuerung der Partei und des Staates: „In diesem Kampf muss sich zeigen, was echt und falsch ist.“¹⁵³

Diesen Kampf will Schlotterbeck an höherer Stelle fortsetzen. Am 12. Juni 1953 schreibt sie einen Brief an das MfS in Berlin. Ihre Beschwerde richtet sie nicht an eine bestimmte Person, sondern an die gesamte Institution. Konkret geht es um Friedrich, der sich inzwischen im Hungerstreik befindet: „Diese ganze Angelegenheit ist eine Schande, wie sie bei unseren Staatssicherheitsorganen, die die Beauftragten der Arbeiterklasse sind, nicht vorkommen dürfte. [...] In was bestehen unsere persönlichen Rechte noch, wo hören sie auf und aus welchem Grund werden sie uns beschnitten?“ Auch in diesem Brief stellt sich Schlotterbeck als starke, mutige und standhafte Person dar, die zwar bereit ist, alles für die Aufklärung zu tun – „und zwar aus Einsicht und Überzeugung, dass es notwendig ist“ – aber dennoch eine respektvolle Behandlung verlangt: „Bei allem Verständnis, die ich für die umfangreichen Untersuchungen habe, wünsche ich doch mit der Achtung behandelt zu werden, die uns zusteht. Unseren Stolz und unsere Würde konnten auch die jahrelangen Machenschaften der Vergangenheit nicht zu Fall bringen.“¹⁵⁴

Doch dieser Brief bleibt ebenso wie andere sowohl unbeantwortet als auch ergebnislos. Aber Schlotterbeck kann sich nur als „Mitarbeiter[in]“ fühlen, solange die Vernehmungen andauern. Mit einem erneuten Brief an Zuschke versucht sie Ende Juli, dessen Aufmerksamkeit zurückzuerlangen, indem sie verzweifelt fleht: „Geben Sie mir Gelegenheit zu einer offenen Aussprache, bei der auch diejenigen Dinge Erwähnung finden können, die durch die Fragestellungen in den Protokollen nicht berührt wurden. Sie können dann immer noch entscheiden, was für Sie von Wichtigkeit ist, oder nicht. [...] Nehmen Sie sich die Zeit! Es kann für die gesamte Untersuchung nur von Nutzen sein. Obwohl wir nun schon bald an die 5 Monate hier sind, möchte ich nicht von hier weggehen, ohne alles loszuwerden, was ich noch auf dem Herzen

153 Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 10.6.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 59–60.

154 Anna Schlotterbeck an das MfS Berlin, 12.6.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 63–65, Zitate 63, 65.

155 Anna Schlotterbeck vermutlich an Ernst Zuschke, 29.6.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 74.

156 Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 12.7.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 77.

157 Anna Schlotterbeck an das MfS Karl-Marx-Stadt, 10.7.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 10, Bl. 100–101.

158 Notiz von Anna Schlotterbeck, 11.7.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 10, Bl. 102.

159 Anna Schlotterbeck an das MfS Berlin, 13.7.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 78.

160 Anna Schlotterbeck an das MfS Karl-Marx-Stadt, 14.7.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 79.

habe. [...] Denken Sie von uns persönlich, was Sie wollen, aber hören Sie auf das, was wir noch zu sagen haben.“¹⁵⁵

Das endgültige Umdenken folgt innerhalb der nächsten zwei Wochen. Schlotterbeck realisiert ihren Status als Gefangene. Die von ihr daraufhin gewählte Handlungsmöglichkeit ist gleichzeitig die höchste Stufe der Eskalation: der Hungerstreik. „Was soll man machen, um zu seinen Rechten zu kommen, wenn alle Bitten sich wie in einem Grab verhalten. Man muss zu dem einzigen Mittel greifen, das einem Gefangenen zur Verfügung steht“¹⁵⁶, schreibt sie am zweiten Tag des Hungerstreiks an Friedrich.

Bereits am 10. Juli 1953 hat Schlotterbeck einen Brief an das MfS in Karl-Marx-Stadt geschrieben und ihre Gründe für den Hungerstreik dargelegt.¹⁵⁷ Obwohl sie nur ihre Pflicht für das Wohl der Partei erfüllt habe, werde sie nun wie eine Gefangene gehalten. Mit dem Hungerstreik fordert sie unter anderem das Gespräch mit einer verantwortlichen Person und Kontakt zu ihrer Familie. Einen Tag später fügt sie eine Notiz an, in der sie die artgerechte Haltung ihres Hundes Cato verlangt, der einsam in einem Zwinger im Garten der Villa eingesperrt ist. Außerdem fordert sie einen Schreibblock, Zigarettenpapier und Schwarztee.¹⁵⁸ Drei Tage später wendet sie sich an das MfS in Berlin. Mit der Beschreibung ihrer Situation versucht sie, Druck aufzubauen. „Ich befinde mich heute den 3. Tag im Hungerstreik. Meine Kräfte lassen bereits merklich nach und ich schreibe an Sie, solange es mir noch möglich ist. Da ich herzkrank bin und an einer Kreislaufstörung leide, muss ich mit dem Äußersten rechnen [...] Um was es geht, wissen Sie selbst. Die Entscheidung liegt bei Ihnen.“¹⁵⁹ Da ihr Hungerstreik keinerlei Reaktion auslöst, legt sie am 14. Juli nach: „Sie entziehen sich [...] keineswegs der Verantwortung. Meine Forderung ist: Herstellung der primitivsten Gesetzlichkeit. Meine Beschwerden sind [...] Forderungen, die ich bereits mehrmals gestellt habe, ohne dass Sie darauf reagierten. Ich mache Sie für alle Folgen aus dieser letzten Notwehr, die mir bleibt, um gegen Willkür zu protestieren, voll verantwortlich.“ Schlotterbeck meint nun endgültig erkannt zu haben, dass sich ihre Gegner:innen nicht nur in der Villa Esche, sondern auch beim MfS in Karl-Marx-Stadt und Berlin befinden. Sie hat eine klare Ansage für sie: „Rechnen Sie nicht damit, dass ich in die Knie gehen werde.“¹⁶⁰ Schlotterbecks Hungerstreik verdeutlicht die Ausweglosigkeit, in der sie sich selbst sieht. Als einzige Möglichkeit, Stärke zu beweisen, wählt sie eine Protestform, die sie schwächt und letztendlich kampfunfähig macht.

Über das Ende des Hungerstreiks ist in den Akten des Untersuchungsvorganges nichts zu finden, Schlotterbeck berichtet darüber aber in ihrer Hafterinnerung. Danach beendete sie ihre Essensverweigerung nach etwa zehn bis

14 Tagen, nachdem ihr ein Mitarbeiter des MfS erklärt hatte, ihre Forderungen würden in den nächsten Tagen erfüllt, und nachdem sie Nachrichten von ihren Kindern erhalten hatte.¹⁶¹ In einem Brief, vermutlich an Ernst Zuschke, vom 24. Juli teilt sie mit, vor wenigen Tagen habe ihr ein MfS-Mitarbeiter mitgeteilt, sie sei „bis auf den Umstand, dass ich nicht draußen spazieren gehen könne, vollkommen frei.“¹⁶²

In Schlotterbecks Hafterinnerungen ist von ihrem verzweiferten Ringen um Aufmerksamkeit nichts zu lesen. Stattdessen präsentiert sie sich retrospektiv als mutige Person, die sich nicht einschüchtern lässt. Dies verdeutlichen ihre Beschreibungen des Wachpersonals in Karl-Marx-Stadt und Berlin. Die meisten Schilderungen lassen sich nicht mit anderen Quellen überprüfen. Jedoch wird eine im Buch beschriebene Auseinandersetzung Schlotterbecks mit Teilen des Wach-/ Hauspersonals um eine Zeitung durch einen Brief verifiziert. Sie berichtet am 24. Juli 1953 „an den 1. Chef“, ein Wachmann habe ihr zwei Tage vorher die Ausgabe des ND kurz nach Erhalt wieder wegnehmen wollen. Schlotterbeck habe sich geweigert, die Zeitung abzugeben, auch als der Wachmann sich Unterstützung vom Hausmeister holte. „Als ich weiterlas, stürzte sich der Wachmann auf die Zeitung, zerfetzte und zerknüllte sie. Ein Papierfetzen blieb in meiner Hand. Als sich der Wachmann auch auf diesen letzten Zeitungsfetzen stürzte, warf ich das Papier zum Fenster hinaus.“¹⁶³ Über diesen Vorfall berichtet sie auch in den Hafterinnerungen. Diese kurze Passage verdeutlicht, dass Schlotterbeck das Wachpersonal als unterlegen ansieht und – zumindest vor den beschriebenen Personen – keinen Respekt hat. Diese Haltung zieht sich durch die gesamten Hafterinnerungen. Schlotterbeck inszeniert sich als selbstsicher und schildert in mehreren Anekdoten, wie sie sich nicht habe einschüchtern lassen und verschiedenen Wachpersonen Paroli geboten habe. Zu dem oben beschriebenen, durch den Brief belegten Vorfall reihen sich mehrere andere: Die meisten ereignen sich laut Buch in Hohenschönhausen. So beschreibt sie, bei ihrer Ankunft eher Neugier als Angst gefühlt und selbstsicher die Gefängnisordnung verlangt zu haben. Über die Frage, ob Schlotterbeck mit den Händen unter dem Kopf verschränkt liegen dürfe – aus ihrer Sicht kein Verstoß gegen die Gefängnisordnung – habe sie sich mit zwei Wachmännern gestritten. „Ich ließ sie toben und trampeln mit

dem Hintergedanken, mir eine kleine Abwechslung zu verschaffen. Schließlich setzte ich mich auf und begann mit ihnen über die Gefängnisordnung zu streiten. [...] Von da an wurde diese Schlafhaltung bei mir nicht mehr beanstandet.“ Sie „verdient“ sich auf diesem Wege den Respekt der beiden Wachmänner: „Warum die beiden Schelme ausgerechnet mir eine Art Sympathie entgegenbrachten, kann ich nur ahnen. Wahrscheinlich, weil ich ihnen mit gleicher Münze heimzahlte.“¹⁶⁴ Diese Anekdoten lassen sich nicht durch weitere Quellen verifizieren, zeigen aber Schlotterbecks Absicht, das Bild einer selbstbewussten, mutigen Frau zu vermitteln, die sich auch dem Wachpersonal der MfS-Untersuchungshaftanstalt in Hohenschönhausen widersetzt.

¹⁶¹ Vgl. Schlotterbeck, Hoffnung, S. 43.

¹⁶² Anna Schlotterbeck vermutlich an Ernst Zuschke, 24.7.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 87. In diesem Brief berichtet sie vom wenige Tage zurückliegenden Besuch eines MfS-Mitarbeiters. In ihrer Hafterinnerung schreibt Schlotterbeck, das Gespräch mit einem Mitarbeiter des MfS habe sie etwa zwei Wochen nach Beginn ihres Hungerstreiks mit Versprechungen zum Aufgeben bewegen können. Vgl. Schlotterbeck, Hoffnung, S. 43.

¹⁶³ Anna Schlotterbeck an vermutlich Ernst Zuschke, 24.7.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 87.

¹⁶⁴ Schlotterbeck, Hoffnung, S. 64–66, 86, 100.

„Wo unsere Rechte beginnen und wo sie aufhören, ist mir nicht bekannt“ – Die (Un-)Rechtmäßigkeit der Haft und des Verfahrens

Als Anna Schlotterbeck von MfS-Mitarbeitern in Raschau abgeholt wird, glaubt sie zunächst nicht an eine Verhaftung.¹⁶⁵ Sie scheint überzeugt, sie werde gerufen, da nun endlich die Überprüfung ihrer Person anstünde.¹⁶⁶ Anfangs hält sie die Vernehmungen, die sich vor allem um Schlotterbecks Beziehungen zu Noel Field drehen, für legitim, dienen sie doch der Aufklärung aller Vorwürfe, die Schlotterbeck stets gefordert hat.¹⁶⁷ Zwar ist sie sich bewusst, dass die Klärung der Angelegenheit eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werde, doch denkt sie dabei an drei bis vier Wochen, wie sie kurz nach ihrer Festnahme in einem Brief an ihre Hausverwaltung schreibt.¹⁶⁸ Ihren Parteiausschluss betrachtet sie weiterhin als illegitim und hofft auf eine schnelle Aufklärung des Sachverhaltes: „Aber warum musste man, um dieses ‚Urteil‘ zu sprechen, das Statut der Partei verletzen? Und wie die KPdSU über Statutenverletzer urteilt, davon hat Shdanow auf dem 18. Parteitag und Malenkow auf dem 19. unmissverständlich gesprochen. Also?!“¹⁶⁹ schreibt sie am 18. März 1953 gut einen Monat nach ihrer Verhaftung an Friedrich.

Je länger Schlotterbeck aber in der Villa Esche festgehalten wird, desto mehr zweifelt sie an den guten Absichten des MfS und glaubt, Opfer einer Verschwörung von „Parteifeind:innen“ zu sein. Am 28. Juni schreibt sie an Friedrich: „Oft denke ich darüber nach, wann auch wir wieder einmal ein normales Leben führen werden, oder ob es uns am Ende noch gar beschieden ist, an dieser heimtückischsten und gefährlichsten Front des Klassenkampfes zugrunde zu gehen, um erst später einmal in einer lehrreichen Zusammenfassung über unsere Zeit, wieder erwähnt zu werden. Im offenen Kampf, Auge um Auge mit dem Feind, zugrunde zu gehen, ist für den, der vor der Notwendigkeit steht, zwar nicht leicht, aber ehrenvoll. Ein scheußliches Geschick aber ist es, vom getarnten Feind systematisch zu Tode gehetzt zu werden und selbst in den Augen

¹⁶⁵ Zitat Überschrift in: Anna Schlotterbeck an Friedrich, 22.5.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 136.

¹⁶⁶ Dies schreibt sie sowohl in einem Brief als auch ihren Hafterinnerungen. Vgl. Schlotterbeck, Hoffnung, S. 28; Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 18.3.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 9, Bl. 240–241, hier 240. Da Schlotterbeck bei der ZPKK die Personenüberprüfung selbst gefordert und sich in mehreren Briefen an Matern und Geffke nach dem Stand der Untersuchung erkundigt hat, ist es plausibel, dass sie sich tatsächlich als Mitarbeiterin sieht.

¹⁶⁷ Vgl. Schlotterbeck, Hoffnung, S. 29.

¹⁶⁸ Anna Schlotterbeck an die Hausverwaltung, 16.2.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 9, Bl. 154.

der wirklichen Genossen als scheinbar ehrloser Mensch zu Grunde zu gehen, Das ist eine teuflische Sache – und trotzdem kein Einzelfall [...] Unsere unübertroffenen Heuchler haben es wenigstens so weit gebracht, uns in den Augen der Mitmenschen als minderwertige Ware erscheinen zu lassen und dementsprechend kann uns jeder behandeln, nach Willkür und gut dünken. Im Mittelalter nannte man das ‚geächtet‘ sein – Trotzdem zweifle ich nicht daran, dass früher oder später, auch unsere gewieftesten Heuchler noch den Arsch vollkriegen. Ich bin so egoistisch und hoffe es noch zu erleben.“¹⁷⁰

Mit Schlotterbecks Verlegung in die UHA Hohenschönhausen wird ihr die Möglichkeit des Briefeschreibens genommen. Die einzig überlieferten zeitgenössisch verfassten Dokumente aus ihrer restlichen Untersuchungshaftzeit sind Rechtsbehelfe (Haftbeschwerden, Berufungsanträge), die Schlotterbecks situativen Blick enthalten. In ihrer retrospektiv verfassten Hafterinnerung berichtet Schlotterbeck, von ihrer Verlegung nach Hohenschönhausen vollkommen überrascht worden zu sein. Nicht im Traum habe sie daran gedacht, dass ihre Haftzeit weitergehen, ja sich sogar verschärfen könnte.¹⁷¹ Nichtsdestotrotz gibt ihr die

Verlegung nach Hohenschönhausen die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden und mit (vermeintlich gegebenen) juristischen Mitteln gegen die Vorwürfe vorzugehen. Hat sie einmal das Bewusstsein erlangt, eine Gefangene des MfS zu sein, nutzt sie Möglichkeiten, die ihr die DDR-Justiz formal zur Verfügung stellt. Sie verlangt ausdrücklich selbst nach einem Haftbefehl¹⁷² und legt nach Vorführung beim Haftrichter umgehend Haftbeschwerde ein: „Unterzeichnete legt gegen den am 31.8.53 erlassenen Haftbefehl Beschwerde ein. Begründung: Ich bin mir in keiner Weise bewusst, die im Haftbefehl aufgeführten Verbrechen begangen zu haben. Ich habe wohl bis 1945 mit Field und Lompar in Verbindung gestanden, bestreite jedoch, dass diese verbrecherischer Natur war.“¹⁷³ Die Beschwerde wird am 6. Oktober 1953 vom Stadtbezirksgericht Mitte zurückgewiesen.¹⁷⁴ Ein halbes Jahr später, am 31. März 1954, wird Schlotterbeck von der Staatsanwaltschaft Rostock wegen friedensgefährdender Kriegs- und

¹⁶⁹ Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 18.3.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 9, Bl. 240–241, hier 140. Zu Andrej Aleksandrovič Ždanov (1896–1948) vgl. www.britannica.com/biography/Andrey-Aleksandrovich-Zhdanov [05.12.2022] und zu Georgij Maksimilianovič Malenkow (1901/02–1988) vgl. www.britannica.com/biography/Georgiy-Maksimilianovich-Malenkov [05.12.2022]

¹⁷⁰ Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 28.6.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 71–72.

¹⁷¹ Vgl. Schlotterbeck, Hoffnung, S. 61–62.

¹⁷² Im Entwurf einer Akten-Notiz vom 5.4.1956 ist vermerkt: „Haftbefehl erfolgte auf ausdrückliches Verlangen Anna Sch. am 31.8.1953 vom Bezirksgericht Berlin-Mitte.“ Ohne Verfasser, Entwurf Akten-Notiz, 5.4.1956, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 8, Bl. 185.

¹⁷³ Anna Schlotterbeck an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR, Beschwerde gegen den Haftbefehl, 3.9.1953, BArch, MfS AU 309/54, Bd. 12, Bl. 11.

¹⁷⁴ Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte (Richter K. Krautter), Beschluss über Ablehnung der Beschwerde, 6.10.1953, BArch MfS AU 309/54, Bd. 12, Bl. 17.

Boykotthetze ab 1951 sowie der Verleumdung von Partei- und Staatsfunktionär:innen, der ZPKK und des MfS angeklagt.¹⁷⁵

Am 8. April 1954 wird Schlotterbeck in die Untersuchungshaftanstalt des MfS in Rostock verlegt.¹⁷⁶ Dort darf sie wieder Briefe schreiben und sie wendet sich umgehend an die Justizministerin Hilde Benjamin¹⁷⁷ und den Hohen Kommissar der Sowjetunion.¹⁷⁸ An das Verfassen dieser Briefe erinnert sich Schlotterbeck in ihrem Haftbericht: Wenige Tage vor ihrem Prozess sei sie in ein Gefängnis in Rostock verlegt worden. Dort habe man ihr noch am selben Tag die Anklageschrift in Teilen verlesen und ihr als Datum des Prozesses den 26. April genannt. Angesichts des nahenden Gerichtstermins habe sie von „den Merkwürdigkeiten der Untersuchungshaft sowie der Verschiebung der Verhandlung nach Rostock.“ berichtet.¹⁷⁹ Die Briefe selbst sind in der Akte des Untersuchungsvorganges nicht überliefert, allerdings eine Meldung der Rostocker Staatsanwaltschaft vom 27. April 1954 an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR mit der Frage, wie mit diesen Briefen zu verfahren sei.¹⁸⁰ Auch wenn die Briefe an Benjamin und den Hohen Kommissar nicht überliefert sind, zeigt sich in diesem Vorgehen Schlotterbecks Glaube an das Rechtssystem der DDR. Da sie Mängel oder Ungereimtheiten ihres Verfahrens an die Justizministerin und den höchsten Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht in der DDR weiterleitet und sich dabei Unterstützung erhofft, glaubt sie nicht an ein gegen sie gerichtetes System, also Repression von oben, sondern an das Fehlverhalten einiger weniger – in diesem Falle ihrer Vernehmer und des Bezirksgerichts Rostock – deren Machenschaften sie offenlegen will.

- 175 Staatsanwaltschaft Rostock, Anklage Anna Schlotterbeck, 31.3.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 103–107.
- 176 Vgl. Hafteingangsbuch der MfS-Untersuchungshaftanstalt in Rostock, BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XIV 31, Bd. 1, Bl. 65–66.
- 177 Hilde Benjamin (1902–1989), Juristin, ab 1927 KPD-Mitglied, 1949–1953: Vizepräsidentin des Obersten Gerichts, Verantwortlich für Schauprozesse und schwere Urteile, u.a. gegen Zeug:innen Jehovas, 1953–1967: Justizministerin der DDR, 1949–1967: Volkskammerabgeordnete, 1954–1989: Mitglied des ZK der SED; vgl. Biographische Datenbanken, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/hilde-benjamin [24.01.2024].
- 178 Nachfolgeinstitution der Sowjetischen Kontrollkommission, höchste Überwachungs- und Leitungsinstitution der sowjetischen Besatzungsmacht über die Führung der DDR.
- 179 Vgl. Schlotterbeck, Hoffnung, S. 133–135; außerdem 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Öffentliche Verhandlung, 28.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 116–119; Staatsanwaltschaft Rostock an den Generalstaatsanwalt der DDR, Betr.: Briefe von Anna Schlotterbeck an H. Benjamin und den Hohen Kommissar der UdSSR, 27.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 19, Bl. 12; Die Briefe sind nicht in der Untersuchungsakte des MfS überliefert.
- 180 Staatsanwaltschaft Rostock an den Generalstaatsanwalt der DDR, Briefe von Anna Schlotterbeck an H. Benjamin und den Hohen Kommissar der UdSSR, 27.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 19, Bl. 12.
- 181 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Öffentliche Verhandlung, 28.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 116–119, hier 116.
- 182 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Öffentliche Verhandlung, 28.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 116–119, hier 117.

Für den Prozess vor dem Bezirksgericht Rostock war Anna Schlotterbeck in der MfS-Untersuchungshaftanstalt (Backsteingebäude) in der Rungestraße in Rostock untergebracht. Foto um 1970. © BArch, MfS, KD Rostock, Nr. 68, Bd. 2, Teil II, Bl. 199, Bild 7



Bezirksgericht Rostock, in dem Anna Schlotterbeck verurteilt wurde. Foto um 1980. © BArch, MfS, HA IX, ZUV, Nr.82, Bl. 264

Die Hauptverhandlung findet laut Gerichtsakten am 28. April 1954 vor dem Bezirksgericht Rostock statt.¹⁸¹ Schlotterbeck ergreift das Wort und will die Anklagepunkte entkräften. Ihre Argumentationslinie wird sie auch in allen folgenden Eingaben einhalten. Sie versucht, die Belastungszeuginnen, die vor Gericht nicht persönlich erscheinen, als unglaubwürdig zu diskreditieren und widerspricht rigoros deren Aussagen. „Ich bin von den Zeugen gefragt worden, warum ich inhaftiert sei. Ich habe ihnen geantwortet, dass ich falsch angeschuldigt sei und habe ihnen die ganze Geschichte erzählt. Auch habe ich über meinen Parteiausschluss gesprochen. Eine Boykotthetze gegen die Regierung der DDR, die Partei und gegen das SfS habe ich nicht betrieben. Ich habe nicht behauptet, dass es in der DDR nicht nach dem Gesetz geht und es kein Recht gibt. Auch habe ich nicht gesagt, dass die Regierung mit Agenten durchsetzt ist. Ich habe auch nicht gegen Mitglieder des SfS gehetzt. Die Aussagen der Zeugen sind ihre eigenen Meinungen gewesen. Ich habe nicht gehetzt!“¹⁸²

Trotz all ihrer Unschuldsbeteuerungen wird ein Urteil verhängt und das Strafmaß auf vier Jahre festgesetzt.¹⁸³ Am gleichen Tag wird Schlotterbeck in die Strafvollzugsanstalt Bützow-Dreibergen verlegt.¹⁸⁴ Gegen das Urteil legt Schlotterbeck postwendend Berufung ein, die auf den 29. April datiert ist.¹⁸⁵ In ihrem Antrag geht sie in erster Linie auf Prozessmängel ein und zweifelt die Rechtmäßigkeit des Urteils an. Laut Haftbefehl habe man ihr feindliches Handeln im Auftrag imperialistischer Geheimdienste vorgeworfen. Auch in der Anklageschrift sei von Noel Field die Rede und Schlotterbecks angeblichen Versuchen, ihre eigenen Verstrickungen verschwiegen und verschleiert zu haben. Zudem habe sie seit 1951 durch Boykott- und Kriegshetze friedensgefährdend gewirkt und Partei- und Staatsfunktionäre verleumdet.¹⁸⁶ In der Begründung des Urteils ist davon tatsächlich keine Rede mehr. Auch taucht der Name Noel Field nicht auf. Schlotterbeck wird dagegen für Vergehen verurteilt, die in ihrer Untersuchungshaftzeit in Hohenschönhausen vorgefallen sein sollen. Bezeugen können dies nur zwei Mitinhaftierte, die aber nicht vor Gericht erscheinen und deren Aussagen nur schriftlich vorliegen. Ihre Glaubwürdigkeit wird damit begründet, sie hätten in klaren Worten von den Vorfällen berichtet.¹⁸⁷

Schlotterbeck begründet ihre Berufung in insgesamt fünf Punkten. Erstens sei der zuständige Gerichtsort entweder Karl-Marx-Stadt oder Berlin (da sich die ihr zur Last gelegten Vorfälle während ihrer Untersuchungshaftzeit zugetragen haben und das Stadtbezirksgericht Mitte auch den Haftbefehl ausgestellt hat), nicht aber Rostock. Weiterhin argumentiert sie, ebendieser Haftbefehl sei nicht verlängert worden, sodass eine neue Anzeige hätte erfolgen müssen: „Merkwürdig erscheint mir, dass offenbar eine solche ohne mein Wissen beim Bezirksgericht Rostock eingereicht wurde.“ Außerdem habe Schlotterbeck – entgegen der ausdrücklichen Forderung des Justizministeriums und Hilde Benjamin – keine Möglichkeit gehabt, die Anklageschrift selbst zu lesen. Diese sei ihr nur in Auszügen vorgelesen worden, wobei der Teil, für den sie letztendlich verurteilt wurde, weggelassen worden sei. Drittens seien die Belastungszeuginnen nicht vor Gericht erschienen. Viertens hätten die Untersuchungsbehörden den Aussagen dieser beiden laut Schlotterbeck verurteilten Straftäterinnen sehr große Bedeutung beigemessen. „In welcher Weise die eine der beiden Belastungszeugen [es] mit der Ehrlichkeit hält, beweist schon, dass sie sich ihren Mithäftlingen unter einem falschen Namen vorstellte und ich ihren wirklichen Namen erst bei der gestrigen Gerichtsverhandlung erfuhr.“¹⁸⁸ Fünftens seien die Aussagen der Zeuginnen deren Worte gewesen, denen Schlotterbeck rigoros widersprochen habe. Im letzten Teil des Antrages äußert Schlotterbeck grundsätzliche Zweifel:

Sie sei aufgrund eines Briefes vom Dezember 1952 verhaftet worden, habe aber dazu noch nie schriftlich Stellung nehmen dürfen.

Schlotterbecks Ausführungen zeugen von ihrer grundlegenden Kenntnis der Rechte Angeklagter, die sie auch schlüssig und ohne große Vorbereitung argumentativ darlegen kann. Allerdings liegt sie mit ihren Annahmen nicht immer richtig. In Bezug auf den Gerichtsort bezieht sich Schlotterbeck auf die Strafprozessordnung der DDR von 1952. Der zweite Abschnitt des zweiten Kapitels regelt die örtliche Zuständigkeit der Gerichte.¹⁸⁹ Wie Schlotterbeck offensichtlich weiß, bestimmt sich die Zuständigkeit unter anderem aus dem Tatort oder dem Wohn- oder Aufenthaltsort der angeklagten Person. Weiter wird aber im Gesetz spezifiziert: „Örtlich zuständig ist auch das Gericht, in dessen Bereich der

Beschuldigte auf Anordnung eines staatlichen Organs untergebracht ist.“ Schlotterbeck wird im Vorfeld des Prozesses in die UHA des MfS in Rostock verlegt und befindet sich damit im Zuständigkeitsbereich des Bezirksgerichts Rostock.¹⁹⁰ Diese Praxis war bei Untersuchungsverfahren der Staatssicherheit gängig und im Fall von Schlotterbecks Anklage auch notwendig: 1953 gehörte Ostberlin offiziell nicht zum Staatsgebiet der DDR. Hier galt das Viermächtestatut. Die Verfassung der DDR, nach der Anna Schlotterbeck angeklagt worden war, hatte dagegen keine Gültigkeit.¹⁹¹ Insgesamt illustriert der Antrag Schlotterbecks festen Glauben an das Rechtssystem der DDR. Sie ist überzeugt, mit juristischen Mitteln Gerechtigkeit erstreiten zu können.

Das Oberste Gericht der DDR bestätigt am 14. August 1954 Schlotterbecks Berufungsantrag und verweist das Verfahren zurück nach Rostock. In der Begründung schließt sich das höchste Gericht der DDR in Teilen Schlotterbecks Argumenten an. Im Wesentlichen stimmt es ihr zu, dass sie zu den Vorwürfen der Zeuginnen hätte vernommen werden, die beiden vor Gericht hätten erscheinen müssen und auch deren Glaubwürdigkeit eingehend hätte geprüft

- 183 Vgl. 1. Strafsenat Bezirksgericht Rostock, Urteil Anna Schlotterbeck, 28.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 120.
- 184 Vgl. Leiter der Strafvollzugsanstalt Bützow-Dreibergen (Oberrat Ackermann) an BDVP Abt. SV Rostock, Aufnahmemitteilung Anna Schlotterbeck, 4.5.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 142.
- 185 Vgl. Anna Schlotterbeck, Berufung vor dem 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, 29.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 125–126.
- 186 Vgl. Staatsanwaltschaft Rostock, Anklage Anna Schlotterbeck, 31.3.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 103–107, hier 105–106.
- 187 Vgl. 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Urteil und Begründung, 28.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 121–124, hier 122–124.
- 188 Anna Schlotterbeck, Berufung vor dem 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, 29.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 125–126.
- 189 Vgl. Gesetz über das Verfahren in Strafsachen in der DDR (Strafprozessordnung), 2.10.1952, Gesetzblatt der DDR 1952, Nr. 142, 11.10.1952, S. 998.
- 190 Schlotterbeck wird am 8. April 1954 nach Rostock verlegt; vgl. Hafteingangsbuch der MfS-Untersuchungshaftanstalt in Rostock, BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XIV 31, Bd. 1, Bl. 65–66.
- 191 Schlotterbeck bekommt die Abschrift der Klage am 17.4.1954 in die UHA Rostock; vgl. Zustellurkunde, 17.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 114.

werden müssen. Aufgrund der mangelhaften Ermittlung hätte kein Hauptverfahren eröffnet werden dürfen.¹⁹²

Die Nachtragsklage vom 20. August 1954 enthält nur noch den Anklagepunkt der „friedensgefährdenden Boykott- und Kriegshetze“ während der Monate Januar und Februar 1954 in der UHA Hohenschönhausen, wofür wiederum die Aussagen der beiden Belastungszeuginnen aus dem ersten Prozess angeführt werden.¹⁹³ Die Hauptverhandlung soll am 10. September 1954 stattfinden, doch da Schlotterbeck erst einen Tag davor von der Verhandlung in Kenntnis gesetzt wird, verweigert sie den Termin. Daraufhin wird die Hauptverhandlung auf den 22. September 1954 verlegt.¹⁹⁴ Wieder beteuert Schlotterbeck ihre Unschuld und versichert, die „hetzerischen“ Aussagen seien von den Zeuginnen selbst vorgebracht worden, während sie stets ihr Vertrauen zur Partei betont habe.¹⁹⁵ Das Gericht wiederum glaubt den beiden Zeuginnen: Da sich deren Aussagen deckten, bestünde kein Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit. Schlotterbeck wird nun zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.¹⁹⁶ Wiederum legt sie Berufung ein. Diese trägt sie am 28. September 1954 vor dem Kreisgericht Bützow vor. Ein weiteres Mal beweist sie Kenntnis der juristischen Abläufe und bringt ihr Unverständnis über ein unkorrektes Verfahren zum Ausdruck. So habe man sie in der Nachtragsklage unter dem Vermerk „wird weiter angeklagt“ der gleichen Verbrechen unter Berufung auf dieselben Zeuginnen beschuldigt, wie in dem vom Obersten Gericht zurückgewiesenen Verfahren. Auch das wiederaufgerollte Verfahren leide unter verfahrensrechtlichen Verstößen. Zwar seien die Belastungszeuginnen diesmal vor Gericht erschienen, eine Gegenüberstellung mit Schlotterbeck habe aber nicht stattgefunden. Schlotterbeck hat im Gefängnis Bützow-Dreibergen anscheinend eine Mitgefangene kennengelernt, die mit Zeugin 2 bekannt war. Nun trägt sie detailliert die Vergehen von Zeugin 2 vor und betont deren Status als verurteilte Strafgefangene aufgrund von Spionage. Auch Zeugin 1 sei bereits rechtskräftig verurteilt. „Diesen beiden gegenüber stehen 14 Monate eingehender Untersuchungshaft, während der all meine Freunde, Genossen und Angehörige über mich angehört wurden. Außerdem eine Hausdurchsuchung, bei der alle meine Briefe und Akten von mehr als einem Jahrzehnt durchforscht wurden.“ Das Gericht habe auch die vierte Mitinhaftierte in der Gemeinschaftszelle weder befragt noch geprüft, ob sich die Zeuginnen – aufgrund fast wortgenauer Aussagen – abgesprochen hätten. Schlotterbeck selbst sei zu den Vorfällen nie befragt worden. „Wenn den Angaben der Zeuginnen Glauben geschenkt wurde, wäre es schon vom sachlichen Standpunkt notwendig gewesen, mich dazu protokollarisch zu vernehmen.“¹⁹⁷

- 192 Vgl. 1a-Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR, Aufhebung des Urteils mit Begründung, 10.8.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 132–135.
- 193 Vgl. Staatsanwaltschaft Rostock, Nachtragsklage an den 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, 20.8.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 144–145.
- 194 Vgl. 1. Strafsenat Bezirksgericht Rostock, Öffentliche Sitzung, 10.9.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 151–152.
- 195 Vgl. 1. Strafsenat des Bezirksgericht Rostock, Öffentliche Verhandlung Anna Schlotterbeck, 22.9.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 158–162; Zitat Bl. 159.
- 196 Vgl. 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Urteil und Begründung, 22.9.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 163–167.
- 197 Anna Schlotterbeck, Berufung vor dem Kreisgericht Bützow, 28.9.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 169–173, Zitate 171, 172. Zeugin 2 wurde in der Sitzung der 1. Großen Strafkammer des Landgerichts Greifswald am 5.3.1952 verurteilt, das Urteil trat zum 13.3.1952 in Kraft. Vgl. 1. Große Strafkammer des Landgerichts Greifswald, Verhandlung [...] 5.3.1952, BArch, MfS, AU 31/52, Bd. 3, Bl. 53–58; 1. Große Strafkammer des Landgerichts Greifswald, Urteil und Begründung, 13.3.1952, BArch, MfS, AU 31/52, Bd. 3, Bl. 59–65. Der Autorin liegen keine Dokumente über die Verurteilung der Zeugin 1 vor. Sie wurde am 30.12.1953 verhaftet und am 6.1.1954 aus der UHA II Magdalenenstraße in die UHA I Hohenschönhausen überführt. Zum Zeitpunkt des Zusammentreffens mit Schlotterbeck war sie vermutlich noch nicht verurteilt. Vgl. Überführungsanweisung, BArch, MfS, Abt. XIV 10131 Bl. 8.
- 198 Zur durchgängigen Praxis des MfS bei der Bespitzelung von Untersuchungsgefangenen durch ZI vgl. u. a. Jenny Schekahn, Tobias Wunschik: Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Ermittlungsverfahren, Zelleninformatoren und Haftbedingungen in der Ära Honecker. Berlin, 2012.
- 199 Anna Schlotterbeck, Berufung vor dem Kreisgericht Bützow, 28.9.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 169–173, hier 173.

In diesem zweiten Berufungsantrag deckt Schlotterbeck schonungslos die Untersuchungspraktiken des MfS auf. Indem sie die Verwendung bereits verurteilter Strafgefangener als sogenannte Zelleninformant:innen (ZI) durch das MfS offensiv vor Gericht benennt, verlässt die geheimpolizeilich Praxis die Gefängnismauern.¹⁹⁸ Mit ihren Worten entlarvt Schlotterbeck die gesamte Untersuchung als fingiert und damit den Prozess als Farce. Trotzdem scheint sie von der Integrität des Obersten Gerichts überzeugt zu sein. Da sich das Oberste Gericht durch die Aufhebung des ersten Urteils scheinbar auf ihre Seite gestellt hatte, sieht sie möglicherweise in diesem nun einen Verbündeten. Dies wiederum erklärt die abschließenden Worte in Schlotterbecks Berufungsantrag: Da sie bereits 20 Monate der dreijährigen Haftstrafe abgesessen habe, sei es von „meinem persönlichen Standpunkt aus [...] mit weniger Aufregung verbunden, die Reststrafe von 1 Jahr und 4 Monaten – auch wenn ich kein Boykott- und Kriegshetzer bin – abzusetzen, als erneut alle Unannehmlichkeiten einer U.-Haft auf mich zu nehmen. Mein Parteigewissen jedoch sagt mir, dass dies notwendig ist, dem Obersten Gericht die geschilderten Vorkommnisse mitzuteilen, denn auch die demokratische Gesetzlichkeit vollzieht sich nicht im Selbstlauf.“¹⁹⁹ Schlotterbecks letzter Satz drückt ihre Hoffnung aus, das Oberste Gericht der DDR möge weiter ihr Verbündeter sein, der mit ihr gemeinsam gegen ein ungerechtes Verfahren und die geschehene Rechtsbeugung einsteht. Doch Schlotterbecks zweite Berufung wird als unbegründet verwiesen und sie muss die Reststrafe verbüßen.

„Und doch bleibt mir nichts, als [...] auf die Gerechtigkeit zu bauen, die eines Tages die Partei herstellen wird“ – Die Partei, das System und die Sowjetunion

Anna Schlotterbecks tiefe kommunistische Überzeugung und ihr Glaube an den sozialistischen Staat und an die Partei, vor allem an Stalin und die Sowjetunion kommen in ihren Briefen zum Ausdruck.²⁰⁰ Zwar sieht sie sich mehr und mehr von Gegner:innen umgeben, doch betrachtet sie diese als Eindringlinge und ihre Situation als fortgesetzten Kampf gegen jene „Parteifeind:innen“, den sie schon vor ihrer Verhaftung zu führen meinte. Auch Monate nach ihrer Verhaftung scheint Schlotterbeck eher an eine feindliche Durchsetzung der Partei glauben zu wollen als daran, diese habe sich gegen sie gewandt.

Vom Sinn der stalinistischen Parteisäuberungen und eines Kampfes für die Erneuerung der Partei ist sie weiterhin überzeugt und will das auch in ihrem Brief an das MfS vom 14. Juli 1953 vermitteln: „So wie wir bisher, ohne Rücksicht auf persönliche Verluste, gegen alle zweifelhaften Erscheinungen innerhalb unserer Partei gekämpft haben, so werde ich mich auch der Willkür, der wir hier als Ihre Zeugen und Mitarbeiter ausgesetzt sind, nicht beugen, selbst wenn ich dabei zugrunde gehen sollte. Das bin ich der Arbeiterklasse, meinem Volk und dem Lager des Sozialismus schuldig. Unbeugsam um die Wahrheit zu kämpfen, das hat uns Stalin gelehrt. In der Hoffnung, dass dieser Brief in die Hände eines ehrlichen Kommunisten kommt, schließe ich.“²⁰¹

Ähnliche Worte äußert sie in einem Brief, den sie Ende Juli 1953 an ihren Sohn Walter verfasst. Der Brief lässt erahnen, dass Partei und die Arbeiter:innenklasse bei ihr immer an erster Stelle gestanden hatten und alle(s) andere(n) hatte(n) zurücktreten müssen. Ihre Systemtreue scheint ungebrochen. So rät sie Walter, aufgrund des schlechten Einflusses Einzelner im Namen der Partei nicht an der Sache an sich zu zweifeln.²⁰²

Auch vor Gericht versucht Schlotterbeck, ihre tiefe Parteiverbundenheit deutlich zu machen. „Ich habe meine Handlungen aus einer Sorge zur Partei gemacht. Ich habe mich selbst bei der Staatssicherheit gemeldet. Ich hatte das

²⁰⁰ Zitat Überschrift in: Anna Schlotterbeck an das MfS Berlin, 14.4.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 9, Bl. 260–261.

²⁰¹ Anna Schlotterbeck an das MfS Karl-Marx-Stadt (Chef), 14.7.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 79.

²⁰² Vgl. Anna Schlotterbeck an ihren Sohn, 25.7.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 88–89, hier 89.

Bestreben, meiner Partei zu dienen. Wenn ich gefehlt habe, dann nehme ich die Strafe auf mich“, sind ihre letzten Worte im ersten Prozess.²⁰³ Mit dem Wunsch, zur Erneuerung der Partei beizutragen, schließt sie auch ihren zweiten Berufungsantrag.²⁰⁴

Anna Schlotterbeck ist überzeugte Stalinistin. Die Todesnachricht des sowjetischen Diktators Iosif Stalin stürzt sie in tiefe Verzweiflung, wie sie in einem Brief an ihren Sohn schildert.²⁰⁵ Auch nach seinem Tod ist ihr Stalin ein wichtiger Begleiter – in Form seiner schriftlichen Arbeiten. Sie und Friedrich lesen verschiedene Bände seiner gesammelten Werke und tauschen sich in Briefen darüber aus: „Wenn du Stalin, Band 7 nicht mehr brauchst, schicke ihn mir. Ich brauche ihn zur geistigen Stärkung. Die historischen und klassischen Romane sind zwar recht lehrreich, aber lieber lese ich etwas, was auf die Gegenwart Bezug nimmt und mich in meinem Glauben und meiner Zuversicht stärkt.“²⁰⁶

Auch nach dem Tod des Diktators bleibt ihr Glaube an eine integre und unterstützende Sowjetunion ungebrochen. Auf Hinweise, die das Ausmaß des stalinistischen Terrors erahnen lassen, reagiert sie nüchtern. Nach Bekanntwerden der Kampagne um eine angebliche jüdische „Ärzt:innenverschwörung“ äußert sie sich gegenüber Friedrich schier gleichgültig: „Hast du auch gelesen, dass die sowjetischen Ärzte zu Unrecht angeklagt waren? Die mögen in den 4 Monaten auch etwas durchgemacht haben. Aber ganz groß ist die Erklärung der Sowjetregierung, die sie in aller Öffentlichkeit wieder rehabilitiert.“²⁰⁷ Diese Worte verstören aus heutiger Sicht auf das Ausmaß des sowjetischen Staatsterrors: Aufgrund der antisemitisch motivierten Kampagne waren zahlreiche Ärzt:innen

verhaftet, verurteilt und teils hingerichtet worden. Hunderte sowjetische Jüdinnen:Juden waren entlassen und in Lager deportiert worden. Das sowjetische Innenministerium präsentierte im Nachhinein als Schuldige für die Kampagne Mitarbeiter des (zu diesem Zeitpunkt bereits aufgelösten) sowjetischen Ministeriums für Staatssicherheit. Sie hätten die Ermittlungen „durch Anwendung unzulässiger und von den sowjetischen Gesetzen auf das strengste verbotener Methoden der Untersuchung“ geführt und müssten sich nun strafrechtlich verantworten. Das *ND* nennt als Schuldigen nicht den bereits versetzten und am 6. April 1953 abgesetzten ehemaligen Chef des Ministeriums,

²⁰³ Vgl. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Öffentliche Verhandlung, 28.4.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 116–119, Zitat 118.

²⁰⁴ Vgl. Anna Schlotterbeck, Berufung vor dem Kreisgericht Bützow, 28.9.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 169–173.

²⁰⁵ Vgl. Anna Schlotterbeck an Walter Leibbrand, 8.3.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 9, Bl. 237–239.

²⁰⁶ Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 13.4.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 94.

²⁰⁷ Ebd.; Schlotterbeck las vermutlich in der Sonntagsausgabe des *N.D.* von den „Enthüllungen“ um die Ärzt:innenverschwörung; vgl. „Mitteilung des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der UdSSR“, *ND*, 5.4.1953, S. 2.

Semën Denisovič Ignat'ev.²⁰⁸ Und Schlotterbeck glaubt allem Anschein nach auch hier an das Versagen Einzelner, nicht an ein systemisches Problem. Ebenso sieht sie den Volksaufstand am 17. Juni 1953 als ein Werk von Staatsfeind:innen. Als sowjetischen Beistand empfindet sie demgegenüber die Niederschlagung des Aufstandes. In einem Brief an Friedrich kommentiert sie die Ereignisse: „Eines hat mich beruhigt und gestützt: Wir sind uns nicht selbst überlassen. Die hilfreiche Hand der sowjetischen Freunde hat sich diesmal in Form einer Faust gezeigt, die allem Spuk ein rasches Ende macht. Und zu dieser Faust gehört auch ein Kopf und ein wachsamer Geist, der uns ebenso wenig verlassen wird.“²⁰⁹

Schlotterbeck sieht in der Sowjetunion auch in persönlicher Hinsicht den rettenden Anker. Sie ist voller Hoffnung, ein sowjetischer Vernehmer werde ihr Schicksal positiv beeinflussen und ihrer ungerechtfertigten Inhaftierung ein Ende bereiten. Deshalb fordert sie wiederholt: „Man hat mir in Raschau versprochen, mich einem sowjetischen Mitarbeiter vorzustellen. Das ist nicht geschehen. Im Gegenteil, man hat es in Chemnitz wieder abgelehnt“, schreibt sie am 14. April 1953 an das MfS in Berlin.²¹⁰ An dieser Stelle wird nochmals deutlich, dass Schlotterbeck keine Kenntnis über die Anleitung ihres Vernehmers Zuschke und seiner gesamten Dienststelle bei der Wismut AG durch den sowjetischen Geheimdienst hat.

In ihrer Haftbiografie inszeniert sich Schlotterbeck ebenso als system- und parteitreu und berichtet von den Hoffnungen, die sie in die Sowjetunion setzt. So schildert sie in ihren Erinnerungen ihre Versuche, einem sowjetischen Vernehmer vorgestellt zu werden. Wüssten erst „die Freunde“ Bescheid – so sei ihre felsenfeste Überzeugung gewesen – würden alle Missverständnisse ausgeräumt, alles Unrecht beendet werden. „Briefe an irgendwelche Instanzen waren zwecklos. Sie würden nie ankommen. So beschäftigte ich mich zum ersten Mal mit Fluchtgedanken. Es gab nur eine mögliche Stelle: die sowjetischen Freunde! Irgendwo in dieser Stadt gab es eine sowjetische Verwaltung der Wismut-AG. Dort würde ich Hilfe finden.“²¹¹ Auch in Hohenschönhausen habe der Gedanke an die Sowjetunion ihr Mut gemacht, der Anblick von Flugzeugen am Himmel auf ihrem Weg gegen Osten habe sie gestärkt: „Also gab es noch eine Hoffnung, einen Hort der Gerechtigkeit außerhalb unseres Landes. Ich musste nur erreichen, sowjetische Vernehmer zu bekommen, dann würde sich alles zum Guten wenden.“²¹² Ebenso berichtet Schlotterbeck von ihrer stalinistischen Überzeugung und beschreibt den Schmerz, den sie beim Lesen von Stalins Todesanzeige im *Neuen Deutschland* gefühlt habe: „Dann erschien sein Porträt ganzseitig mit schwarzem Trauerband. Stalin war tot. Ich saß, über das Papier gebeugt, in völlige Hoffnungslosigkeit gestürzt. Alles war zu Ende. Die Welt in Finsternis gehüllt. Das Licht

208 Zur „Ärzteverschwörung“ vgl. Matthias Vetter: Verschwörung der Kremlärzte. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen. Berlin/New York 2011, S. 416–418; Jonathan Brent; Vladimir Naumov: Stalin's Last Crime: The Plot Against the Jewish Doctors, 1948–1953, New York 2003.

209 Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 28.6.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 71–72, hier 71.

210 Vgl. Anna Schlotterbeck an das MfS Berlin, 14.4.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 95–96.

211 Schlotterbeck, Hoffnung, S. 53.

212 Ebd., S. 92.

213 Ebd., S. 31.

214 Ebd., S. 50; Lavrentij Pavlovič Berija (1899–1953), kommunistischer Politiker der KPdSU, 1938–1953 Chef der sowjetischen Geheimdienste, Schlüsselfigur bei den stalinistischen Säuberungen, Entmachtung und Hinrichtung nach Stalins Tod, vgl. seinen Eintrag in: Encyclopedia Britannica, URL: www.britannica.com [24.01.2024]; Wilhelm Zaisser (1893–1958), KPD-/SED-Funktionär, Arbeit für den militärpolitischen Apparat der KPD sowie den sowjetische Militärnachrichtendienst GRU, 1932 Eintritt in die KPdSU, später sowjetische Staatsbürgerschaft, 1947 Rückkehr in die SBZ, Mitglied der Volkskammer, 1950–1953 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 1951 erster (Staats-) Minister für Staatssicherheit, 1953 Absetzung nach Volksaufstand, 1954 Ausschluss aus der SED, vgl. Biographische Datenbanken, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/wilhelm-zaisser> [24.01.2024].

215 Schlotterbeck, Hoffnung, S. 38.

der Gerechtigkeit und Weisheit erloschen. Es gab keinen Nachfolger. Ich küsste das schnaubbärtige vertraute Gesicht aus Druckerschwärze, auf das meine Tränen fielen.“²¹³

Schlotterbeck bricht zum Ende der Haftbiografie nicht mit ihrer Stalintreue. Anders verhält es sich mit anderen Politikern, deren Absetzung sie mit einer gewissen Genugtuung kommentiert: „Eines Morgens klopfte mein Wachmann an die Tür: ‚Frauchen! Frauchen! Wachen Sie auf! Berija ist verhaftet! Eben hat es das Radio gemeldet‘ Ich sprang aus dem Bett und lief hinaus. Der hübsche blonde Junge war außer sich vor Freude. Heute, sagte er, werde er in der Kantine das Foto dieses Schurken von der Wand reißen. Kurze Zeit später wurde auch der Staatssicherheitsminister der DDR, Zaisser, abgesetzt, was mein Wachmann so kommentierte: ‚Heute habe ich in der Kantine wieder einen abgehängt.‘“²¹⁴ Schlotterbeck vermittelt auch in ihren Haft-erinnerungen den Eindruck, an das Versagen Einzelner, nicht aber an ein systemisches Problem zu glauben. Diese Systemtreue wird deutlich, wenn sie sich an den Volksaufstand in der DDR im Juni 1953 erinnert. Aus dem Radio habe sie von Ausnahmeständen in Berlin gehört und dann durch einen Wachmann erfahren, in Karl-Marx-Stadt fahre aufgrund des Aufstandes die Straßenbahn nicht mehr. Schlotterbeck habe daraufhin nicht an Flucht oder an eine bevorstehende Befreiung gedacht, sondern – im Gegenteil – diese Informationen als alarmierend

empfunden: „Ich dachte an Konterrevolution und wäre bereit gewesen, zusammen mit ein paar Wachmännern das Haus Parkstraße 58 zu verteidigen.“²¹⁵

Diesem Muster folgend, verortet Schlotterbeck das Wachpersonal und die Vernehmer nicht als Teil des Systems, sondern betrachtet sie als Einzelpersonen, die ihr entweder freundlich gesinnt sind oder persönlich Unrecht tun. Schlotterbeck konstruiert so eine Situation, in der sie selbst, aber auch die Partei und

die DDR von außenstehenden Feind:innen angegriffen werden. Besonders in ihrer Hafterinnerung will sie ihren standfesten Glauben vermitteln und berichtet, sie habe an eine feindliche Durchsetzung des MfS geglaubt: „Also mussten sich bis in den Apparat der Staatssicherheit hinein Böswillige eingeschlichen haben, um auf diese Weise Misstrauen und Unsicherheit in unsern Reihen zu säen. Wer konnte wem noch trauen, wenn man alten Kommunisten, die durch Konzentrationslager und Emigration gegangen waren, Verbrechen unterschob, die sie nie begangen hatten. Ein raffinierter Trick, das Gebäude des Sozialismus von innen heraus zu zerstören.“²¹⁶

An anderer Stelle beschreibt sie ihre Vernehmer als ebenjene Feinde: „Das waren keine Genossen. Das waren antisowjetische Schädlinge! Endlich hatte ich Klarheit. Die Frage war nur: Wie weit waren sie schon eingedrungen in den Parteiapparat? Oder beherrschten sie ihn schon?“²¹⁷ Mit der Zuschreibung individueller Verantwortlichkeit umgeht Schlotterbeck, sich in ihrer Hafterinnerung mit der Partei und dem System an sich sowie ihrer tiefen Gläubigkeit, die zweifelsohne einen großen Teil ihrer eigenen Identität ausmachen, auseinandersetzen zu müssen.

„Um jeden Einzelnen von meiner Familie (Cato nicht ausgenommen) mache ich mir Gedanken und oft auch Sorgen“ – Ihre Familie und ihre Rolle darin

Anna Schlotterbecks Kernfamilie besteht zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung neben ihrem Ehemann Friedrich aus Wilfriede, der gemeinsamen Pflegetochter, und Walter, ihrem bereits erwachsenen Sohn aus erster Ehe, der in Dresden lebt, sowie dem Hund Cato.²¹⁸ In den Briefen aus der Untersuchungshaft in Karl-Marx-Stadt wird Schlotterbecks Rolle als Ehefrau und Mutter sowie ihre Sicht auf diese Rolle und auf ihre Familie deutlich.

Zwei Inhalte tauchen immer wieder auf: zum einen Schlotterbecks oft geäußerte Sorge um ihre Familienmitglieder und zum zweiten ihre Rolle als Organisatorin, die sich auch aus der aufgezwungenen Separierung und der Ungewissheit heraus um Friedrich kümmert. Die in den Akten überlieferten Briefe lassen vermuten, dass in erster Linie Anna Schlotterbeck mit den Vernehmern und dem MfS kommuniziert. Von Friedrich sind weitaus weniger Briefe überliefert, die meisten davon sind an seine Frau gerichtet. Anna Schlotterbeck scheint beider Leben in der Haft zu organisieren: Sie schickt Geld und Bücher, organisiert Wäsche aus der Raschauer Wohnung, gibt Gesundheitstipps (in die Sonne gehen), fragt den magenkranken Friedrich nach seiner Diät oder auch danach, ob er schon einmal gebadet oder sich die Haare geschnitten habe. „Ich mache mir große Sorgen um Dich, wie überhaupt um unsere Familie“, schreibt Schlotterbeck am 25. April 1953, gut zwei Monate nach ihrer Verhaftung.²¹⁹ Ihre Briefe an ihn sind teils in einem mütterlich anmutenden Ton formuliert: „Es würde mich nicht wundern, wenn Du in den 4 Monaten nicht einmal an die frische Luft gekommen wärst. Es müsste mich auch nicht wundern, wenn Du die ganzen Monate in einem Zimmer ohne Sonnenstrahl sitzen müsstest [...]. Es würde mich auch nicht wundern, wenn Du in 4 Monaten noch nicht gebadet hättest. Dass du unter solchen Umständen Rheuma be-

kommst, ist klar, wenn 2 Jahre Untertagearbeit und dann monatelang keine Sonne, kann kein anderes Resultat haben. Damit hängen auch die Zahnschmerzen zusammen, besonders da Deine Zähne in den 10 Jahren KZ sowieso sehr gelitten haben. Auch deine Magenschmerzen werden

216 Ebd., S. 81.
217 Ebd., S. 88–89.

218 Zitat Überschrift in: Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 3.6.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 53.
219 Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 25.4.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 108.



Anna Schlotterbeck und Hund Cato, ohne Datum. ©Privatarchiv



Anna Schlotterbeck und ihr Sohn Walter Leibbrand in Dresden, ohne Datum. ©Privatarchiv Wilfriede Hess

unter solchen unwürdigen Bedingungen immer schlimmer,“ schreibt sie am 10 Juni 1953.²²⁰ Friedrich antwortet nur sporadisch – was auch daran liegen kann, dass er ihre Briefe aus Gründen der Zensur gar nicht erhält. Auch auf den oben genannten Brief erhält Schlotterbeck keine Antwort, was ihre Sorge zu steigern scheint. Sie schreibt einen weiteren, in dem sie Friedrich kurze, durchnummerierte Fragen zu seinem Befinden und seinen Bedürfnissen stellt: „Du wirst verstehen, dass ich einigermaßen beunruhigt bin und Dir deshalb folgende Fragen stelle, die ich Dich bitte, ebenfalls sofort zu beantworten.“²²¹

Ihre Sorge um ihren Ehemann artikuliert Schlotterbeck nicht nur im Austausch mit ihm. Sie wendet sich auch zwecks seiner Belange an das MfS in Berlin und zitiert dabei aus einem Brief Friedrichs an sie: „Mein Mann wird hier nicht als Zeuge und Mitarbeiter, sondern als ein mehr wie rechtloser Häftling behandelt, was bereits zu einer schweren gesundheitlichen Schädigung geführt hat. Das

- 220 Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 10.6.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 59–60, hier 59.
- 221 Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 17.6.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 66.
- 222 Anna Schlotterbeck an das MfS Berlin, 12.6.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 63–65, hier 63.
- 223 Ebd., Bl. 64.
- 224 Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 29.4.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 116; Friedrichs Gesundheitszustand verschlechtert sich drastisch in der Untersuchungshaft; am 26.7.1953 wird er aufgrund eines perforierten Magengeschwürs ins Krankenhaus Küchwald eingeliefert; bis zum 11.9.1953 liegt er auf der Chirurgischen Station; vgl. Stationsarzt der Chirurgischen Klinik, Krankenhaus Küchwald, Ärztliche Bescheinigung, 11.9.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 11, Bl. 40–41, hier 40.
- 225 Friedrich Schlotterbeck an Anna Schlotterbeck, 1.5.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 117.
- 226 Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 10.5.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 127.
- 227 Vgl. Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 10.4.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 38; Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 7.4.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 9, Bl. 254–256.

Schlimmste dabei ist, dass man seiner wochenlangen Reklamation und Bitten um Medikament und zahnärztliche Behandlung überhörte, so dass sich mein Mann schließlich veranlasst sah, ‚gegen diese administrativen Gebräuche‘ den Kampf aufzunehmen ‚und zwar mit jedem Mittel, das jedem Gefangenen zur Verfügung steht‘ – d.h. in den Hungerstreik zu treten.“²²² In ihrem Schreiben wird Schlotterbecks Verantwortung für Friedrich deutlich, indem sie sich entweder statt seiner oder zusätzlich zu ihm über seine Behandlung beschwert: „Nach all dem bezweifle ich, ob mein Mann in diesen 4 Monaten jemals an die frische Luft kam, [...] ob er wenigstens ein Zimmer mit Sonne hatte und ob er [...] schon einmal ein Bad nehmen konnte.“ Gegenüber dem MfS hebt sie ihre Fürsorgerolle hervor: „Mein Mann hat sich bereits im KZ ein Magenleiden zugezogen. Trotzdem konnte er, Dank meiner Pflege und Fürsorge, die schwere Untertagearbeit bewältigen, diese konnte seiner Gesundheit weniger anhaben als der Aufenthalt hier.“²²³

Ihre Sorge um Friedrichs Gesundheitszustand bezieht sich nicht nur auf seine Person und auf die direkte Haftzeit. Sie blickt auch in

die Zukunft und fürchtet um seine Rolle als Familienernährer: „Hoffentlich kommst Du körperlich nicht wieder recht herunter, denn Deine körperliche Arbeitskraft ist das Einzige, was wir vorläufig noch haben“, schreibt sie am 29. April 1953.²²⁴ Friedrich teilt ihre Befürchtung offensichtlich nicht: Die persönliche Zukunft der beiden sei sekundär gegenüber dem „Kampf um Frieden, gegen imp[erialistischen] Krieg, für Demokratie und Sozialismus, gegen den Klassenfeind“, an dem beide teilnähmen.²²⁵ Schlotterbeck beruhigt das nicht. „Was dann wird, wenn Du nicht mehr körperlich arbeiten kannst, darum kümmert sich dann niemand.“²²⁶

Während Friedrich in ihrer Raschauer Zeit das Geld für den Lebensunterhalt der Familie verdient hat, scheint Schlotterbeck es sowohl vor als auch während der Haftzeit zu verwalten. Sie teilt es ein, kauft Bücher und Zeitungen, fragt Friedrich nach seinen Wünschen oder lässt ihm kleinere Summen zukommen, etwa für den Kauf von Zeitungen.²²⁷ Als Friedrich einige Monate nach ihrer Verhaftung

die Rechnungen eines Installateurs und des lokalen Boxerklubs erhält, reicht er sie postwendend an seine Frau weiter mit der Aufforderung: „Erledige auch das, bitte.“²²⁸

Schlotterbeck kümmert sich aus der Haft ebenso um die finanzielle Versorgung der Tochter und verhandelt darüber mit dem MfS.²²⁹ Zu Wilfriede, die sich nach der Festnahme ihrer Eltern in einem Kinderheim befindet, halten beide Schlotterbecks schriftlichen Kontakt. Die Korrespondenz über das Kind mit dem MfS, etwa Besuche oder die Zustellung von Briefen betreffend, sind in erster Linie von Schlotterbeck und nur im Ausnahmefall von Friedrich überliefert.²³⁰ Der Kontakt Schlotterbecks zu Walter gestaltet sich dagegen schwieriger. Sie darf ihm nicht mitteilen, dass sie sich in Gewahrsam des MfS in Karl-Marx-Stadt befindet. „Ich bin schon deshalb sehr einverstanden, um meine Angehörigen nicht zu beunruhigen“, teilt sie am 24. Mai vermutlich Zuschke mit. Allerdings habe sie Briefe des Sohnes nicht erhalten, folglich auch nicht antworten können und dieser vermute nun, etwas sei vorgefallen. „Diese ganze Sache beunruhigt mich sehr.“²³¹

Ende Juli 1953 schreibt Schlotterbeck einen Geburtstagsbrief an Walter und sinniert darin über ihre Mutterrolle. Aufgrund ihrer Parteiarbeit habe sie ihrer Familie nie viel Aufmerksamkeit schenken können, die Partei habe stets an erster Stelle gestanden. Auch materiellen Wohlstand habe sie ihren Kindern nicht bieten können, dafür aber die Liebe zur Sowjetunion und zum Kampf für die Arbeiter:innenklasse.²³² Der Brief erweckt den Eindruck, als habe sich die Fürsorge der Eltern zuallererst in der Erziehung zur Parteitreu manifestiert. Schlotterbecks Briefe an Wilfriede im Kinderheim sind in einem kindgerechten Ton verfasst. Sie schreibt an „Liebes Schätzle“ und unterzeichnet mit „deine Mutti“. Der Inhalt ist dennoch vorwiegend recht nüchtern, es geht um Kleidung für das Kind, dessen Schulzeugnis oder auch Schlotterbecks Freude über die Umbenennung der Stadt Chemnitz in Karl-Marx-Stadt.²³³

- 228 Friedrich Schlotterbeck an Anna Schlotterbeck, 21.5.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 135. Beim Boxerclub handelt es sich um ein Hunderassezuchtverein.
- 229 Vgl. Anna Schlotterbeck an Friedrich Schlotterbeck, 25.5.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 45–47, hier Bl. 45.
- 230 Vgl. Friedrich Schlotterbeck, vermutlich an Ernst Zuschke, 1.9.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 3, Bl. 181. Friedrich fordert am 1. September 1953 schriftlich, den Besuch seiner Pflegetochter zu gestatten; dies habe er bereits zweimal erbeten, ob schriftlich oder mündlich wird nicht klar.
- 231 Anna Schlotterbeck vermutlich an Ernst Zuschke, 24.5.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 40–41, hier 41.
- 232 Vgl. Anna Schlotterbeck an Walter Leibbrand, 25.7.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 88–89.
- 233 Vgl. Anna Schlotterbeck Wilfriede Hess, Juli 1953 (Abschrift MfS v. 22.7.1953), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 84; Anna Schlotterbeck an Wilfriede Hess, 9.5.1953 (Abschrift MfS) BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 126.
- 234 Schlotterbeck, Hoffnung, S. 110.
- 235 Schlotterbeck beschreibt Wilfriede in ihrem Haftbericht mit den Worten: „Sie war Junger Pionier und verstand bereits, dass man für die Partei auch Unangenehmes in Kauf nehmen müsse.“ Vgl. ebd., S. 27.
- 236 Ebd., S. 110.

In ihrer retrospektiv verfassten Haftbiografie wirft Schlotterbeck ebenfalls einen Blick auf sich als Mutter, der aber deutlich weniger nüchtern ist, als die Briefe vermuten lassen. Die Gedanken an ihre Kinder und ihre Sorge um sie seien „in den ersten Wochen und Monaten [...] heiß und bohrend gewesen“. Am Weihnachtsabend in Einzelhaft in der UHA Hohenschönhausen habe sie voll Wehmut und Trauer an ihre Kinder gedacht, und deren Leben Revue passieren lassen: „Und ich fühlte mich, wie nie zuvor, schuldig. Hatte ich sie genug geliebt?“²³⁴ In der Retrospektive bringt Schlotterbeck ihre Gedanken an ihre Kinder und das Zweifeln um ihre Mutterrolle mit dem christlich und traditionell familiär konnotierten Weihnachtsfest zusammen. In ihrer Einsamkeit dachte sie voller Zuneigung an ihre Kinder, vermisste sie schmerzhaft. Das ist nachvollziehbar und durchaus glaubhaft, steht aber dennoch in gewissem Gegensatz zu ihrer Rolle als klassenbewusste Parteigenossin, die ihren Kindern in erster Linie die kommunistische Haltung entsprechend vermitteln wollte.²³⁵

Gänzlich anders bewertet sie (wiederum retrospektiv) ihre Rolle als Ehefrau: „Alles, was ich zu geben hatte, hatte ich meinen Männern gegeben. Dem ersten, dem zweiten und jetzt Frieder. Ihnen gegenüber fühlte ich keine Schuld. Aber die Kinder waren zu kurz gekommen. Genau bedacht, stand in meinem Leben an erster Stelle das, was man so groß ‚unsere Sache‘ nennt. Ihr war alles untergeordnet. Die Männer. Aber auch meine eigenen Neigungen – der Kindheitstraum, Malerin zu werden, der Jugendtraum – Schauspieler:in. Bewusst hatte ich aus meinem Leben gedrängt, was mit diesen Wünschen zusammenhing. Durfte man an private Liebhabereien denken, solange es noch Armut, Unrecht, Faschismus und Kriege gab? Das Leben gehörte der ‚Sache‘.“²³⁶

So sehr sich Schlotterbeck in diesen Zeilen in erster Linie als Kommunistin, als eigenständige Kämpferin für „die Sache“ inszeniert, wird darin ebenso wie in der Kommunikation über und mit ihrer Familie eine traditionelle Rolle als organisierende Familienmutter deutlich. Sie leistet einen Großteil der Care Work, trägt einen Großteil des Mental Load und steht dennoch in zweiter Reihe hinter ihrem Ehemann. In ihren Hafterinnerungen fügt sie im Nachhinein die Komponente der liebenden Mutter hinzu, die sich selbst und ihre Erziehungsmethoden hinterfragt. Gründe für diese Diskrepanz zwischen den Briefen und Schlotterbecks Hafterinnerungen hinsichtlich ihrer Sicht auf sich als Frau und Mutter können in den gänzlich unterschiedlichen Situationen des Schreibens und dem zeitlichen Abstand gefunden werden, wie auch in den jeweiligen Adressat:innen.



Familienporträt mit Friedrich und Tochter Wilfriede für die Märkische Zeitung, Ende der 1950er-Jahre.
©Privatarchiv Wilfriede Hess

Die Anderen

Schlotterbeck reagiert in ihren Selbstzeugnissen auf ihre Mitmenschen, indem sie direkt an sie oder über sie schreibt. Im Folgenden werden Schlotterbecks Charakterisierungen dreier Personengruppen analysiert. Untersucht wird ihre Sicht auf die Vernehmer, das Wachpersonal in der Villa Esche sowie die Mitgefangenen in Hohenschönhausen. Darüber werden die Strategien Schlotterbecks sichtbar, sich selbst zu beschreiben. Die genutzten Quellen werden nach den Adressat:innen und dem Zeitraum der Entstehung unterschieden.

Schlotterbecks Blick auf den Vernehmer Ernst Zuschke und ihr Verhältnis zu ihm erfolgt anhand von Briefen, die Schlotterbeck an ihn geschrieben hat, oder solchen an seine angeblichen Vorgesetzten, in denen sie ihn beschreibt. Anhand ihrer Hafterinnerungen wird Schlotterbecks Charakterisierung des Vernehmers Zuschke in Karl-Marx-Stadt und des Hauptvernehmers Dähms in Hohenschönhausen nachvollzogen und darüber Schlotterbecks Positionierung gegenüber den Vernehmern erläutert.

Die Charakterisierung des Wachpersonals erfolgt anhand der Hafterinnerung. Im Vordergrund stehen die Inszenierungsmuster, die Schlotterbeck für sich selbst über das Beschreiben von Charakteren und Anekdoten entwirft.

Die zeitgenössische Charakterisierung der beiden Mitgefangenen in Hohenschönhausen, die auch als Belastungszeuginnen zu ihrer Verurteilung beitrugen, erfolgt anhand von Schlotterbecks Gerichtsakten, besonders einer ihrer Berufungsanträge, in dem sie die beiden eingehend charakterisiert. Ziel der Analyse ist es hier, Schlotterbecks Strategien herauszuarbeiten, die beiden Zeuginnen zu diskreditieren. Anhand von Schlotterbecks Beschreibungen der beiden in ihren Hafterinnerungen wird analysiert, welcher Muster sich Schlotterbeck in Abgrenzung zu anderen bedient.

Die Vernehmer

In Anna Schlotterbecks MfS-Akte finden sich Protokolle von 24 Vernehmungen zwischen Februar 1953 und Februar 1954. Für die Verhöre in Karl-Marx-Stadt ist meist Ernst Zuschke zuständig, in Hohenschönhausen führt ein Sachbearbeiter namens Dähms einen Großteil der Vernehmungen.

Zuschke, geboren 1910, ist zum Zeitpunkt der Verhaftung stellvertretender Leiter in der Verwaltung „W“ (Wismut) in Karl-Marx-Stadt.²³⁷ Da Schlotterbeck seinen Namen nicht kennt, adressiert sie ihre Briefe an „den Chef“. Diese sind stets höflich, dennoch in einem klaren, teils fordernden und tadelnden Ton formuliert, der immer wieder Zuschkes Kompetenz in Frage stellt. So klagt sie: „Trotzdem es mir geradezu peinlich ist, Sie immer an Ihre Versprechen erinnern zu müssen, bitte ich Sie nun noch einmal, mir die Briefe meines Mannes herauszugeben.“ Ein andermal: „Ich begreife nicht, dass es mit den Zeitungen so Schwierigkeiten gibt.“²³⁸ Sie richtet ihre Forderungen und Beschwerden auch an die Vorgesetzten Zuschkes, vermutet diese allerdings in der Bezirksverwaltung des MfS in Karl-Marx-Stadt. In diesen Briefen bittet sie darum, jemanden zu finden, „der wirklich zuständig ist.“²³⁹

Auch an höherer Stelle beschwert sie sich und schreibt am 14. April 1953 an das MfS in Berlin: „In meinem Schreiben vom 30.3.53 habe ich Sie darauf aufmerksam gemacht, welche Wendung, getragen von ‚Misstrauen bis Feindseligkeiten‘ die Untersuchung, zu der ich als Mitarbeiter eingeladen wurde, genommen hat. Dieser Eindruck hat sich bei mir, besonders durch die letzte Protokollaufnahme (13.4.53) verschärft u. zwar durch einige äußerst demagogische Fragestellungen (nachzulesen im Protokoll), sowie durch versteckte und laut ausgesprochene Drohungen (‚...Sie werden nicht mehr lachen‘). Dazu kommt, dass Dinge, die mir wichtig erscheinen, der Untersuchende für unwichtig hält, und somit nicht ins Protokoll aufgenommen werden. Eine Reihe Fragestellungen u. die dazu mündlich gemachten Randbemerkungen, lassen mich die Absicht erkennen, mich in den Anklagezustand zu versetzen. Einschüchtern kann man mich dadurch nicht, [...] [w]ohl aber kann man mich durch die oben geschilderte Art der Untersuchung verwirren. Dazu gehören auch die sogenannten ‚Blitzfragen‘

237 Ernst Zuschke (1910-1970) 1927 Mitglied KJVD/KPD, 1933-1936 Haft wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ Strafanstalt Breslau, 1939 Wehrmacht, 1944-1948 sowjetische Kriegsgefangenschaft, 1948 Mitglied der SED und 2. Sekretär der SED-Kreisleitung Güstrow, 1949 Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Mecklenburg, ab Februar 1950 Länderverwaltung Mecklenburg des MfS, seit 1952 stellvertretender Leiter bzw. Leiter der MfS-Verwaltung bei der Wismut, vgl. Gieseke, Wer war wer, S. 85; außerdem vgl. Peter Boeger; Elise Catrain (Hrsg.): Stasi in Sachsen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig. Berlin 2021, S. 167; MfS (Kleinjung), Beurteilung über Ernst Zuschke, 10.1.1955, BArch, MfS, KS 491/70, Bd. 1, Bl. 22-23; MfS, Personalfragebogen Ernst Zuschke, 27.6.1956, BArch, MfS, KS 491/70, Bd. 1, Bl. 62-68.

238 Anna Schlotterbeck an Ernst Zuschke, 17.4.1953 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 4, Bl. 100; Anna Schlotterbeck an Ernst Zuschke, 22.4.1953 (Abschrift MfS), ebd., Bl. 105.

239 Anna Schlotterbeck an das MfS Karl-Marx-Stadt, 24.4.1953 (Abschrift MfS), ebd., Bl. 103, 107 (nicht zusammenhängend), hier 107.

240 Anna Schlotterbeck an das MfS Berlin, 14.4.1953, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 9, Bl. 260-261.

241 Schlotterbeck, Hoffnung, S. 23, 26-27, 29, 30.

242 Vgl. ebd., S. 45. Hier handelt es sich vermutlich um die Gemeinschaftskantine des Personals in der Villa Esche. Wo sich diese befunden hat, ist nicht klar. Schlotterbeck berichtet auch an anderer Stelle von einer Kantine für die Belegschaft; vgl. ebd., S. 50.

[...]. Alle diese Dinge lassen mich an den guten Absichten zweifeln u. hindern mich, meine Gedanken in Ruhe u. Vertrauen auf die Sache zu konzentrieren. Ich ersuche daher, mir für die Verhöre einen anderen Mitarbeiter zu schicken.“²⁴⁰

Schlotterbeck hält Zuschke für inkompetent und stört sich an seiner – in ihren Augen – respektlosen Art. Aus den vielen Briefen spricht zum einen ihre langanhaltende Überzeugung, eine „Mitarbeiter[in]“ zu sein, und ihre Weigerung, die Haftsituation als solche anerkennen zu wollen. Zum anderen zeugen gerade die Beschwerdebriefe von Schlotterbecks ausgeprägtem Selbstbewusstsein in diesem Stadium der Haft. Sie glaubt nicht nur, sich über Zuschkes Kopf hinweg bei seinen Vorgesetzten bis hin nach Berlin beschweren zu können. Auch tut sie dies in dem Wissen, dass Zuschke den Brief selbst weiterleiten muss und aufgrund der Zensur zweifelsfrei von seinem Inhalt erfahren wird. Dieses Verhalten Schlotterbecks ist kennzeichnend für die ersten Monate der Haft, in denen sie selbstbewusst auftritt und der Überzeugung ist, ihre Rechte durchsetzen zu können.

In ihrer Hafterinnerung beschreibt Schlotterbeck den Vernehmer Zuschke primär negativ. Sie nennt ihn „den Dicken“, findet ihn „aufgeblasen“ und beschreibt seinen Körperbau als „groß, mit kurzem Hals und Speckfalten“. Dazu legt Schlotterbeck ihm eine sächsische Aussprache in den Mund, lässt ihn von „Gombineschen“ und „Gonschbiration“ sprechen. Damit zieht sie alles von ihm Gesagte ins Lächerliche und nimmt so Zuschke jegliche Souveränität und Macht. Schlotterbeck führt außerdem mehrere Anekdoten an, etwa, er sei während der Vernehmungen mehrmals eingeschlafen und Schlotterbeck habe sich darüber mit der anwesenden Schreibkraft amüsiert.

Schlotterbeck baut in ihrem Narrativ Zuschke als Antagonisten auf und zeichnet im Gegenzug ein positives Selbstbild. So inszeniert sie sich als erfahrene Altkommunistin, in dem sie von seinem Unverständnis über die Praktiken des kommunistischen Kampfes berichtet: Zu seiner Frage, wie sie ohne Ausweisdokumente ihrer internationalen illegalen Arbeit in der Schweiz nachgehen konnte, kommentiert sie in ihren Hafterinnerungen ihre Reaktion: „Im wahrsten Sinne des Wortes sprachlos. So eine dumme Frage konnte doch nur ein völliger Neuling stellen.“ Über ihre Antwort „Mit einem gefälschten Pass“ sei er entrüstet gewesen: „Aus seiner Stimme klang das Entsetzen des Spießbürgers.“ Als die Gelegenheit danach nie wieder zur Sprache kommt, mutmaßt Schlotterbeck: „Wahrscheinlich hatte man ihn an übergeordneter Stelle aufgeklärt.“²⁴¹ Dazu habe er ein unsoziales Verhalten an den Tag gelegt. Als es in der Kantine Kirschen gab, habe Zuschke sie korbweise aufgekauft und für die anderen nichts übriggelassen.²⁴² An anderer Stelle zeichnet sich Schlotterbeck in der Konfrontation

mit Zuschke überlegen: Sie antwortet „gelassen“, während Zuschke ärgerlich reagiert. Sie lässt ihn wie einen Vorgesetzten ohne jegliche Autorität wirken, der von seinen Untergebenen weder gemocht noch respektiert wird. Der Großteil des Wachpersonals habe ihn nicht leiden können und sich eher mit Schlotterbeck verbündet als mit ihm. Jenen, die sich gut mit Zuschke verstehen (zum Beispiel der Hausmeister), schreibt sie ebenfalls einen negativen Charakter zu.²⁴³

In der UHA Hohenschönhausen bekommt Schlotterbeck einen anderen Vernehmer mit Namen Dähms.²⁴⁴ Seine Erscheinung beschreibt sie als Gegenpart zu Zuschke. Er ist jung, groß, kräftig und sportlich, habe „frisch, energisch und offen“ gewirkt. Aber auch er wird in Schlotterbecks Erinnerungsbericht schnell zum Antagonisten. Vor allem verstünde er die Ideale des Kommunismus nicht. So berichtet sie, er habe ihren Umzug aus der Schweiz ins zerstörte Nachkriegs-Dresden als Beweis für westliche Spionagetätigkeit gesehen: „Ich war von seiner Logik erschlagen wie er von der meinen. Mein Gott! Wo kam er nur her, dieser Idiot? Was wusste er von Kommunisten? Er argumentierte wie alle die Spießbürger, die ich inzwischen kennengelernt hatte und die es einfach nicht fassen konnten, dass jemand in dieses ausgehungerte, zerstörte Land zurückkehrte. Sich hier verständlich zu machen, war unmöglich. Er kam aus der Welt der Kleinbürger und lebte noch in ihr.“ In ihren Erinnerungen zeichnet sie sich auch diesem MfS-Mann überlegen. Sie streitet mit ihm um Formulierungen, korrigiert die von ihm verfassten Vernehmungsprotokolle und beschreibt den jungen Mann als aufbrausend und jähzornig. Sie selbst sei dagegen immun gewesen gegen seine Gefühlsausbrüche und Versuche, sie zu verunsichern „Maßlos enttäuscht, dass sein Trick nicht verfangen hatte, starrte er mich eine Weile an. Dann konnte ich sehen, wie die Wut in ihm hochstieg, Hass in seine Augen trat. Kein einstudiertes Manöver. Ganz persönlicher Hass. ‚Wissen Sie, was Sie sind – Sie sind ein abgetakeltes Weib mit einem Vogelgehirn!‘ – ‚Danke!‘ sagte ich leise, vielleicht mit ein wenig Spott, denn diese Charakteristik traf mich nicht.“²⁴⁵

Durch die Beschreibung derer, die über ihre Haftsituation, über Erleichterung und Verschärfung, bestimmten, zeichnet Schlotterbeck retrospektiv das Selbstbild einer selbstbewussten, in ihrer Ideologie fest verhafteten Kommunistin, die sich weder von jüngeren noch älteren männlichen „Karrieristen“ einschüchtern lässt. Sie sieht sich selbst im Recht und geht stets als moralische Siegerin aus den Vernehmungen hervor. Dieses Bild unterstreicht sie durch die Charakterisierungen der Vorgesetzten Dähms‘: Sei es das „Berija-Äffchen“: „Zynischer Mund. Ungesunde Blässe. Typ jenes Funktionärs, der unter dem Kennwort ‚Intelligenzbestie‘ in den Sprachgebrauch eingegangen ist“²⁴⁶ oder der „Genosse Oberst“, der vornehme „Lackbottinchen“ trägt und Pfeife raucht, aber sehr

- 243 Vgl. ebd., S. 42.
244 Eine ihn betreffende Personenrecherche im Bundesarchiv verlief ergebnislos, sodass über ihn keine Informationen vorliegen.
245 Vgl. Schlotterbeck: Hoffnung, S. 103–105, Zitate 103, 105.
246 Ebd., S. 87.
247 Ebd., S. 78.
248 Vermutlich handelt es sich bei den beschriebenen Personen um Manfred Godolt und Walter Munsche. Godolt war Sachbearbeiter in der HA IX/2. Vgl. MfS, Beurteilung über Hauptmann Godolt, 20.9.1955, BArch, MfS, KS II 34/66, Bd. 2, Bl. 25–29, hier 25–26; Munsche war Abteilungsleiter der HA IX/2; vgl. MfS, Dienstverhältnisse Walter Munsche, 2.3.1956, BArch, MfS, KS II 55/60, Bl. 12–17, hier 14.
249 Schlotterbeck, Hoffnung, S. 35–41. Die US-Amerikaner:innen Julius und Ethel Rosenberg wurden am 19. Juni 1953 in New York hingerichtet. Man warf ihnen vor, in den 1940er-Jahren geheime Baupläne der US-Atombombe an die sowjetische Regierung weitergeleitet und damit den Bau der sowjetischen Atombombe ermöglicht zu haben. Tatsächlich hatte Julius Rosenberg Rüstungsdokumente weitergeleitet, die aber keinen Wert für den Bombenbau besaßen. Der Prozess, der zu Beginn der 1950er-Jahre internationales Aufsehen erregte, beruhte auf Falschaussagen und wurde von Seiten der US-Regierung unfair geführt, Beweise teils gefälscht. Die Rosenbergs waren die einzigen US-amerikanischen Zivilist:innen, die während des Kalten Krieges wegen Spionage angeklagt wurden. Ihre Schuld ist bis heute umstritten. In DDR-Medien wurde nach Bekanntwerden des Urteils eine Propagandakampagne für die „Friedenskämpfer an der unsichtbaren Front“ lanciert. Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: 17. Juni 1953. München 2013, S. 66.

unelegant Wasser aus der Flasche „säuft“²⁴⁷ – Mit ihren Worten setzt Schlotterbeck die MfS-Mitarbeiter der Lächerlichkeit aus.²⁴⁸

Das Wachpersonal

Die Beschreibung des Wachpersonals in der Villa Esche und Hohenschönhausen nutzt Schlotterbeck für das Zeichnen eines positiven Selbstbildes. Sie unterscheidet zwischen guten, respektive sympathischen und schlechten, respektive unsympathischen Personen, deren Aussehen sie oft auch entsprechend beschreibt.

In der Villa Esche begegnen ihr sympathische und meist junge Personen, die sie nicht als Teil des Verfolgungssystems verortet: „gutmütige Burschen, die mit der Rolle, in die man sie geschoben hatte, nichts Rechtes anzufangen wussten.“ Schlotterbeck beschreibt ein vertrautes, fast freundschaftliches Verhältnis, das sich zwischen ihr und den jungen Wärtern entwickelt habe. „An einem Sonntag, an dem sich der blonde Wächter genauso langweilte wie ich, gab ich ihm Geld, um Kuchen zu holen. Ein großes weißes Paket balancierend, kam er zurück. Ich teilte mit ihm, und er bat mich inständig, nichts darüber verlauten zu lassen.“ Auch an anderen Stellen berichtet Schlotterbeck vom vertrauten Verhältnis zwischen den „Jungen meiner Wache“ und ihr: Einer habe sie gebeten, „dem Dicken“

nichts vom unkorrekten Tragen seiner Dienstwaffe zu sagen, auf das sie ihn zuvor hingewiesen hatte, und habe ihr Privates aus seinem Leben erzählt. Ein anderer habe bei der ersten Begegnung seine Sympathie mit den Worten bekundet „Warum regen wir uns so über die Rosenbergs auf, wenn man doch auch hier unschuldige Menschen wie Gefangene festhält?“²⁴⁹ Ein weiterer wiederum habe sich bei ihr gar über führende Parteifunktionär:innen beschwert, ein anderer ihr

Interna verraten: „Mein zweiter Wachmann[...] flüsterte mir zu, er habe davon gehört, dass unsere baldige Entlassung bevorstünde. Auch verriet er mir, dass er und seine Kollegen schon lange unsere Namen kannten, obwohl er vom Dicken streng geheim gehalten wurde.“²⁵⁰

Retrospektiv beschreibt Schlotterbeck ihre Situation in der Villa Esche jenseits der Verhöre als „eine Beinahe-Idylle“: „Die Schichtbesetzung meiner Bewacher bestand jetzt aus zwei jungen Männern, noch keine zwanzig Jahre alt, und einer Wachtmeisterin in mittleren Jahren. Zwischen mir und den dreien kam es beinahe zu einer Freundschaft.“ Schlotterbeck spielt mit ihnen Schach – auch nach Ende des Wachdienstes. Gemeinsam trinken sie Schnaps, die Flaschen werfen sie verbotenerweise aus dem Fenster. „All das setzte großes gegenseitiges Vertrauen voraus.“ Die „Wachtmeisterin“ habe ihr sonntags Kotelets gebraten. „Friedlich saßen wir in meinem Zimmerchen, verzehrten die Sonderration und sinnierten über die Probleme des Lebens und der Politik.“²⁵¹

Mit den Beschreibungen ihres ungewöhnlichen Haftalltags hebt Schlotterbeck das gegebene hierarchische Verhältnis zwischen einer Gefangenen und ihren Bewacher:innen auf. Durch das freundschaftliche Verhältnis wird sie zur Gleichgestellten, zur Verbündeten der Jugend und des Proletariats. Das Wachpersonal ist loyal, ehrlich, vertrauensvoll; „eine kluge Frau, wenn auch gänzlich ohne das, was man gemeinhin Bildung nennt.“ Und vielleicht – ebenso wie die Vorstellung Anna Schlotterbecks von der Partei – nicht perfekt, aber durchaus lernfähig und bereit zur Selbstkritik. So beschreibt Schlotterbeck, wie die jungen Wachmänner einen alten Mann vom Grundstück verjagen, der trockenes Holz hatte sammeln wollen. Schlotterbeck habe die beiden daraufhin zurechtgewiesen: „Ich habe es gesehen“, sagte ich, „es war grausig, was ihr gemacht habt. Ich habe mich geschämt. Ihr seid jung und kräftig, habt noch nichts erlebt. Nennt euch Sozialisten und vergreift euch an einem armen Menschen, den lebenslange Arbeit zu einer erbärmlichen Ruine gemacht hat. Ihr quasselt von den alten kapitalistischen Zeiten und habt keine Ahnung von diesen Zeiten. Dieser verkrüppelte Alte aber ist ein lebendiges Denkmal an Knechtschaft und Ausbeutung, die wir doch abschaffen wollen. Warum habt ihr ihm nicht wenigstens das Holz gelassen?“ Die Gesichter der beiden wurden rot vor Scham. Sie verteidigten sich nicht. Der große Hübsche machte sogar Anstalten, den Alten zu suchen, um ihm das Holz zu bringen.“ Mit dieser Anekdote löst Schlotterbeck das Machtverhältnis nicht nur auf, sondern kehrt es gänzlich um. Sie rückt sich selbst in die Position der kommunistischen Mentorin und Erzieherin der Jugend,

250 Vgl. Schlotterbeck, *Hoffnung*, S. 38–39, Zitat, S. 50.

251 Vgl. ebd., S. 44–45, Zitate ebd.

252 Vgl. ebd., Zitat ebd.

253 Vgl. ebd., S. 42–54, Zitate ebd.

254 Ebd., S. 42.

welche zwar noch Fehler macht, aber durchaus selbstkritisch ist. Schlotterbeck führt damit sinnbildlich den Erneuerungskampf in der Partei im Kleinen weiter.²⁵²

Schlotterbeck nutzt die Positivbeschreibung der Wachmannschaft zur gemeinsamen Abgrenzung gegenüber Zuschke. Laut ihrer Beschreibung teilt der Großteil der Wache ihre Abneigung gegen den Vorgesetzten. Sie bemerken mit „schadenfrohen Gesichter[n]“, wenn diesem ein Fehler unterläuft. Die kotelettbratende Wachtmeisterin ist jene, die Schlotterbeck von Zuschkes egoistischem Kirschenkauf berichtet: „Nicht einmal der Dicke konnte ihr imponieren. Den tat sie mit einer Handbewegung ab. Solche Typen hatte sie zur Genüge kennengelernt. Denen bedeutete der Sozialismus nur eine Gelegenheit, möglichst gut für sich selber zu sorgen.“

Schlotterbeck stilisiert in ihren Anekdoten die Gegner:innenschaft zwischen der ihr wohlgesonnenen Wachmannschaft und Zuschke mitsamt seinen Vertrauten – dem Hausmeisterehepaar und einem anderen Wachmann („der Knochenmann“): „Ihre“ Wachmänner füttern gegen den Befehl Zuschkes ihren Hund Cato, einer „ihrer“ Wachmänner unterstützt seinen Vorgesetzten bei einer Auseinandersetzung mit Schlotterbeck nicht, sondern ist plötzlich verschwunden. Demgegenüber beschreibt sie den Hausmeister mit den Worten „Er war der Vertrauensmann des Dicken, hasste die jungen Leute, spionierte ihnen nach, um sie bei ‚Wachvergehen‘ zu ertappen.“ Über den Wärter „Knochenmann“ schreibt sie: „Er war – außer dem Dicken und dem Hausmeister – der gefährlichste Feind meiner Wachmannschaft, die er als schlappe Pfeifenköpfe bezeichnete.“²⁵³

Schlotterbeck und das „gute“ Wachpersonal werden in ihrer Erzählung zu einem Team – das gemeinsam Wege ausklügelt, die „Gegner:innen“ zu überlisten oder etwa während der Wachzeit zu schlafen: „Er [ein Wachmann; Anm. d. Verf.] aber hatte Angst, er könne das Klopfen des Hausmeisters überhören. Erst als ich versicherte, dass ich einen leichten Schlaf habe und ihn sofort wecken würde, entschloss er sich für mein System.“²⁵⁴ Mit der Verwendung dieses Freund:in-Feind:in-Schemas hebt Schlotterbeck ihre Haftzeit in der Villa Esche symbolisch auf die Ebene des Partei- und Klassenkampfes, den sie vermeintlich schon vor ihrer Verhaftung in Dresden und Raschau führte.

Die Mitgefangenen

In der Untersuchungshaft in Hohenschönhausen kommt Anna Schlotterbeck in Kontakt mit anderen Gefangenen, die große Bedeutung für ihr weiteres Schicksal haben. Zu Beginn noch in Einzelhaft, wird sie im Januar 1954 in eine Gemeinschaftszelle verlegt, in der sich bereits zwei Frauen befinden. Beide werden Schlotterbeck vor Gericht als Kronzeuginnen gegenüberreten. Angeblich aufrührerische Aussagen, die beide Mitinhaftierte bestätigen, u.a. der Satz „Der Zaisser geht, die Generale bleiben“, seien ihr als Angriff auf die Regierung der DDR, das Politbüro, die ZPKK sowie die Organe der Staatssicherheit und damit als „Boykotthetze“ ausgelegt worden.²⁵⁵

Schlotterbeck schreibt in ihren Berufungsanträgen über die Frauen und bezieht sich auch in ihren Hafterinnerungen auf sie. In den Anträgen setzt sie alles daran, die beiden Belastungszeuginnen zu diskreditieren und unglaubwürdig erscheinen zu lassen. „Die beiden vor Gericht erschienenen Zeuginnen wurden beide als abgeurteilte Strafgefangene vorgeführt. [Zeugin 2], die sich in der Zelle als Buchhändlerin Loni Stiller ausgab, ist eine zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilte Strafgefangene, die bereits 1951 wegen Agententätigkeit festgenommen wurde, und sich schon vor dem Zusammentreffen in der U.-Haftanstalt in Berlin, längere Zeit in der Strafanstalt Bützow befand. Ihr Verlobter ist ein zu 15 Jahre Zuchthaus Verurteilter [...], ebenfalls Amiagent. [...] Über die Angelegenheit [...] habe ich inzwischen bei der Staatssicherheit Rostock Anzeige erstattet. [Zeugin 1] gab sich als leitende Mitarbeiterin im Hause der Ministerien in Berlin aus. Sie wurde mit 1 ½ Jahren Gefängnis wegen Amtsvergehen bestraft. Sie gab sich als politisch gut geschulte Genossin aus. Sie hatte sich schon einmal aus einer anderen Zelle verlegen lassen, weil ihr die dortigen Häftlinge zu reaktionär waren. Später stellte ich fest, dass sich [ihre] Interessen hauptsächlich um ihre zahlreichen Liebhaber, Garderoben, Manikür und Pedikür, Frisuren und dergleichen drehten. Auch erzählte sie, dass man bei der Hausdurchsuchung ihre Nacktfotos und ein stenografisches Tagebuch über ihre Liebesabenteuer gefunden habe. Zwei ihrer ehemaligen Liebhaber wurden später, wie sie selbst erzählte, als imperialistische Agenten entlarvt.“²⁵⁶

- 255 W. Schlotterbeck, S. 112; vgl. außerdem 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Urteil und Begründung, 22.9.1954, BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 12, Bl. 121–124, hier 122; 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Rostock, Urteil und Begründung, 22.9.1954, ebd., Bl. 163–167, hier 167.
- 256 Anna Schlotterbeck, Berufung vor dem Kreisgericht Bützow, 28.9.1954, ebd., Bl. 169–173, hier 171–172.
- 257 Vgl. Markus Würz: Frauen im Sozialismus. Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, URL: www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/wirtschaft-und-gesellschaft-im-osten/frauen-im-sozialismus.html [24.01.2024]; Brigitte Studer: Gleichberechtigung nach 1917? Frauen in der Kommunistischen Internationale. APuZ 34-36/2017, S. 39–44.

Schlotterbeck nutzt verschiedene, von ihr als negativ ausgelegte Zuschreibungen der Zeuginnen: Unaufrichtigkeit durch das Nennen des falschen Namens, die bereits erfolgte Verurteilung der Zeugin 2 als (angebliche) US-Agentin sowie die sexuelle Freizügigkeit und Eitelkeit der Zeugin 1. Gerade mit den Zuschreibungen für Zeugin 1 greift Schlotterbeck ein in der DDR propagiertes Frauenbild auf. War in der DDR zwar die Gleichberechtigung der Geschlechter seit den 1950er-Jahren per Gesetz verankert, blieb das weibliche Rollenbild innerhalb der Gesellschaft vorerst traditionell: Familie, Haushalt, hinzu kam Lohnarbeit. Dieses nutzt Schlotterbeck zur Negativ-Charakterisierung von Zeugin 1, betont deren wechselnde Beziehungen zu Männern, die dem konservativen Frauenbild der Zeit widersprechen. Ohne es aussprechen zu müssen, zeichnet Schlotterbeck so von sich ein anderes Bild, das der politisch aktiven Ehefrau und Mutter, das viel besser zur Partei- und Staatslinie passt.²⁵⁷

In ihren Hafterinnerungen greift Schlotterbeck ähnliche Zuschreibungen auf. Dazu bezieht sie sich auch auf die äußere Erscheinung beider Frauen. Das Aussehen der Zeugin 2 beschreibt sie als „erbärmlich“, mit ungepflegtem Haar

Rekonstruktion einer Einzelzelle im Kellergefängnis der zentralen Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen. ©Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Fotograf: Dirk Vogel



und abgemagertem Körper. „Sie war ein Nervenbündel, ein armes, gehetztes Ha-
scherl, aber von großer Bösartigkeit.“ Zeugin 1 hingegen hat dichtes, lockiges
Haar „und ihr junges volles Gesicht glich dem eines Posaunenengels.“²⁵⁸ Beide
Frauen hätten vor Schlotterbeck mit dem guten Verhältnis zu ihren Vernehmer
geprahlt – diese böten ihnen sogar Zigaretten an – und verhielten sich gegen-
über Schlotterbeck und einer später eintreffenden, schwangeren Mitinsassin un-
solidarisch und gehässig.

Wiederum nutzt Schlotterbeck einen Antagonismus, um sich selbst positiv
darzustellen. Sie ist keine Agentin, während die beiden Frauen in ihrem Bericht
tatsächlich welche sind. Diese drangsalieren die schwangere Mitinsassin, wäh-
rend Schlotterbeck sie unterstützt und ihr eine Decke gegen die Kälte über-
lässt. Auch dem in der Nachbarzelle Gefangenen klopft Schlotterbeck Mut zu.²⁵⁹
Zeugin 2 äußert sich negativ über das Verhalten sowjetischer Soldaten in der
SBZ, während Schlotterbeck diese Kritik zurückweist und das zerstörerische
Verhalten deutscher Soldaten in der Sowjetunion dagegensetzt. Schlotterbeck
thematisiert wiederum die sexuelle Freizügigkeit von Zeugin 1 und ihre Fokus-
sierung auf Aussehen und Kleidung und inszeniert sie als gegensätzlich zu ihren
eigenen Interessen. Sie macht sich kaum Gedanken über ihr Äußeres und hat
dem politischen Kampf Vorzug vor ihren eigenen Träumen gegeben, gleichzeitig
erscheint sie als Mutter und Ehefrau in der ihr traditionell zugeordneten Rolle.²⁶⁰
Auch wenn Schlotterbeck bis zu ihrem Tod kaum mit einer Veröffentlichung ihrer
Hafterinnerungen rechnen kann, weiß sie als erfahrene Autorin, dass solche Stil-
mittel Sympathien bei Leser:innen wecken.

258 Schlotterbeck, Hoffnung, S. 114.

259 Vgl. ebd., S. 115–116. Bei dem benach-
barten Gefangenen handelt es sich in
Schlotterbecks Erinnerung um Paul
Baender, Staatssekretär im Ministerium
für Handel und Versorgung, im Zu-
sammenhang mit dem Slanski-Prozess,
der Affäre um Field und Paul Merker
verhaftet; vgl. Biographische Daten-
banken, URL:
[www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/
de/recherche/kataloge-datenbanken/
biographische-datenbanken/paul-
baender](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/paul-baender), [24.01.2024]. Gefangene in
Hohenschönhausen kommunizierten
trotz Verbot u.a. mittels des Klopfen an
die Zellenwände mit ihren Zellennach-
bar:innen. Der Klopfcode war simpel,
wenn auch aufwändig: A = 1× Klopfen,
B = 2× Klopfen, usw.

260 Vgl. Schlotterbeck, Hoffnung,
S. 110–113.

Die Untersuchung der Hintergründe für die Verfolgung Anna Schlotterbecks und ihres Mannes Friedrich ließe sich noch fortführen. So lässt sich etwa die tatsächliche Rolle des sowjetischen Geheimdienstes bisher nicht eindeutig belegen. Entsprechende Dokumente sind nicht im Vorgang zu Anna Schlotterbeck im Bundesarchiv überliefert. Das gesamte MfS unterstand jedoch in den frühen 1950er-Jahren der sowjetischen Kontrolle, vertreten durch die zahlreichen „Berater“ des sowjetischen Geheimdienstes.²⁶¹ Es ist davon auszugehen, dass die Arbeit der Verwaltung „W“ des MfS noch stärker sowjetisch dominiert war, handelte es sich doch bei der Wismut AG 1953 um ein sowjetisches Unternehmen. Daher konnte

auch die Verhaftung der Schlotterbecks nur mit der Zustimmung des sowjetischen Geheimdienstes erfolgen. Hinzu kommt, dass Anna und Friedrich Schlotterbeck offenbar ein Buch über die Bergarbeiter der Wismut zu schreiben planten, wie Anna Schlotterbeck in einem Brief an Erich Weinert mitteilte. Die „Kumpel“ Friedrichs würden dies fordern. Laut Schlotterbecks Aussage wussten „unsere sowjetischen Freunde“ von diesem Vorhaben und hatten es gebilligt.²⁶² Diese Aussage steht in Widerspruch zur hermetischen Abschirmung des Uranabbaus der Wismut. Innerbetriebliche Informationen durften nicht nach außen dringen.²⁶³

Aus den Akten der ZPKK lässt sich ermitteln, dass die SED-Verantwortlichen der Wismut keineswegs mit dem Auftreten Friedrich Schlotterbecks im Kreis der Bergarbeiter einverstanden waren. Friedrich nutzte seine Position als Wandzeitungsredakteur allem Anschein nach dazu, um unter den Bergleuten zu agitieren und die Leitung des Bergbauunternehmens für ihren Umgang mit den Arbeitern zu kritisieren: „Unsere Verwaltung sucht lasche Auswege, missachtet das Gebot der Sorge um den Menschen und sein Recht. Das schadet uns sehr!“, heißt es in einem Artikel, den Schlotterbeck im Oktober 1952 veröffentlichte. Einsparmaßnahmen würden

261 Vgl. Jens Gieseke; Łukasz Kamiński; Krzysztof Persak: Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944-1991. Göttingen 2009; Roger Engelmann: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950-1959. In: Siegfried Suckut; Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. Berlin 1997, S. 51-72. Der sowjetische Geheimdienst (Inland, Ausland und Geheimpolizei) wurde im März 1946 als Ministerium für Staatssicherheit (MGB) aus dem Volkskommissariat für Staatssicherheit (NKGB) gebildet. Nach dem Tod Iosif Stalins wurde es kurzzeitig wieder in das Innenministerium (MVD) eingegliedert. Nach der Entmachtung und Hinrichtung Berijas wurde 1954 das Komitee für Staatssicherheit (KGB) gegründet, das bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 bestand. Große Teile der Geheimdienststrukturen gingen in den heutigen Diensten der Russländischen Föderation auf. Vgl. dazu auch Robert W. Pringle: KGB, Encyclopedia Britannica, URL: www.britannica.com/topic/KGB [16.1.2024].

262 Vgl. Anna Schlotterbeck an Erich Weinert, 11.3.1952 1951 (Abschrift MfS), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 7, Bl. 33-34; Zitat 34.

263 Vgl. Gerhard Barkleit: Sonderzonen. Das Sicherheitsregime bei der Wismut. In: Rudolf Boch; Rainer Karlsch (Hrsg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex, Band 1: Studien. Berlin 2011, S. 158-227.

zulasten der „Kumpel“ gehen – aufgrund schlechter Bezahlung und kaputter Arbeitsgeräte. Die SED-Gebietsleitung der Wismut ließ diese Kritik nicht einfach auf sich sitzen und berichtete an die ZPKK: „In einem Wandzeitungsbeitrag wurde ein Artikel geschrieben, der einen Angriff auf die sowjetischen Freunde und indirekte Antisowjethetze bedeutete.“ Die Wandzeitung sei inzwischen entfernt worden, Schlotterbeck habe sich krankgemeldet und sei seitdem nicht mehr aufgetaucht.²⁶⁴ Ob dieser konkrete Artikel Anlass für den endgültigen Beschluss zur Verhaftung der Schlotterbecks gewesen ist, lässt sich nicht nachvollziehen. Allerdings belegt er das beinahe renitente Auftreten Friedrich Schlotterbecks bei der Wismut. Ohne Rücksicht auf Verluste scheint er für Veränderungen im Sinne seiner Werte und Weltanschauung eingetreten zu sein. Beide Schlotterbecks hatten sich zudem bereits in den Jahren zuvor aufgrund ihres penetranten Auftretens innerhalb der SED verdächtig gemacht und sich auch nach ihrem Parteiausschluss nicht mit Äußerungen zurückgehalten.²⁶⁵ Aus Sicht der Parteiführung wie auch der „sowjetischen Freunde“ wurden sie zum Sicherheitsrisiko.

Diese Studie nähert sich einer Biografie mittels Selbstzeugnissen. In den Haftbriefen, Gerichtsdokumenten und dem Erinnerungsbericht wird Schlotterbecks Blick auf verschiedene Aspekte ihrer Haftsituation und auf unterschiedliche Mitmenschen deutlich. Anna Schlotterbeck wird als handelnde Person sichtbar, die auch als Gefangene ihre – wenn auch begrenzten – Möglichkeiten nutzt. Besonders deutlich treten Schlotterbecks tiefer Glaube an das System, ihre Verbundenheit zur Sowjetunion und insbesondere ihre innere Abhängigkeit von der Partei hervor. Zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung hat sich fast ihr gesamtes Erwachsenenleben um die Arbeit in der Partei gedreht, Schlotterbeck schätzt sich selbst als wichtiges SED-Mitglied ein. Als sie nun selbst zwischen die Mahlräder der Parteisäuberungen gerät, interpretiert sie die ihr widerfahrene Gewalt und das Unrecht im Sinne ihres Kampfes zur Parteierneuerung. Sie vermutet Feind:innen in den Reihen der Partei und kann sich nicht vorstellen, das ganze System gegen sich zu haben.

Auch in ihrem spät verfassten Haftbericht bricht Schlotterbeck nicht mit diesem Muster. Änderungen ihrer Sicht auf die Partei und den Staat spielen keine Rolle. Nur ganz am Ende lässt sie anklingen, dass sie sich nach der Entlassung aus dem Gefängnis in einer fremden Welt wiedergefunden habe. Seit Jahren nur durch SED-Propagandaorgane desinformiert,

264 Vgl. Bericht an die ZPKK über Friedrich Schlotterbecks Wandzeitungsartikel, 29.10.1952, BArch, DY 30 70996, Bl. 9–11.

265 In ihrer Anklageschrift wirft die Staatsanwaltschaft Friedrich Schlotterbeck „antidemokratische Zersetzungstätigkeit“ vor. Dies könnte in Zusammenhang mit seinem Buchprojekt stehen. Vgl. Staatsanwaltschaft Rostock, Anklage Friedrich Schlotterbeck, 31.3.1954 (Durchschlag), BArch, MfS, AU 309/54, Bd. 16, Bl. 7–14, hier 8.

266 Schlotterbeck, Hoffnung, S. 260.

habe sie West-Berlin für ein „Agentennest“ gehalten und sei entsetzt von der Vorstellung gewesen, mit der S-Bahn hindurchfahren zu müssen. Im Hause ihres Freundes Martin Hellberg habe sie die gesamten Ausmaße des XX. Parteitags und der Rede Chruščëvs erfahren. Die Kenntnis von Stalins Verbrechen, den Deportationen und Hinrichtungen, den Säuberungen in den kommunistischen Parteien haben ihr Weltbild wanken lassen: „Wohl waren wir mit einem Lächeln der Ernüchterung aus den Mauern des Zuchthauses getreten, unsere ehemalige Gläubigkeit als eine persönliche Fehlleistung betrachtend. Nun präsentierte sich ein übermächtiges System, in dem wir uns noch nicht zurechtfinden.“²⁶⁶

In wenigen, nüchternen Worten beschreibt Schlotterbeck die Konsequenz dieser Enthüllungen: Ihr „guter alter Glaube“ an das System und die Partei, aus dem sie in den letzten Jahren voller Anfeindung und Entrechtung Kraft geschöpft hatte, sei nichts mehr wert gewesen. „Ich war jetzt 53 Jahre alt. Ein neuer Anfang, der allmähliche Abbau des Glaubens, stand bevor.“ Viele Jahre nach der Entlassung und wenige Jahre vor ihrem Tod geschrieben, klingen diese Worte wie die Bilanz ihres Lebens nach der Haft. Sie lassen Schlotterbecks neuen Start und den ihrer Familie nach der Haftentlassung erahnen: ein Leben an einem neuen Ort und nicht in den zuvor gewohnten Strukturen als Parteifunktionärin.

Über ihr Leben nach der Haft gibt Christa Wolf Auskunft. Die fast 30 Jahre jüngere Schriftstellerin berichtet in ihren veröffentlichten Tagebüchern von Begegnungen mit den Schlotterbecks, die sie 1962 kennenlernte. Friedrich sei ihr durch seine Meinungsstärke aufgefallen. Beim Treffen des Schriftsteller:innenverbandes in Potsdam habe er „kritisch[e], sogar sarkastisch[e]“ Töne angeschlagen. Von Wolf angesprochen, ob es nicht klüger sei, sich weniger unvorsichtig auszudrücken, habe Friedrich sie und ihren Mann Gerhard nach „einem prüfenden Blick“ nach Hause eingeladen – „um uns ein wenig einzuweihen ‚wie der Hase hier läuft‘“. Die Schlotterbecks hätten in einem einfachen Einfamilienhaus mit einer Holzveranda gelebt, im Garten Apfelbäume, Friedrich habe Tomaten gezogen und sei anscheinend für das Kochen zuständig gewesen. Das Haus der Schlotterbeck sei „schön und praktisch“ eingerichtet gewesen, im Wohnzimmer Möbel von NS-Größen, die ihnen bei ihrer Übersiedlung nach Dresden zugeteilt worden waren. Jeden Abend hätten die Schlotterbecks um 18 Uhr ein Glas Sekt getrunken. „Und jeden Abend denke ich beim ersten Schluck Sekt an die vielen Schweinehunde, die sich schwarz ärgern würden, wenn sie sehen könnten, dass wir leben und dass wir es uns gut sein lassen. Und an die, die es wissen und sich auch schwarz ärgern, dass sie uns nicht mehr an den Wagen fahren können“, zitiert Christa Wolf Anna Schlotterbeck. Diese Schilderung lässt anklingen, dass die Schlotterbecks nach ihrer Entlassung gesellschaftlichen Anschluss



Anna und Friedrich Schlotterbeck bei einer Ausstellungseröffnung in Potsdam im Jahr 1962.
©Privatarchiv Wilfriede Hess



Nach der Haftentlassung ließ sich Familie Schlotterbeck in der Tristanstraße in Groß Glienicke bei Potsdam nieder. Anna und Friedrich Schlotterbeck lebten dort bis zu ihrem Tod. ©Privatarchiv Wilfriede Hess

gefunden haben und Anna Schlotterbeck vielleicht nicht siegreich, aber keinesfalls geschlagen aus ihrem Kampf mit der Partei herausgegangen ist. Die Schlotterbecks erscheinen bei Wolf kritisch, humorvoll, ungebrochen kommunistisch, furchtlos. Gleich beim ersten Treffen hätten sich die Gespräche über „das Kräfteverhältnis im Bezirk“ gedreht. Die Schlotterbecks scheinen ihre kritische Haltung vor allem gegen die Parteispitze auch nach ihrer Verhaftung nicht aufgegeben zu haben und waren wohl weiterhin unbequem: Den Funktionären „im Bezirk“ gefalle es nicht, dass der Schriftsteller:innenverband mehrheitlich aus „vernünftigen Leuten“ bestehe: „Die werden von Berlin ganz schön unter Druck gesetzt, dass sie uns endlich zur Räson bringen“, habe Anna Schlotterbeck gesagt. Und Friedrich habe entgegnet, die Funktionäre empfänden ihnen gegenüber ein schlechtes Gewissen, „das nutze ich halt schamlos aus.“ Freizügig hätten die Schlotterbecks von ihren Haftschicksalen erzählt: „Frieder ist beinahe draufgegangen. Durchbruch eines Magengeschwürs.“ Weiterhin ungebrochen sei ihr Wunsch nach Veränderung: „Klar hast du manchmal die Faxen dicke, sagt Frieder und möchtest am liebsten den ganzen Krempel hinschmeißen. Aber dann wäre alles vorher umsonst gewesen, dann hätte diese ganze Nazi-Scheiße doch gesiegt. Der Preis wär zu hoch. Wir müssen uns eben am eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehn. Und weitermachen.“ Christa Wolf scheint beeindruckt von den Erzählungen der Schlotterbecks gewesen zu sein. Vor allem Friedrich erscheint

in ihrer Beschreibung als der Ewigkämpfende: „Man muss immer gegen den Pferch anrammeln, Mädchen, sagt er. Sonst kommen die Wände auf dich zu und zerquetschen dich.“²⁶⁷

Anna Schlotterbeck ist auch selbst weiterhin schreibend tätig. Gemeinsam mit Friedrich verfasst sie zwischen 1958 und 1962 zahlreiche Hörspiele für den Rundfunk der DDR, die klingende Namen wie *Prinzregent Luitpold* oder *Die revolutionäre Bewegung der Mecklenburger Landarbeiter während des Kapp-Putsches im März 1920* tragen und alle durchweg eine politische Botschaft vermitteln. Die Schlotterbecks folgen damit der Intention des Schreibens als politisch-gesellschaftlichem Auftrag, dem alle Künste in der DDR unterworfen waren.

Auch in den Hafterinnerungen dringt jener Auftrag durch, steht jedoch immer wieder

267 Wolf: Tag, S. 49–53. Christa und Gerhard Wolf wurden die Freund:innen der Schlotterbecks, ein gemeinsamer Urlaub in Bulgarien eingeschlossen. Gerhard Wolf lektorierte Friedrich Schlotterbecks Werk „Im Rosengarten von Sanssouci“ (1968). Ein Jahr später verlegte er eine Neuausgabe von Friedrichs Haftbericht „Je dunkler die Nacht...“, Christa Wolf schrieb dazu das Nachwort, ebenso für eine bundesdeutsche Neuausgabe 1986. Bei Friedrichs Beerdigung 1979 hielt Christa Wolf die Grabrede. 1973 wurde Christa Wolf der Schiller-Gedächtnispreis des Landes Baden-Württemberg verliehen. In ihrer „Rede auf Schiller“ anlässlich der Preisverleihung erinnert sie an ihren „Stuttgarter Freund“ und die ihm widerfahrene Verfolgung im NS (In Schillers „Räuber“ gibt es eine Figur mit Namen Schlotterbeck). Vgl. Christa Wolf: Rede auf Schiller. Sinn und Form, 4/1984, S. 704–714.

in einem Spannungsfeld zum Selbsta Ausdruck, den Anna Schlotterbeck mit dem Niederschreiben ihrer Erfahrungen ebenso verfolgt.²⁶⁸ Das Buch wirkt wie eine Mischung aus Verarbeitung, Selbstdarstellung und Anleitung zur Persönlichkeitsentwicklung. Schlotterbeck inszeniert sich selbst als Vorbild: Die unschuldig Verfolgte bewahrt trotz aller Haft- und Gewaltsituationen ihre aufrechte kommunistische Haltung. Sie ist bereit, sich für „das Gute“ zu opfern, bleibt loyal und hält bis zum Schluss die Treue zu Partei und Sowjetunion. Sie trotzt dem feindlich gesinnten MfS-Personal ebenso wie den unaufrichtigen Mitinhaftierten. Sie unterstützt schwächere Mitgefangene und schließt Freundschaften mit dem jungen, ehrlichen Wachpersonal. Sie ist sorgende Mutter und Ehefrau. Diese Rollen werden bis zum Schluss des Buches nicht aufgebrochen und auch nicht hinterfragt.



Porträt von Anna Schlotterbeck in den 1960er-Jahren. ©Privatarchiv Wilfriede Hess

268 | Ebenso in ihrer vorherigen, 1945 erschienenen Publikation „Hinter den sieben Bergen“ über die Bewohner:innen und den Alltag im Schweizer Bergdorf Göschenen.

269 |

Anhang

Dank

Die biografische Studie zu Anna Schlotterbeck ist im Rahmen eines wissenschaftlichen Volontariats entstanden, das ich 2021 und 2022 im Bereich Forschung der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen absolviert habe. Für das Gelingen dieser Arbeit war die Unterstützung zahlreicher Menschen entscheidend. Mein größter Dank gilt Elke Stadelmann-Wenz für die unermüdliche Unterstützung bei der Entstehung dieser Studie. Ich danke Jenny Baack vom Bundesarchiv und Andrea Pöttsch von der Villa Esche in Chemnitz für die Unterstützung bei der Recherche. Elise Catrain, Ana Clementina Irimină, Kai Stottut und Nicola Wüdsch danke ich für die redaktionelle Hilfe. Für die Bereitstellung der Fotos geht ein herzlicher Dank an Jochen Teumer von der Chronik Raschau, Andrea Theis vom Krumpfen Haus Bützow, Michael Heinz und Volker Höffer vom Bundesarchiv/Rostock sowie das Fotoarchiv Marburg und insbesondere an Wilfriede Hess.

Abkürzungen

BPKK	Bezirkskontrollkommission
CSS	Centrale Sanitaire Suisse
DDR	Deutsche Demokratische Republik
FSJ	Freie Sozialistische Jugend
KGB	Komitee für Staatssicherheit / Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti
KJI	Kommunistische Jugendinternationale
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
Komintern	Kommunistische Internationale
KPD	→ Kreispartei kontrollkommission
^KPR (B)	Kommunistische Partei Russlands (Bol'seviki) / Rossijskaja Kommunističeskaja partija (bol'sevikov)
KPS	Kommunistische Partei der Schweiz
KZ	Konzentrationslager
LPKK	Landespartei kontrollkommission
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MVD	Ministerium für Innere Angelegenheiten / Ministerstvo vnutrennich del
ND	Neues Deutschland
NKGB	Volkskommissariat für Staatssicherheit / Narodnyj komissariat gosudarstvennoj bezopasnosti
NKVD	Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten / Narodnyj komissariat vnutrennich del
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OV „W“	Objektverwaltung „Wismut“ des MfS
OSS	Office of Strategic Services
PdA	Partei der Arbeit
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschland
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit im Innenministerium
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UHA	Untersuchungshaftanstalt
USC	Unitarian Service Committee
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
ZI	Zelleninformant:innen
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
ZS	Zentralsekretariat

Quellen- und Literaturverzeichnis

Unveröffentlichte Quellen:

Bundesarchiv:

– BArch DY 30 70996

Bundesarchiv-Stasi-Unterlagen-Archiv:

– BArch, MfS, AU 309/54

– BArch, MfS, AU 31/52

– BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XIV 31

– BArch, MfS, Abt. XIV 10131.

– BArch, MfS, Abt. XIV 16782

– BArch, MfS, Abt. XIV 16784

– BArch, MfS, KS II 34/66

– BArch, MfS, KS II 55/60

– BArch, MfS, KS 491/70

– BArch, MfS, Liegenschaften Nr. 2764

Veröffentlichte Quellen, Autobiografische Literatur:

– Gesetz über das Verfahren in Strafsachen in der DDR (Strafprozessordnung), 2.10.1952. Gesetzblatt der DDR 1952, Nr. 142, 11.10.1952.

– László Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht. Hg. v. Informationsamt des Ungarischen Außenministeriums, Budapest 1949 (übernommen in der DDR vom Dietz Verlag, mit einem Vorwort von Kurz Hager).

– Schlotterbeck, Anna: Fallen, aber nicht zerbrechen. Aus der Chronik einer Haftzeit. Neue Deutsche Literatur 5/1990, S. 7–62.

– Schlotterbeck, Anna: Die verbotene Hoffnung. Aus dem Leben einer Kommunistin (mit einem Vorwort von Hans Noll). Hamburg 1990.

– Schlotterbeck, Friedrich: Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne. Erinnerungen eines deutschen Arbeiters 1933–1945. Halle (Saale) 1948.

– Wolf, Christa: Rede auf Schiller. Sinn und Form, 4/1984, S. 704–714.

– Wolf, Christa: Ein Tag im Jahr 1960–2000. München 2003.

Nachschlagewerke, Online-Datenbanken, Internetbeiträge:

– Biographische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken.

- Chronik Raschau, URL: www.chronik-raschau.de/index.php/news-2/14-hinweistafeln/122-tafel-15-siedlung.
- Encyclopedia Britannica, URL: www.britannica.com.
- Gedenkbuch für die Emmendinger Jüdinnen und Juden. Hrsg. vom Verein für jüdische Geschichte und Kultur Emmendingen e.V., URL: www.juedisches-leben-in-emmendingen.de.
- Gieseke, Jens: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit (MfS-Handbuch). Berlin 2012.
- Herbst, Andreas; Weber, Hermann (Hrsg.): Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008, URL: www.kommunismusgeschichte.de/biolex/article/detail/leibbrand-anna?type=0%27%22.
- Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora und Kommandos, URL: www.lag-buchenwald.vvn-bda.de/.
- Villa Esche, URL: www.villaesche.de/villa-esche.
- Pawlowski, Rita: „Unsere Frauen stehen ihren Mann“. Frauen in der Volkskammer der DDR 1950-1989. Ein biografisches Handbuch. Berlin 2008.
- Weibel, Andrea: Centrale Sanitaire Suisse (CSS). Historisches Lexikon der Schweiz, 9.2.2005, URL: www.hls-dhs-dss.ch/de/articles/046131/2005-02-09/.
- Wiedmann, Roland: Die Dienstseinheiten des MfS (MfS-Handbuch). Berlin 2012.
- Würz, Markus: Frauen im Sozialismus. Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, URL: www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/wirtschaft-und-gesellschaft-im-osten/frauen-im-sozialismus.html.

Zeitungen und Zeitschriften:

- Der Spiegel
- Neues Deutschland
- Tägliche Rundschau

Forschungsliteratur:

- Barkleit, Gerhard: Sonderzonen. Das Sicherheitsregime bei der Wismut. In: Rudolf Boch; Rainer Karlsch (Hrsg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex, Band 1: Studien. Berlin 2011, S. 158–227.
- Barth, Bernd-Rainer: Vor der Verhaftung. September 1947–Mai 1949. In: Barth; Schweizer (Hrsg.): Der Fall Noel Field. Bd. 1: Gefängnisjahre 1949–1954. Berlin 2005, S. 1–14.

- Barth, Bernd-Rainer: Die Lebensbeichte eines Quäkerkommunisten. Der Brief des geheimen Gefangenen Noel H. Field aus dem Staatssicherheitsgefängnis in Budapest an das Zentralkomitee der KPdSU vom März 1954. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2002, Berlin 2002, S. 210–285.
- Barth, Bernd-Rainer; Schweizer, Werner (Hrsg.): Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa, 2 Bände. Berlin 2005.
- Boeger, Peter; Catrain, Elise (Hrsg.): Stasi in Sachsen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig. Berlin 2021.
- Brent, Jonathan; Naumov, Vladimir: Stalin's Last Crime. The Plot Against the Jewish Doctors, 1948–1953. New York 2003.
- Elie, Marc: Rehabilitation in the Soviet Union, 1953–1964. A Policy Unachieved. In: Kevin McDermott; Matthew Stibbe (Hrsg.): De-Stalinising Eastern Europe. The Rehabilitation of Stalin's Victims after 1953. Basingstoke 2015, S. 25–45.
- Engelmann, Roger: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950-1959. In: Siegfried Suckut; Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. Berlin 1997, S. 51–72.
- Gieseke, Jens; Kamiński, Łukasz; Persak, Krzysztof: Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991. Göttingen 2009.
- Gregor, Joris Atte; Ruby, Sophie: Biografie und Geschlecht. In: Helma Lutz; Martina Schiebel; Elisabeth Tuidier (Hrsg.): Handbuch Biographieforschung. Wiesbaden 2018, S. 233–244.
- Hirschinger, Frank: „Gestapoagenten, Trotzkosten, Verräter“. Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953. Göttingen 2005.
- Hodos, George H.: Fields Glaube, Fields Zeit. In: Barth; Schweizer (Hrsg.): Der Fall Noel Field, Bd. 1: Gefängnisjahre 1949–1954. Berlin 2005, S. XI–XVI, hier XIV.
- Keßler, Mario: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967. Berlin 1995.
- Klein, Thomas: „Für die Einheit und Reinheit der Partei“. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht. Köln 2002.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953. München 2013.
- Mayer, Herbert: Parteisäuberungen in der bundesdeutschen KPD. Ein westeuropäisches Fallbeispiel. UTOPIE kreativ, H. 81/82, 1997, S. 134–142.
- Neumann, Andreas: Der antisemitisch aufgeladene Trotzismus-Vorwurf. In: Andreas Neumann, Jörg von Bilavsky (Hrsg.): Geschichte vor Ort und im

- virtuellen Raum. Einblicke in die Arbeit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Berlin 2022, S. 144–172.
- Schekahn, Jenny; Tobias Wunschik: Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Ermittlungsverfahren, Zelleninformatoren und Haftbedingungen in der Ära Honecker. Berlin 2012.
 - Scherstjanoi, Elke: Die Folgen von Stalins Tod für die DDR. In: Jürgen Zarusky (Hrsg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung. München 2006, S. 207–215.
 - Studer, Brigitte: Gleichberechtigung nach 1917? Frauen in der Kommunistischen Internationale. APuZ 34-36/2017, S. 39–44.
 - Vetter, Matthias: Verschwörung der Kremlärzte. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen. Berlin/New York 2011, S. 416–418.
 - Wahl, Matthias: Hinter den sieben Bergen. Anna Josephine Fischer und ihre Geschichte, die mindestens so viel Staub aufwirbelte wie die Gotthard-Postkutsche. Historisches Neujahrsblatt 2021, hg. v. Historischer Verein Uri, Bd. 75, R. 1, H. 111, S. 9–64.
 - Wunschik, Tobias: Die Haftanstalt Bützow-Dreibergen und die Staatssicherheit in den fünfziger und sechziger Jahren. In: Beiträge zur Geschichte des Strafvollzuges und der politischen Strafjustiz in Mecklenburg-Vorpommern, hg. v. Politische Memoriale e.V.. Rostock 2006, S. 135–147.

Gundula Pohl ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrgebiet Public History am Historischen Institut der Fernuniversität in Hagen. Sie pro-moviert zu historischen Vergleichen genozidaler Gewalt als politische Ressource in Belarus und der Russländischen Föderation. Die Studie zu Anna Schlotterbeck entstand im Rahmen ihres wissenschaftlichen Volontariats an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.



Impressum

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Genslerstraße 66
13055 Berlin
info@stiftung-hsh.de

Gestaltung, Layout und Satz
FaitSchlichter – Agentur für Markenkommunikation
Johannes Fait & Stephan Meyer

Druck
PIEREG Druckcenter Berlin GmbH

In den Fällen, in denen es nicht gelang,
Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber
an Abbildungen zu ermitteln, bleiben
Honoraransprüche gewährt.

Berlin 2024
ISBN 978-3-949769-04-7

Gundula Pohl analysiert anhand verschiedener Selbstzeugnisse Anna Schlotterbecks Eigen- und Fremdwahrnehmung während ihrer Haft in der DDR von 1953 bis 1956. In ihrem Blick auf sich selbst und auf andere werden Handlungsmuster und Rollenzuschreibungen sichtbar, die Anna Schlotterbeck als Kommunistin und überzeugte Stalinistin ebenso zeigen wie als Mitglied einer Familie.

Studien aus Hohenschönhausen

Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist eine der zentralen Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, die an die politische Verfolgung in der SBZ und DDR erinnern. Hohenschönhausen ist dabei sowohl ein Gedenkort für die Betroffenen als auch ein Ort der kritischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur für die Nachgeborenen. Die Reihe Studien aus Hohenschönhausen will zu dieser Auseinandersetzung beitragen.

